next:
no to extremism

# Gefährder:innen Gefährdete Gefährdungen

## Präventionsmöglichkeiten gegen Extremismus in der Steiermark

GRAZ

Das Land Steiermark

# Gefährder:innen Gefährdete Gefährdungen

## Präventionsmöglichkeiten gegen Extremismus in der Steiermark

**IMPRESSUM**
**MEDIENEIGENTÜMER:IN UND HERAUSGEBER:IN**
Extremismuspräventionsstelle Steiermark „next – no to extremism“
Andritzer Reichsstraße 38 I 1. Stock I 8045 Graz
Tel: +43 664 886 585 88
office@next.steiermark.at
www.next.steiermark.at
**PROJEKTLEITUNG**
Mag.ª Daniela Grabovac
**REDAKTION**
Mag.ª Sarah Wiesinger
**LAYOUT UND PRODUKTION:** Hanspeter Pronegg
**INHALTLICHE GESTALTUNG:** Mag.ª Pauline Riesel-Soumaré,
DREAMS HAPPEN – Michael Pech Kommunikation & PR

VORWORT

# Die Mitte stärken

Sehr wahrscheinlich hat die gesellschaftliche Klima-Erhitzung bereits vor der Corona-Pandemie begonnen, aber die Debatten darüber, welche Maßnahmen gegen das Virus notwendig und zulässig sind, haben eines deutlich gezeigt: In unserer Gesellschaft wird der Rand stärker und die gesellschaftliche Mitte schwächer und schmäler.

Hinschauen und nicht wegschauen ist mein Zugang auch dann, wenn es um Extermismus geht, der das gesellschaftliche Ganze, den sozialen Frieden und den Ausgleich zwischen unterschiedlichen Meinungen nicht nur gefährdet, sondern dezidiert ablehnt. Eine solche Position unterhöhlt unsere Demokratie und das Prinzip des Kompromisses, schwächt den Rechtsstaat und kokettiert mit Gewalt als politischem Mittel.

Wir müssen gemeinsam verhindern, dass am Ende wenigen extremen Fanatiker:innen und einer lautstarken Minderheit eine schweigende Mehrheit gegenübersteht. Um eine aktuelle „Fieberkurve" der gesellschaftlichen Entwicklung in der steirischen Gesellschaft gerade an ihren Rändern zu bekommen, wurde daher dieser erste Extremismuspräventionsbericht aus der Hand ausgewiesener Expert:innen in Auftrag gegeben. Ich danke allen Beteiligten sehr herzlich für ihr Engagement.

Nun liegt ihre Analyse samt Handlungsempfehlungen vor. Wir alle sind aufgerufen, daraus die richtigen Schlüsse zu ziehen. Denn je schwächer der Rand, desto stärker die Mitte. Und das muss unser aller Ziel sein.

Doris Kampus

Mag.ª Doris Kampus
Landesrätin für Soziales, Arbeit und Integration

**Landesrätin Mag.ª Doris Kampus**
FOTO: PETER DRECHSLER

VORWORT

# Egal ob rechts oder links - Extremismus darf in unserer Gesellschaft keinen Platz haben

In herausfordernden Zeiten ist die Stimmung unter den Menschen naturgemäß getrübt. Was nun in den letzten Monaten und Jahren auf die Steirer:innen eingeprasselt ist, hat wohl zu unseren Lebzeiten in diesem Ausmaß, noch niemand erlebt. Ganz gleich ob Pandemie, Krieg oder Inflation – die Sorgen der Menschen sind nur absolut verständlich.

Eines ist aber klar: Egal ob rechts oder links – Extremismus darf in unserer Gesellschaft keinen Platz haben! Die Spaltung der Gesellschaft schreitet gerade in der aktuellen Situation spürbar voran und deshalb ist der Extremismuspräventionsbericht wichtiger denn je. Nun braucht es klare Maßnahmen und Projekte, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Deshalb bin ich umso dankbarer, dass es neben der etablierten Extremismuspräventionsstelle „next“ nun auch ein mehrköpfiges Expert:innengremium gibt. Dieses soll sich den Themen Antisemitismus, Rechtsextremismus, Islamismus, Linksextremismus sowie Sektenfragen und Verschwörungsideologien widmen.

Ich möchte mich für die Erstellung dieses Berichtes bedanken, der hoffentlich einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen den heimischen Extremismus leisten wird.

**Landesrätin Dr.in Juliane Bogner-Strauß**
FOTO: MARIJA KANIZAJ

J. Bogner-S

Dr.in Juliane Bogner-Strauß
Landesrätin für Gesundheit, Pflege, Sport und Gesellschaft

VORWORT

# Solidarität und Zusammenhalt fördern

Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch...“, stellte Bertolt Brecht über die Befreiung von der faschistischen Gewaltherrschaft fest mit Blick auf soziale Verwerfungen, Verarmungsprozesse breiterer Bevölkerungsteile bei gleichzeitiger Konzentration von ökonomischer Macht und Vermögen in den Händen Weniger. Steigt die gefühlte und reale Ohnmacht gegenüber den herrschenden Verhältnissen, kann auch der Ungeist autoritärer Ideen, die Suche nach Sündenböcken und die Sehnsucht nach starken Führern wachsen und gedeihen.

Unterschiedliche Spielformen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit – Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, religiöser Fundamentalismus, Sozialdarwinismus, Islamfeindlichkeit oder Homophobie – finden sich bis heute weit verbreitet in unserer Gesellschaft, keineswegs nur an ihren vermeintlichen Rändern. Sie sind nicht zuletzt Ausdruck einer Gesellschaft, die von sozialer Spaltung, von der wachsenden Kluft zwischen Oben und Unten, zwischen den sozialen Klassen geprägt ist.

**Stadtrat Mag. Robert Krotzer**
FOTO: ANTONIA RENNER

Mitunter werden autoritäre Denkmuster und Sündenbock-Ideologien von ökonomisch potenten Interessensgruppen ganz bewusst massenmedial und politisch befeuert, um soziale Konflikte ethnisch umzudeuten, elitäre Privilegien sowie gesellschaftliche Ungleichheiten zu verteidigen und Menschen in ökonomisch bedrängten Situationen bewusst abzuwerten. Als „rohe Bürgerlichkeit“ beschreibt der Soziologe Wilhelm Heitmeyer diese ideologische Ausprägung neoliberalen Konkurrenzzwangs.

Will man menschenverachtenden Ideologien und Denkmustern den Boden dauerhaft entziehen, braucht es die Förderung und Stärkung gesellschaftlicher Solidarität sowie die umfassende Teilhabe und Mitsprache aller Menschen im politischen, kulturellen und auch wirtschaftlichen Leben. Die Befähigung und (Selbst-)Ermächtigung von Menschen zu Akteur:innen und Protagonist:innen ihrer eigenen Geschicke und ihrer eigenen Geschichte ist der Weg, den wir Schritt um Schritt gehen wollen.

In diesem Sinne darf ich allen mitwirkenden Expert:innen und Einrichtungen danken für ihre Arbeit im Rahmen von „next – no to extremism“, für ihren wachsamen Blick gegenüber autoritären, ausgrenzenden und intoleranten Haltungen und vor allem für ihr präventives Wirken im Sinne der breiten Einbindung und Unterstützung möglichst vieler Menschen, um so gesellschaftlichen Zusammenhalt und Solidarität zu stärken.

Stadtrat Mag. Robert Krotzer

# Seit 2017 mit vereinten Kräften für die Prävention gegen Extremismus

**Interview mit Daniela Grabovac, Leiterin der Extremismuspräventionsstelle Steiermark „next - no to extremism“, über die Tätigkeiten seit dem Start im Jahr 2017.**

*Der hier vorliegende Bericht der Extremismuspräventionsstelle Steiermark next ist ein wesentliches Instrument für die Prävention gegen Extremismus in der Steiermark. Was können sich die Leser:innen auf den folgenden Seiten erwarten?*

Daniela Grabovac: Das Thema Extremismus hat leider immer mehr an Bedeutung gewonnen und die Facetten von Extremismus zeigen sich vielseitig. Gerade die Politik wollte hier Empfehlungen zur Prävention ausgearbeitet haben, um gegen Extremismus wirken zu können. Da dieses Themenfeld der Prävention das Know-how von vielen verschiedenen Fachrichtungen und Expert:innen braucht, ist ein Netzwerk und kontinuierlicher Austausch wichtig, um zu wissen, wo es brennt und was man tun kann. Der vorliegende Bericht gibt aus Sicht einschlägiger Institutionen nun einen Überblick über die unterschiedlichsten Extremismusformen und deren Relevanz in der Steiermark sowie über bereits praktizierte und mögliche neue Präventionsansätze. In dieser Form und auch in diesem Umfang ist der Extremismuspräventionsbericht einzigartig in Österreich. Dazu danke ich den Expert:innen und dem Netzwerk für den reichhaltigen Austausch.

*Mit der Initiierung der Extremismuspräventionsstelle nehmen das Land Steiermark und die Stadt Graz eine Vorreiterrolle ein. Wie ging man zum Start vor?*

Begonnen wurde mit dem Aufbau der Extremismuspräventionsstelle Steiermark schon im Jahr 2017. Hierbei wurde das Europäische Trainingszentrum für Demokratie und Menschenrechte (ETC Graz) beauftragt, eine Landkarte zum Status Quo der bereits getätigten Aktivitäten im Bereich Extremismusprävention in der Steiermark zu erstellen. In dieser Landkarte wurden die Gegebenheiten, Projekte und Materialien aufgelistet, die als Grundlage für die Zusammenschau von Aktivitäten und die Bündelung der Angebote dienen sollten. Darauf basierend wurde ein steiermarkweites Netzwerk zur Extremismusprävention installiert, das sich seit 2018 in quartalsmäßigen Abständen zu Netzwerktreffen zusammenfindet und austauscht.

*Ein Ziel der Extremismuspräventionsstelle Steiermark war es immer auch, das gesammelte Wissen für alle Menschen zur Verfügung zu stellen. Wo finden Interessierte diese Informationen?*

Auf unserer Homepage (*Anm.: http://www.next.steiermark.at/cms/ziel/148366527/DE/*) wurden Unterrichts- und Schulungsmaterialien zum Thema Extremismus und Hate Speech gesammelt und stehen zum kostenlosen Download zur Verfügung. Die erste öffentliche Netzwerkveranstaltung zur Extremismusprävention in der Steiermark fand am 23. Jänner 2019 statt und vereinte starke Partner:innen in gut vernetzten Strukturen. Um dem Netzwerk

**Mag.ª Daniela Grabovac, Leiterin der Extremismusprävention-sstelle next.**

eine sichtbare und größere Resonanz in der Gesellschaft zu verschaffen, wurden im Auftrag von next über den Sommer 2019 kurze Imagevideos der Netzwerkpartner:innen produziert (*Anm.: https://www.no-extremism.at/#portraits*) und stehen den Partner:innen zu eigenen Werbezwecken zur Verfügung. Sowohl Online-Videos als auch das Schulungsmaterial haben wir zusammengestellt, um allen Interessierten die Möglichkeit zu geben, Infomaterialien wie auch Schulungsmaterialien aus dem deutschsprachigen Raum zur Verfügung zu stellen, um damit arbeiten zu können und so auch einen Wissenstransfer zu gewährleisten.

*Veröffentlicht wurde von next im Jahr 2019 auch der Leitfaden „Extremismus online und offline – Rechtsgrundlagen und entschiedene Gerichtsfälle". Was konnte man hier bewirken?*

Der Leitfaden soll einen Überblick über die einschlägigen Gesetze im Zusammenhang mit Extremismus und Hass im Netz verschaffen und die Theorie anhand von entschiedenen Gerichtsfällen und Beispielen aus der Praxis veranschaulichen. Ziel ist es, Berufsgruppen, die mit den rechtlichen Aspekten rund um Extremismus und Hate Speech in Berührung kommen, ein übersichtliches Hilfsmittel zur Verfügung zu stellen.

*Eine wichtige Veranstaltung im Jahr 2019 war die Fachkonferenz zur Extremismusprävention…*

Diese Fachkonferenz fand am 26. September 2019 statt und wurde sowohl von den Netzwerkpartner:innen als auch von am Thema Interessierten als Möglichkeit der Fort- und Weiterbildung genutzt. Eingeladen wurden acht Expert:innen, die Vorträge zu unterschiedlichsten Themenbereichen hielten. Mit dabei war via Videobotschaft der Bürgermeister der belgischen Stadt Mechelen, Bart Somers, der 2016 für sein Integrationskonzept gegen Gewalt und Terror zum „besten Bürgermeister der Welt" ausgezeichnet wurde. Die weiteren Expert:innen waren Verena Fabris (Leiterin der Beratungsstelle Extremismus), Thomas Mühlbacher (damaliger Leiter der Staatsanwaltschaft Graz und Professor an der KFU Graz und nunmehriger Leiter der Staatsanwaltschaft Leoben), Thomas Schmidinger (Politikwissenschaftler und Jihadismus-Experte), Bernhard Weidinger (Politikwissenschaftler und Experte für Rechtsextremismus), Alexander Ritzmann (Mitglied des Radicalisation Awareness Network (RAN) der Europäischen Kommission) sowie Fabian Reicher (diplomierter Sozialarbeiter im Bereich der Ausstiegsarbeit) und Simone Philipp (Trainerin der Menschenrechtsbildung am ETC Graz).

*In der jüngsten Vergangenheit verstärkte die Extremismuspräventionsstelle Steiermark auch aufgrund der Corona-Pandemie vor allem die Online-Kommunikation. Was waren hier die Schwerpunkte?*

Während des ersten Lockdowns 2020 hat next eine digitale Broschüre über das steiermarkweite Netzwerk zur Extremismusprävention erstellt. Diese enthält eine Auflistung der Netzwerkpartner:innen mit Informationen zu ihren Beratungstätigkeiten, Schwerpunkten und Angeboten. Kategorisiert wurden die Institutionen nach extremistischen Strömungen (z.B. Rechtsextremismus, Antisemitismus und Islamismus). Auf Wunsch des Netzwerkes wurde ein gemeinsames Leitbild sowie in Kooperation mit dem ETC Graz einheitliche Definitionen zu Extremismus, Radikalisierung und Extremismusprävention erarbeitet, an denen sich die Netzwerkarbeit orientiert. Auf Anfrage hielt next Workshops zum Extremismus und Thema Hass im Netz und unterstützte bei rechtlichen Fragen zu Extremismus und Hate Speech. Zur Erreichung einer breiten Öffentlichkeit hat next 2020 einen regelmäßig erscheinenden Newsletter ins Leben gerufen, welcher über Aktuelles und Wissenswertes zur Arbeit von next und dem Netzwerk informieren und sich vertiefend den unterschiedlichen Themen rund um Extremismus und Präventionsarbeit widmen soll.

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort Landesrätin Mag.[a] Doris Kampus ..... 4
Vorwort Landesrätin Dr.[in] Juliane Bogner-Strauß ..... 5
Vorwort Stadtrat Mag. Robert Krotzer ..... 6
Vorwort Mag.[a] Daniela Grabovac, Leiterin der Extremismuspräventionsstelle Steiermark ..... 8

Ziel des Extremismuspräventtionsberichtes ..... 12
Netzwerk und Netzwerkpartner:innen ..... 12
Expert:innengremium ..... 13

**1. Zusammenfassung** ..... 14
1.1 Handlungsfelder der Präventionsarbeit ..... 14
1.2 Umfrage „Gefährder:innen – Gefährdete – Gefährdungen“ – Prof. Dr. Heinz P. Wassermann ..... 14
1.3 Überblick über die extremistischen Strömungen ..... 15
1.3.1 Antifeminismus/Homophobie ..... 15
1.3.2 Antisemitismus ..... 16
1.3.3 Politischer Extremismus ..... 16
1.3.4 Religiöser Extremismus ..... 17
1.4 Radikalisierungspotential in der Corona-Pandemie ..... 17
1.5 Maßnahmen zur Extremismusprävention ..... 18

**2. Handlungsfelder der Extremismusprävention** ..... 20
2.1 Präambel ..... 20
2.2 Zielsetzungen ..... 21
2.3 Strategien und Instrumente ..... 22

**3. Umfrage „Gefährder:innen - Gefährdete - Gefährdungen“ in der Steiermark** ..... 24
3.1 Was ist Extremismus? ..... 25
3.2 Wer sind die Gefährder:innen? ..... 26
3.2.1 Künftiges Gefährdungspotential ..... 28
3.3 Gefährdete – Wer wird durch extremistische Strömungen gefährdet? ..... 30
3.4 Gefärdungen - Nährboden für extremistische Netzwerke ..... 32
3.4.1 Radikalisierungsort(e) ..... 34
3.4.2 Fachkonferenz: online.extrem.radikal ..... 35

**4. Extremistische Strömungen** ..... 38
4.1 **Antifeminismus/Homophobie** ..... 39
4.1.1 Fachbeitrag ao. Univ.-Prof.[in] Dr.[in] Katharina Scherke: Antifeminismus und Homophobie ..... 39
4.1.2 Fachbeitrag von ao. Univ.-Prof.[in] Dr.[in] Katharina Scherke: Präventionsempfehlungen Antifeminismus und Homophobie ..... 41
4.1.3 Fachbeitrag ao. Univ.-Prof. [in] Dr.[in] Katharina Scherke: Antifeministische und homophobe Inhalte in den sozialen Medien ..... 42
4.2 **Antisemitismus** ..... 45
4.2.1 Fachbeitrag Univ.-Prof. Dr. Helmut Konrad: Antisemitismus ..... 46
4.2.2 Fachbeitrag Univ.-Prof. Dr. Helmut Konrad: Was wären nun Maßnahmen der Prävention? ..... 49

4.3 **Politischer Extremismus** ... 50
4.3.1 Fachbeitrag von Prof. Dr. Heinz P. Wassermann: Linksextremismus ... 50
4.3.2 Fachbeitrag Prof. Dr. Heinz P. Wassermann: Linksextremismus: plump und öffentlich ... 51
4.3.3 Präventionsempfehlungen gegen politischen Linksextremismus ... 53
4.3.4 Fachbeitrag Univ.-Prof. Dr. Dieter A. Binder: Rechtsextremismus ... 54
4.3.5 Fachbeitrag Univ.-Prof. Dr. Dieter A. Binder:
Zur Rahmenerzählung des Rechtsextremismus in den sozialen Netzwerken ... 55
4.3.6 Präventionsempfehlungen gegen politischen Rechtsextremismus ... 61
4.4 **Religiöser Extremismus** ... 64
4.4.1 Fachbeitrag von Univ.-Prof. Dr. Karl Prenner: Religiöser Extremismus ... 65
4.4.2 Präventionsempfehlungen gegen religiösen Extremismus ... 69
4.4.3 Fachbeitrag von Univ.-Prof. Dr. Karl Prenner: „Sekten“ ... 70
4.4.4 Präventionsempfehlung gegen „Sekten“ ... 72

**5. Radikalisierungspotential in der Corona-Pandemie** ... 74
5.1 Proteste in der Steiermark ... 75
5.2 Verschwörungsideologie als „Einstiegsdroge“ in den Radikalisierungsprozess ... 76
5.3 Antisemitismus ... 77
5.4 Rechtsextremismus ... 79
5.5 Linksextremismus ... 81
5.6 Religiöser Extremismus ... 81
5.7 Ausblick und Empfehlungen zur Wiederherstellung eines friedlichen Miteinanders ... 81

**6. Maßnahmen zur Extremismusprävention** ... 84
6.1 Primäre - Generalprävention ... 84
6.2 Sekundäre – Risikogruppenprävention ... 85
6.3 Tertiäre – Individualprävention ... 86

Literaturverzeichnis ... 88
Weiterführende Literatur zu Antifeminismus und Homophobie - Prof.in Dr.in Katharina Scherke ... 88
Weiterführende Literatur zu Antisemitismus – Univ.Prof. Dr. Helmut Konrad ... 88
Weiterführende Literatur zu Linksextremismus – Prof. Dr. Heinz P. Wassermann ... 88
Weiterführende Literatur zu Rechtsextremismus – Univ.-Prof. Dr. Dieter A. Binder ... 88
Weiterführende Literatur zu religiösem Extremismus – Univ.-Prof. Dr. Karl Prenner ... 89
Monographien und Sammelbände ... 89
Artikel, Broschüren, Handlungsreichungen ... 89
Online-Quellen ... 91
Internationale und nationale Rechtsquellen, Gesetzesmaterialien ... 93
Weitere Quellen ... 93

# ZIEL DES EXTREMISMUS-PRÄVENTIONSBERICHTES

Das Land Steiermark legt in seiner „Strategischen Ausrichtung der Kinder- und Jugendarbeit des Landes Steiermark 2017 - 2022“ einen wichtigen Fokus auf die Präventionsarbeit zur Verhinderung von Radikalisierung. Die Kombination von strukturellen und normativen Regelungen mit individuellen Präventions- und Hilfsangeboten gilt dabei als vielversprechender Weg im Sinne einer präventiven Gesamtstrategie.[1] Auch im Arbeitsprogramm Integration des Landes Steiermark (2016) wird die Prävention von Extremismus und Radikalisierung in der Gesellschaft als wichtige Maßnahme genannt. Eine gut vernetzte und koordinierte Zusammenarbeit relevanter Verantwortungsträger:innen soll zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls in der Bevölkerung und zur aktiven Prävention und Bearbeitung von Extremismus und Radikalisierung jeglicher Art beitragen.[2]

Im Sinne einer umfassenden Zusammenarbeit für eine aktive Prävention von Extremismus und Radikalisierung jeglicher Art erging vom Land Steiermark und der Stadt Graz der Auftrag an die Antidiskriminierungsstelle Steiermark eine Extremismusprävention-sstelle Steiermark 2018 einzurichten. Innovativ und den europäischen Kommissionsempfehlungen am Beispiel des Radicalisation Awareness Network (RAN) folgend, wurde in der Steiermark ein solches Netzwerk von Praktiker:innen und Wissenschaftler:innen aufgebaut.Die Extremismusprävention-sstelle next eruiert gemeinsam mit dem Netzwerk Präventionsmaßnahmen und Handlungsfelder. Die Zusammenarbeit der relevanten Akteur:innen auf internationaler, nationaler und lokaler Ebene wird zudem forciert, um einen bestmöglichen Wissensaustausch zu gewährleisten. Der vorliegende Extremismusprävention-sbericht stellt einen wichtigen Baustein im Rahmen dieser Aktivitäten dar. Er gibt aus Sicht einschlägiger Institutionen einen Überblick über verschiedene Extremismusformen und deren Relevanz in der Steiermark sowie über bereits praktizierte und mögliche neue Präventionsansätze.

Hierbei gilt der Dank für den reichhaltigen Austausch den Expert:innen und dem Netzwerk!

1 Vgl. Land Steiermark, Kinder- und Jugendarbeit in der Steiermark, Strategische Ausrichtung der Kinder- und Jugendarbeit des Landes Steiermark 2017–2022, 2016, 37;
2 Vgl. Land Steiermark, Arbeitsprogramm Integration, 2016, S. 26; http://www.soziales.steiermark.at/cms/dokumente/12547347_135784632/1036aba9/Arbeitsprogramm%20Integration.pdf, (abgerufen am 14.12.2021).

# Das Netzwerk[3]

* Afro-Asiatisches Institut
* aktivpräventiv
* ARGE Jugend gegen Gewalt und Rassismus
* Beratungsstelle Extremismus (bOJA)
* beteiligung.st
* Erinnern.at - dezentrales Netzwerk Steiermark
* Europäisches Trainings- und Forschungszentrum für Menschenrechte und Demokratie der Universität Graz
* Friedensbüro Graz
* Granatapfel Kulturvermittlung
* IKEMBA
* Institut für Kinder- und Jugendphilosophie
* InterACT
* Interreligiöser Beirat der Stadt Graz
* ISOP - Innovative Sozialprojekte
* Kinder- und Jugendanwaltschaft Steiermark
* KindERleben in Graz
* LOGO! Jugendmanagement
* MAFALDA
* NEUSTART
* Sicher Leben in Graz
* SPUNK Graz – Verein für Sozialpädagogik und Kultur
* Steirischer Dachverband der Offenen Jugendarbeit
* Steirisches Fachstellennetzwerk für Jugendarbeit und Jugendpolitik
* TeamFreiheit
* Verein für Männer- und Geschlechterthemen Steiermark
* ZEBRA: Connecting People

# Netzwerkpartner:innen und next: no to extremism

Das **Netzwerk zur Extremismusprävention in der Steiermark** besteht aus engagierten Institutionen, die in ihrer alltäglichen Arbeit mit Extremismus jeglicher Art in Berührung kommen können und/oder Präventionsarbeit mit spezifischen Zielgruppen extremistischer Ideologien leisten. Die Vertreter:innen dieser Institutionen stammen aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen, darunter **Sicherheit, Strafvollzug, Prävention, offene Jugend- und Sozialarbeit, Bildungsarbeit,**

3 www.no-extremism.at/netzwerkpartnerinnen (abgerufen am 28.02.2022).

**interreligiöser und interkultureller Dialog, Community Work, Integrationsarbeit und Wissenschaft.** Die Angebote der am Netzwerk beteiligten Institutionen sind dementsprechend vielfältig und umfassen Maßnahmen der Primär- und Sekundärprävention genauso wie jene der Tertiärprävention. Jede Institution arbeitet in ihrem Fachbereich zielgruppenorientiert und mit der notwendigen Expertise. Gleichzeitig erklären sich die Netzwerkpartner:innen bereit, mit anderen Institutionen aus dem Netzwerk zu kooperieren und sich gegenseitig mit Fachwissen zu unterstützen.

Die Aufgabe der **Extremismuspräventionsstelle Steiermark „next – no to extremism"** ist es, das bereits bestehende Engagement der **Netzwerkpartner:innen** zu bündeln und durch gezielte Koordination vorhandene Angebote aufeinander abzustimmen, Lücken zu eruieren und durch gemeinsame Zusammenarbeit zu schließen. **next** versteht sich dabei als Koordinatorin, Drehscheibe und Vernetzungsstelle, um gerade jene Zielgruppen zu erreichen, die Gefahr laufen übersehen zu werden oder entsprechende (Präventions-)Angebote zu übersehen. Um einen Überblick über das bereits bestehende Angebot in der Steiermark zu erhalten, kann auf die gemeinsam mit dem ETC Graz erstellte Landkarte zur Extremismusprävention[4] zugegriffen werden, wonach ersichtlich wird, dass es bereits vielfältige Präventionsangebote gibt, denen es aber noch an einer gemeinsamen Präventionsstrategie fehlt. Das aktuelle Angebot der Netzwerkpartner:innen kann über folgenden Link abgefragt werden: https://www.no-extremism.at/#portraits.

In der Strategie zum Umgang mit Radikalisierung und Extremismus des *Bundesweiten Netzwerks Extremismusprävention und Deradikalisierung (BNED)*[5] heißt es, das Ziel einer Kooperation und Vernetzung bestehe darin, dass sich sowohl öffentliche, zivilgesellschaftliche und wissenschaftliche Einrichtungen als auch die Bevölkerung aktiv an der Extremismusprävention beteiligen. Die Einbeziehung möglichst vieler relevanter Akteur:innen, die sich regelmäßig über aktuelle Fragen der Extremismuspräventions- und Deradikalisierungsarbeit austauschen, kann daher als unerlässlich angesehen werden. Um diesen regelmäßigen Wissens- und Erfahrungsaustausch auch in der Steiermark zu gewährleisten, organisiert **next** Netzwerktreffen, Arbeitsgruppensitzungen und Fachkonferenzen, die für eine enge Zusammenarbeit gegen ein breites Spektrum von extremistischen Strömungen notwendig sind. Gemeinsam soll sowohl netzwerkintern als auch öffentlichkeitswirksam auf aktuelle Problemfelder und Entwicklungen, die durch **next** eine sichtbarere und größere Resonanz in der Bevölkerung erlangen, eingegangen und ihnen entgegengesteuert werden. Zusätzlich übernimmt **next** die Funktion des Sprachrohres der Netzwerkpartner:innen zur Politik, indem gemeinsam mit dem **Expert:innengremium** den politischen Verantwortungsträger:innen Expertise und Empfehlungen im Umgang mit aktuellen Entwicklungen zur Verfügung gestellt werden. Diese Ausrichtung bildete die Basis für den vorliegenden **Extremismuspräventionsbericht**. In reger Zusammenarbeit mit den **Netzwerkpartner:innen** wurden von next vielfältige Materialien (Anschauungsmaterial, Ergebnisse der Befragung hinsichtlich ihrer Wahrnehmungen und Bedeutungseinschätzungen diverser Extremismusformen, Ergebnisse von Arbeitsgruppensitzungen) gesammelt und mit herausragender Unterstützung der **Expert:innen** analysiert.

## Expert:innengremium

Die Extremismuspräventionsstelle Steiermark wird durch das folgende Expert:innengremium umfassend beraten und unterstützt. Dieser **Extremismuspräventionsbericht** wurde unter wesentlicher Mitwirkung und mit entsprechenden Fachbeiträgen der Expert:innen zu den jeweiligen extremistischen Strömungen erstellt. Darüberhinaus ist auch die Vorarbeit zu diesem Extremismuspräventionsbericht ist den Expert:innen mit ihrer jeweiligen Arbeitskreisleitung für die Netzwerkpartner:innen zu verdanken.

**Univ.-Prof. Dr. Dieter A. Binder**
(next-Experte für Rechtsextremismus)

**Univ.-Prof. Dr. Helmut Konrad**
(next-Experte für Antisemitismus)

**Univ.-Prof. Dr. Karl Prenner**
(next-Experte für Islamismus und religiösen Extremismus)

**ao. Univ.-Prof.in Mag.a Dr.in Katharina Scherke**
(wissenschaftliche Begleitung und next-Expertin für Antifeminismus)

**Prof. Mag. Dr. Heinz P. Wassermann**
(next-Experte für Linksextremismus und Sektenfragen)

*Prof. Dr. Heinz P. Wassermann* leitete die Umfrage unter den Netzwerkpartner:innen und erstellte die Auswertungen des Extremismuspräventionsberichtes.

4 Vgl. Philipp Simone, Landkarte zur Extremismusprävention in der Steiermark, ETC Graz 2018, 12 f, https://www.next.steiermark.at/cms/dokumente/12700372_148184258/d255f3e2/landkarte2.pdf (abgerufen am 02.12.2021).
5 Vgl. Bundesweites Netzwerk Extremismusprävention und Deradikalisierung (BNED), Österreichische Strategie Extremismusprävention und Deradikalisierung, https://www.bvt.gv.at/bmi_documents/2236.pdf (abgerufen am 15.12.2021).

# 1. Zusammenfassung

Die Extremismuspräventionsstelle Steiermark „next no to extremism“ wurde im Jahr 2018 vom Land Steiermark und der Stadt Graz in Zusammenarbeit mit der Antidiskriminierungsstelle Steiermark ins Leben gerufen, um verstärkt und gemeinsam gegen extremistische Entwicklungen und zu beobachtende Radikalisierung in der Gesellschaft aufzutreten. **next** versteht sich dabei als Koordinatorin, Drehscheibe und Vernetzungsstelle zwischen den inhaltlich äußerst engagierten **Netzwerkpartner:innen** und dem **Expert:innengremium**[6]. Aufgabe von **next** ist es, vorhandene Informationen und bereits existierendes Engagement zu bündeln und damit einerseits aktuelle Informationen aus dem Netzwerk an die Politik weiterzugeben und andererseits gerade jene Zielgruppen anzusprechen, die ansonsten bei der vielfältigen Landschaft von Angeboten Gefahr laufen übersehen zu werden oder entsprechende (Präventions-)Angebote zu übersehen.

## 1.1 Handlungsfelder der Präventionsarbeit

Dieser Extremismuspräventionsbericht verknüpft die Ergebnisse der Zusammenarbeit der Netzwerkpartner:innen mit Stakeholder:innen aus der Praxis – Vertreter:innen der Exekutive, Justiz sowie aus dem Bildungsbereich – mit der wissenschaftlichen Expertise des next-Expert:innengremiums. Ziel war es, durch eine von next initiierte und von Prof. Dr. Heinz P. Wassermann durchgeführte Umfrage sowie in gemeinsamen Arbeitsgruppensitzungen mit den eingangs genannten Teilnehmenden den Status quo Handlungsempfehlungen der Präventionsarbeit zu treffen und diese im Rahmen dieses Extremismuspräventionsberichtes zu präsentieren. Es gilt beispielsweise die Geschlechtergerechtigkeit und sprachliche Sensibilität weiterhin zu fördern. Die österreichischen Bundesgesetze an die aktuellen Begebenheiten anzupassen und den digitalen Sektor dementsprechend zu regulieren. Die Aufklärungs- und Informationsarbeit zu stärken und schulische sowie außerschulische Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen zu erhalten. (Ausführlicher dazu Seite 20 f.)

6 ***Univ.-Prof. Dr. Dieter A.*** Binder (next-Experte für Rechtsextremismus***); Univ.-Prof. Dr. Helmut Konrad*** (next-Experte für Antisemitismus); ***Univ.-Prof. Dr. Karl Prenner*** (next-Experte für Islamismus und religiösen Extremismus); ***ao. Univ.-Prof.in Mag.a Dr.in Katharina Scherke*** (wissenschaftliche Begleitung und next-Expertin für Antifeminismus); ***Prof. Mag. Dr. Heinz P. Wassermann*** (next-Experte für Linksextremismus und Sektenfragen).

## 1.2 Umfrage „Gefährder:innen – Gefährdete – Gefährdungen“ – Prof. Dr. Heinz P. Wassermann

In der von *Prof. Dr. Heinz P. Wassermann* durchgeführten Umfrage „Gefährder:innen – Gefährdete – Gefährdungen“ unter den Netzwerkpartner:innen und Steakholder:innen aus der Praxis, wurde die Konfrontationsintensität der Teilnehmenden mit Gefährder:innen, also mit den jeweils verschiedenen extremistischen Strömungen, in der Steiermark abgefragt. (Ausführlicher dazu Seite 24 f.)

Dazu kann vorausschickend angemerkt werden, dass in der Gesamtbetrachtung Antisemitismus als Bodensatz unserer Gesellschaft im Alltag insofern eine Rolle spielt, als dass oftmals auf subtile Art und Weise und für viele nicht aktiv auf den ersten Blick als antisemitisch wahrnehmbare Inhalte und Botschaften aufgenommen und weiterverbreitet werden. Es fehlt an ausreichender Sensibilisierung, um derartige Inhalte einerseits erkennbar zu machen und ihnen andererseits entschieden entgegentreten zu können. Die steigende Anzahl an antisemitischen Übergriffen und eine Ausdehnung von gesellschaftlich akzeptierten „Grauzonen“ kann nicht im Einklang mit dem Geschichtsbewusstsein und den demokratischen Werten unserer Gesellschaft stehen. Weiterhin zeigt die genannte Konfrontation mit Antifeminismus die Problemfelder und Gefahren durch eine Verfestigung von stereotypen Rollenbildern auf, die eine misogyne Grundhaltung in einer Vielzahl von extremistischen Strömungen, darunter auch in jenen des politischen und religiösen Extremismus, darstellt. Extremismus hat viele Gesichter und geht mit einer jeweils individuellen Radikalisierungsgeschichte einher, weshalb eine Kombination von gesamtgesellschaftlichen, speziellen und individuellen Maßnahmen zur Prävention notwendig ist, um dem Gefährdungspotential effektiv entgegenzuwirken.

Im Rahmen der Umfrage von *Prof. Dr. Heinz P. Wassermann* wurde eruiert, dass in den vergangenen fünf Jahren Expert:innen eher intensiv mit **Islamismus** und **Rechtsextremismus** konfrontiert waren, jenen beiden Strömungen, denen die Expert:innen auch künftiges Potential zur Weiterradikalisierung zuschreiben. Eher nicht intensiv sahen sich die Expert:innen mit **Antisemitismus**, **religiösem Fundamentalismus, Antifeminismus, Homophobie** und **Salafismus** konfrontiert, wobei bei all diesen Strömungen – mit Ausnahme des Antifeminismus – von einer Weiterradikalisierung ausgegangen wird. Nicht intensiv kamen die Expert:innen mit jenen Gruppen in Berührung, die auch die Möglichkeiten zur Online-Mobilisierung am wenigsten nutzen: **linksextreme Strömungen** und **„Sekten“**. (Ausführlicher dazu Seite 26 f.)

Zwei Drittel der abgefragten Strömungen werden im Durchschnitt ein „eher hohes“ zukünftiges Gefährdungspotential zugeschrieben, wobei bei dieser Frage Rechtsextremismus (klar) vor Islamismus liegt. Als besonders

dramatisch ist das von den Expert:innen dem Rechtsextremismus mit 45% zugeschriebene „hohe" Gefährdungspotential. Das ist ein mehr als doppelt so hoher Prozentwert wie für Antisemitismus (21,1%) und Islamismus. (Ausführlicher dazu Seite 28 f.)

In einem weiteren Schritt wurde festgestellt, dass 12 der 20 abgefragten Gruppen als **Gefährdete** eingestuft werden, also häufig zum Zielobjekt extremistischer Strömungen und ihrer Agitationen werden. Als besonders gefährdet gelten Migrant:innen von außerhalb Europas sowie Politikerinnen. Bemerkenswert ist, dass Polizistinnen und Polizisten idente Prozentwerte aufweisen (40%). Jenseits der 50%-Marke waren es die jeweils summierten 88,3% für Migranten von außerhalb Europas und Politikerinnen, 82,4% für Migrantinnen von außerhalb Europas sowie die jeweils 81,3% für Angehörige von religiösen Gemeinschaften und der LGBTQIA+-Community, die besonders hervorstechen. (Ausführlicher dazu Seite 30 f.)

Weitere Fragen widmeten sich den potentiellen (künftigen) **Gefährdungen** von Personen/Gruppen, die aus Sicht der Institutionenvertreter:innen Gefahr laufen, sich zu radikalisieren und möglichen Ursachen von (Selbst-)Radikalisierung. Nach Auswertung der Umfrage von *Prof. Dr. Heinz P. Wassermann* nutzen in der Steiermark vor allem Rechtsextremist:innen und Islamist:innen die sozialen Netzwerke zur Verbreitung ihrer extremistischen Weltansichten. Auch die Beratungsstelle bOJA[7] meldet, dass bei 5% der Anrufe auf verdächtige Inhalte im Internet bzw. auf Social Media aufmerksam gemacht wird. (Ausführlicher dazu Seite 32 f.)

Auch wenn das **Internet** oftmals den Erstkontakt mit extremistischen Strömungen herstellt und in der Steiermark die sozialen Medien (Wert 18) als der größte Radikalisierungsort und -motor bezeichnet werden, ist der ausschließliche Online-Kontakt oftmals nicht ausreichend, um eine Radikalisierung abzuschließen (**„einsame Wölfe"** [8]). Eine Radikalisierung ist von einer Vielzahl von Faktoren abhängig und nicht anhand von äußeren Faktoren ablesbar. Dennoch beschreibt der *Peter R. Neumann* drei Grundelemente als potentiellen Nährboden für Radikalisierung: Erfahrung von Unmut, Unzufriedenheit und Frustration.[9] (Ausführlicher dazu Seite 34 f.)

## 1.3 Überblick über die extremistischen Strömungen

Die wissenschaftlichen Fachbeiträge der next-Expert:innen stellen eine wichtige Grundlage zum Erfassen der Charakteristika von extremistischen Strömungen sowie einen fundierten Ausgangspunkt zur Erarbeitung der Präventionsempfehlungen dar. (Ausführlicher dazu Seite 38 f.)

### 1.3.1 Antifeminismus/Homophobie

Von den neun abgefragten Strömungen (Antifeminismus, Antisemitismus, Homophobie, Islamismus, Linksextremismus, Rechtsextremismus, religiöser Fundamentalismus, Salafismus und „sogenannte Sekten") liegen **Antifeminismus** mit summierten (intensiv/eher intensiv) 30,4% an siebenter und **Homophobie** mit summierten 31,8% an sechster Stelle. (Ausführlicher dazu Seite 39 f.)

Der Übergang von antifeministischen und antigenderistischen Einstellungen zu extremistischen Positionen, die die verfassungsmäßig garantierten Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsrechte systematisch ablehnen und auch vor Gewalttaten nicht zurückschrecken, ist durchaus fließend und macht die verschiedenen Phänomene des Antifeminismus auch zu wichtigen Mobilisierungsinstrumenten anderer extremistischer Strömungen. Die Geschlechterthematik eignet sich zur Mobilisierung, da hierbei ein Thema angesprochen wird, das alle betrifft und bei dem an vorhandene weltanschauliche Muster, die von einer vermeintlich ‚natürlichen' Zweigeschlechtlichkeit und Heterosexualität ausgehen, angeknüpft werden kann. Antifeministische und antigenderistische Positionen werden auf diese Weise von unterschiedlichen extremistischen Gruppierungen seit den 2000er-Jahren zunehmend verwendet, um breitere gesellschaftliche Kreise für sich aufzuschließen.[10] Rechte Strömungen sind hier ebenso zu nennen wie etwa religiös-fundamentalistische Bewegungen.[11] Zur Zielscheibe

7 Bundesweites Netzwerk offene Jugendarbeit (boja), Statistik Steiermark, 23.12.2021.
8 Vgl. Peter R. Neumann bei der next-Fachkonferenz online.extrem. radikal am 09.11.2021; Hartleb, „Einsamer-Wolf-Terrorismus" – Neue Dimension oder drastischer Einzelfall? Was lernen wir aus dem Fall „Breivik" in Norwegen?, SIAK Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis, 04/2013, 77-95, https://www.bmi.gv.at/104/Wissenschaft_und_Forschung/SIAK-Journal/SIAK-Journal-Ausgaben/Jahrgang_2013/files/Hartleb_4_2013.pdf (abgerufen am 20.01.2022); Vgl. Bundesministerium für Inneres: Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT), Verfassungsschutzbericht 2018, Wien 2019, 13, https://www.bvt.gv.at/bmi_documents/2344.pdf (abgerufen am 11.12.2021).
9 Vgl. Neumann, Der Terror ist unter uns – Dschihadismus und Radikalisierung in Europa, Berlin 2016, 59.
10 Vgl. Strube Sonja Angelika, Anti-Genderismus als rechtsintellektuelle Strategie und als Symptom-Konglomerat Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, in: Strube Sonja A., Perintfalvi Rita, Hemet Raphaela, Metze Miriam, Sahbaz Cicek (Hg.), Anti-Genderismus in Europa. Allianzen von Rechtspopulismus und religiösem Fundamentalismus, Bielefeld 2021, S. 53.
11 Vgl. Schnabel Annette, Beyer Heiko, Ülpenich Bettina, Die wahrgenommene feministische Bedrohung: Empirische Befunde zum Antifeminismus in Deutschland, in: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, published online 6.12.2021; Sauer Birgit, Anti-feministische Mobilisierung in Europa. Kampf um eine neue politische Hegemonie?, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, 2019, 13, S. 341.

von Abwertung und Hetze werden dabei Frauen und Männer, die sich klassischen Rollenbildern widersetzen, sich für Geschlechtergerechtigkeit oder gegen sexualisierte Gewalt einsetzen, aber auch LGBTQIA+-Personen. (Ausführlicher dazu Seite 39 f.)

### 1.3.2 Antisemitismus

Von den neun abgefragten Strömungen (Antifeminismus, Antisemitismus, Homophobie, Islamismus, Linksextremismus, Rechtsextremismus, religiöser Fundamentalismus, Salafismus und „sogenannte Sekten") liegt **Antisemitismus** mit summierten (intensiv/eher intensiv) 39,1% mit religiösem Fundamentalismus ex aequo an vierter Stelle.

Der **Antisemitismus ist eine Querschnittmaterie**, er findet sich im Rechtsextremismus, im Linksextremismus und durchaus auch in unterschiedlicher Form in den Islamismus-Diskussionen oder aber auch im Antifeminismus. Er wird nicht immer als Antisemitismus wahrgenommen, ist aber ein konsequenter Begleiter in all den genannten Strömungen. Leicht zu fassen ist er wohl nur dort, wo das Verbotsgesetz greift, die Probleme liegen aber tiefer und sind durchaus vielfältiger.

Schon in den mit der Umfrage eingegangenen Stellungnahmen zeigte sich das überraschende Phänomen, dass der Antisemitismus nicht wirklich als das zentrale Bedrohungsfeld wahrgenommen wurde. Er wurde zwar gesehen, rangiert aber deutlich hinter den Bedrohungsszenarien, die von anderen extremistischen Strömungen ausgehen. Allgemein wurde der Antisemitismus als „**Bodensatz**" definiert, der einerseits von neuen radikalen Bewegungen benutzt wird, der aber seinerseits über diese Bewegungen auf ein breiteres Echo in der Bevölkerung hinarbeitet. Im **Strafvollzug** ist der Antisemitismus, verglichen mit dem Islamismus, bei uns ein unbedeutender Faktor. Nur in seiner Vermengung mit den neuen Weltverschwörungserzählungen gewinnt er an Bedeutung. So nutzt beispielsweise „Die Neue Rechte" die Corona-Skepsis für ihre Zwecke, um Verschwörungsmythen mit antisemitischen Inhalten zu verbreiten. (Ausführlicher dazu Seite 45 f.)

### 1.3.3 Politischer Extremismus

Von den neun abgefragten Strömungen (Antifeminismus, Antisemitismus, Homophobie, Islamismus, Linksextremismus, Rechtsextremismus, religiöser Fundamentalismus, Salafismus und „sogenannte Sekten") liegen **Linksextremismus** mit summierten (intensiv/eher intensiv) 18,1% an vorletzter und **Rechtsextremismus** mit summierten 56,5,8% an zweiter Stelle. (Ausführlicher dazu Seite 50 f.)

#### Linksextremismus

Der österreichische Verfassungsschutz ordnet die linksextremen Strömungen den Bereichen der marxistischen, leninistischen, trotzkischen und autonom-anarchistischen Extremist:innen zu.[12] Die Aktivist:innen der linksextremen Szene werben für ihren ideologischen Ansatz mit klassischen analogen Methoden **(Flyer, Plakate, Graffiti),** bzw. suchen durch **aktionistische Aktionen** (Stören von Kundgebungen politischer Gegner:innen, Auftritte in geschlossenen Blöcken bei Demonstrationen) markant die öffentliche Aufmerksamkeit zu erringen. Ziel dabei ist es auch, die mediale Aufmerksamkeit zu erreichen. Dies gelingt besonders dort, wo markante Großveranstaltungen rechter Milieus (z.B. Freiheitlicher Akademikerball) stark politisch engagierte Gruppen zu Gegendemonstrationen mobilisieren, innerhalb der dann linksextremistische Gruppierungen den Versuch unternehmen, die Veranstaltung zu dominieren bzw. stören. Man kann hier von einer auffallenden aktionistischen Nähe zu Gegner:innen sprechen. In der Werbung und in der gruppeninternen Kommunikation spielt das Internet nur eine untergeordnete Rolle, was möglicherweise mit der Zellenstruktur (aktivistische Kleingruppen) erklärbar wäre. (Ausführlicher dazu Seite 50 f.)

#### Rechtsextremismus

Rechtsextreme Strömungen können in verschiedenen sich überschneidenden Ausformungen auftreten: Befürwortung einer Diktatur, Islam- und Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Chauvinismus, Sozialdarwinismus, Rassismus sowie die Verharmlosung und Relativierung des Nationalsozialismus (Revisionismus). Ihr Ziel ist die **Abschaffung des modernen demokratischen Verfassungsstaates**, wofür sie auch gewalttätige Aktionen als „legitime Mittel" ansehen und (systematisch) einsetzen, um einen „völkischen Nationalismus" bzw. einen Staat mit deutschnationaler bzw. nationalistischer-konservativer Ausrichtung zu errichten, was ihrer antidemokratischen und antipluralistischen gesellschaftlichen Ansicht entspricht.[13]

Rechtsextremismus **nutzt massiv das Internet zur Verbreitung seiner Positionen** (z.B. unzensuriert.at oder wochenblick.at) und gestylte Social-Media-Auftritte. Die regionalen rechtsextremen Milieus sind durchaus **international vernetzt**. Während ein elitärer Kreis die ideologische Positionsdefinition führt, greift man propagandistisch – nicht erst seit der Corona-Pandemie – auf werbewirksame Verschwörungsmythen zurück. (Ausführlicher dazu Seite 54 f.)

12 Vgl. Bundesministerium für Inneres: Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT), Verfassungsschutzbericht 2019, Wien 2020, 19, https://www.dsn.gv.at/501/files/VSB/VSB_2019_Webversion_20201120.pdf (abgerufen am 15.11.2021).
13 Bundesministerium für Inneres: Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT), Verfassungsschutzbericht, Wien 2019, 31.

### 1.3.4 Religiöser Extremismus

Von den neun abgefragten Strömungen (Antifeminismus, Antisemitismus, Homophobie, Islamismus, Linksextremismus, Rechtsextremismus, religiöser Fundamentalismus, Salafismus und „sogenannte Sekten") liegen „sogenannte Sekten" mit summierten (intensiv/eher intensiv) 9,6% an letzter, Salafismus mit 36,4% an fünfter, religiöser Fundamentalismus mit 39,1% (gleichauf mit Antisemitismus) an vierter und Islamismus mit summierten 59,1% an erster Stelle.

Insgesamt ist den Richtungen religiöser Extremismus und Fundamentalismus gemeinsam, dass **die Vielfalt von Religiosität, von Denkweisen und Welterklärungsmodellen abgelehnt** wird, denn es gibt diesbezüglich nur eine Sichtweise, eine Wahrheit und die ist die richtige, alle anderen sind falsch. Allerdings ist der Begriff **Fundamentalismus** vielschichtiger als jener des Extremismus. Damit werden nicht nur andere Denkrichtungen und Handlungsweisen innerhalb ein- und derselben Religion, sondern auch jene anderer Religionen der Unwahrheit, der a-Religiosität und der Häresie bezichtigt. Intoleranz und Drohmechanismen, Feindbilder und Diskriminierung prägen dieses Denken, das in der Folge dann auch zu Ausgrenzung und Gewaltanwendung führen kann. Religion bzw. Glaube wird hier auf weite Strecken zur Durchsetzung eigener Macht- und Geltungsansprüche instrumentalisiert. Man könnte auch sagen, dass **Eigeninteressen den göttlichen Willen überlagern**. Instrumentalisierung bedingt aber auch, dass **religiöser Extremismus immer eine politische Komponente hat**, die sich gegen die Moderne richtet, gegen die vielfältigen Säkularisierungsprozesse, gegen demokratische und rechtsstaatliche Verhältnisse, weil hier die göttlichen Gebote und nicht das staatliche demokratische Recht im Vordergrund stehen. Regelungen und Direktiven, die durch Menschen, sprich ein Parlament, gegeben werden, sind obsolet. Es gibt nur einen Gesetzgeber und das ist Gott, wie es vor allem auch die verschiedenen Spielarten des **Salafismus**, aber auch des **Islamismus** vertreten. Dieses Denken ist von einem **dualistischen Weltbild**, von Schwarz-Weiß-Malerei und einem (teilweise) **negativen Frauenbild** geprägt. Religion wird hier zu einer Ideologie degradiert, die mit ihrer Heilsbotschaft nicht nur religiöse, sondern auch politische und gesellschaftliche Ziele verfolgt, nämlich die Errichtung einer religiösen Autokratie.

Ausgangspunkt für extremistische und fundamentalistische Einstellungen sind oft **Reaktionen auf gesellschaftliche Veränderungen, kulturelle Entwurzelung und auf soziale Entfremdung**, die Unsicherheit mit sich bringen. Gerade bei den weltweiten Migrationsbewegungen, aber auch bei islamistisch-salafistischen Strömungen kann gut beobachtet werden, wie ausschließlich das Religiöse als identitätsstiftender Faktor dient, wodurch Religion absolut gesetzt werden kann mit allen Negativfolgen (Fanatismus, Extremismus), die sich daraus ergeben: herkömmliche religiöse Traditionen, wie überhaupt die Vielfalt der Volksreligiosität, verlieren ihre ursprüngliche Einbettung in kulturell und gesellschaftlich anscheinend homogene Gesellschaften. (Ausführlicher dazu Seite 64 f.)

#### „Sekten"

In einer unsicheren und komplexer werdenden Zeit gewinnen gerade diejenigen Zulauf, die die Welt und Geschehnisse erklären können, weshalb sich gerade die „Sekten" und die Okkultismusszene über weiterer Anhängerschaften erfreuen. Besonders sind dabei rund um die Corona-Maßnahmen-Demonstrationen die *QAnon-Bewegung*, die Anastasia-Bewegung und die *Neue Germanische Medizin* in Erscheinung getreten. (Ausführlicher dazu Seite 70 f.)

## 1.4 Radikalisierungspotential in der Corona-Pandemie

In extremistischen Kreisen wird die durch Corona in der Bevölkerung entstandene Angst und Verunsicherung gezielt genutzt und bewusst mit dieser Angst gespielt, um vermehrt Personen für rechte Themenkreise zu mobilisieren. Nach dem Sommer 2020 ortete das *Doku Service Steiermark*, dass sich vermehrt die rechtsextreme Szene an den Protesten beteiligte – vor allem aus dem Umfeld der *„Identitäre Bewegung"*. Das *Doku Service* Steiermark beobachtete ein unerklärliches Maß an Akzeptanz von Antisemitismus. **Gleichzeitig werden Jüd:innen als Täter:innen und als Opfer angesehen.** Auch das ist eine historische Kontinuität des Antisemitismus. Zu beobachten ist, dass die Gewaltbereitschaft steigt, die Szene sich massiv radikalisiert, da Krisen einen idealen Nährboden für Extremismus bieten. Der deutsche Verfassungsschutz führte Coronaleugner:innen bereits 2020 als neue Extremismusform ein. Um ein friedliches Miteinander wieder herstellen zu können, dürfen Personen mit ihren coronabedingten Sorgen und Ängsten nicht allein gelassen werden. Der Ausbau von geeigneten Anlauf- und Ansprechstellen sowie eine Vernetzung der Institutionen für ein erfolgreiches Abfangen und Gegensteuern ist hier dringend notwendig. (Ausführlicher dazu Seite 74 f.)

## 1.5 Maßnahmen zur Extremismusprävention

Grundsätzlich kann Extremismusprävention auf Grundlage der Erfahrungen des Bundesweiten Netzwerks Extremismusprävention und Deradikalisierung (BNED)[14] als dreistufiges Modell eingeordnet und somit eine primäre, sekundäre und tertiäre Prävention unterschieden werden: die primäre oder Generalprävention setzt vor der Entstehung des Problems an, die sekundäre oder Risikogruppenprävention richtet sich an bestimmte, definierte Risikogruppen in der Gesellschaft, die gefährdet sind und die tertiäre oder Individualprävention wendet sich an Personen, die bereits in den Strudel des Extremismus geraten sind oder dabei sind, zu geraten. Die Instrumente und Mittel unterscheiden sich nach den drei Präventionsbereichen bzw. Phasen. Ein wichtiger Hinweis für die hier vorgestellte Definition findet sich im menschenrechtlichen Verhältnismäßigkeitsmaßstab der Zielgruppenidentifikation und der anzuwendenden Instrumente. In diesem Extremismuspräventionsbericht finden sich umfassende an die Politik gerichtete Empfehlungen, da sich extremistische Strömungen in verschiedenste Richtungen ausbreiten können. Die Angebote der Extremismusprävention sollen die Zielgruppen extremistischer Gruppen mithilfe von Sensibilisierung, Beziehungsarbeit, Menschenrechtsbildung und dem Aufzeigen alternativer Narrative erreichen. Zentral sind dabei bewusstseinsbildende Maßnahmen, um gewaltbereiten Extremismus besser verstehen und erkennen zu können und interdisziplinäre, multiprofessionelle Deradikalisierungsmaßnahmen durch qualifiziertes Fachpersonal. (Ausführlicher dazu Seite 84 f.)

Jene Präventionsvorschläge, die speziell gegen die Ausbreitung einer bestimmten extremistischen Strömung wirken sollen, sind im Anschluss an die jeweilige Strömung als Gegensteuerungsvorschläge aufgelistet.[15] Die Komplexität des Radikalisierungsprozesses erfordert ein breites Vorgehen gegen gewaltbereiten Extremismus, der sich nicht auf einen Lebensbereich beschränken darf. In einer demokratischen Gesellschaft sind wir alle gefordert, jeglichen menschenfeindlichen, diskriminierenden und antidemokratischen Ansätzen zivilcouragiert entgegenzutreten.

14 Bundesweites Netzewerk Extremismusprävention und Deradikalisierung (BNED), 22, https://www.bvt.gv.at/bmi_documents/2236.pdf (abgerufen 14.12.2021).

15 Präventionsmaßnahmen zu Antifeminismus ab Seite 41; zu Antisemitismus ab Seite 49, zu Linksextremismus ab Seite 53, zu Rechtsextremismus ab Seite 61, zu religiösem Extremismus ab Seite 69, zu „sogenannten Sekten“ ab Seite 72 und zur Deeskalation der aufgeladenen Coronasituation ab Seite 81.

# 2. Handlungsfelder der Extremismusprävention

Um Empfehlungen zur Eindämmung von extremistischen Strömungen aufstellen zu können, wurde von next eine Umfrage unter Vertreter:innen verschiedener Arbeitsbereiche der Bildung, Community, Jugend-/Sozialarbeit, Strafvollzug und Wissenschaft initiiert. Unter Anleitung des next-Expert:innengremiums wurden weitere Inputs zum Gegensteuern gegen extremistische Entwicklungen in der Steiermark erarbeitet, die als Grundlage und Kernstück für die folgenden Empfehlungen zur Extremismusprävention dienen, ohne den Anspruch einer taxativen Auflistung aufstellen zu können. Präventionsarbeit bedeutet, dass quer durch alle Gesellschaftsschichten sowie auf sämtlichen institutionellen Ebenen ein Bewusstsein für die Problematik des extremistischen Gefährdungspotentials geschaffen werden muss. Zur weiterführenden inhaltlichen Gegensteuerung wird im Folgenden eine Vielzahl an Vorschlägen für eine zielgerichtete Umsetzung gegeben, die eine Richtung vorgeben können bzw. die im Besonderen aufzeigen, in welchen Bereichen eine weitergehende Forschung, Datenerhebung und inhaltliche Auseinandersetzung notwendig wird.

*„Auch wenn es oft nicht schnell genug geht und nicht immer auf Anhieb der Weg gefunden wird, so ist doch die Demokratie am besten in der Lage, Fehler zur Sprache zu bringen, sich zu korrigieren, Einsichten und Vernunft im Widerstreit der Meinungen zu entwickeln."*

**(Richard von Weizsäcker[16])**

16 Vgl. Richard von Weizsäcker, ehemaliger deutscher Bundespräsident unter https://www.bipar.de/zitate/ (abgerufen am 20.01.2022).

## 2.1 Präambel

Ziel einer demokratischen Gesellschaft muss es sein, jeglichen extremistischen, menschenfeindlichen und antidemokratischen Bewegungen und Entwicklungen den Nährboden zu entziehen. Dazu gehört, dass unser Staatswesen im Zusammen- und Gegenspiel von Politik, Verwaltung, Exekutive und Justiz funktioniert und die Bevölkerung in demokratische Prozesse eingebunden sowie ihre Interessen zielführend vertreten werden. Eine demokratische Gesellschaft lebt vom Diskurs Anders denkender und von der Meinungsvielfalt. Die Mehrheitsgesellschaft muss fähig sein, Minderheiten und Mindermeinungen auf Augenhöhe zu begegnen und ihnen ebenso Gehör zu schenken.

Eine demokratisch verfasste Gesellschaft lebt davon, dass Konfliktfähigkeit, Interessensausgleich, soziale Sicherheit und Schutz vor Diskriminierung, Ungleichbehandlung, Rassismus, Antisemitismus und Sexismus sichtbar gelebt und deutlich werden und dieser Schutz für Alle gleichermaßen durchsetzbar ist. Dieses Gefühl eines funktionierenden Staates ist immer wieder aufs Neue sicherzustellen und das Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit zu stärken.

Genauso wichtig für den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft ist die Soziale Sicherheit und das Bemühen darum, die Gesellschaft sozioökonomisch, gesundheits- und bildungspolitisch nicht weiter auseinanderdriften zu lassen. Je egalitärer eine Gesellschaft, je kleiner die Unterschiede zwischen Arm und Reich, desto besser für Alle und desto größer der Zusammenhalt, die Solidarität in der Gesellschaft.

Ein drittes wichtiges Element sei hier ebenfalls noch erwähnt, je stärker sich eine Gesellschaft um Grundwerte bemüht, wie Respekt, Klarheit und nachvollziehbare Regeln, Wertschätzung, Beteiligungsmöglichkeiten und ein Zugehörigkeitsgefühl erzeugt, desto mehr wird es Identifikation und Akzeptanz des Staates und der staatlichen Institutionen geben. All dies sind Ebenen, an denen Führungskräfte, Beamt:innen, Medien, politische Vertreter:innen und auch zivilgesellschaftliche Einrichtungen wirken können, um das Potenzial von extremistischen Bewegungen und Tendenzen kleiner werden zu lassen.

Dies soll vor allem auch durch Inklusion und Teilhabe am sozialen und politischen Leben sowie durch Aufzeigen und Verfestigen von Zukunftsperspektiven und Zugehörigkeit gelingen. Daran müssen aber auch die Bürger:innen und all jene, die in Österreich zwischenzeitlich oder dauerhaft leben, mitwirken. Daher spielt die Stärkung der demokratischen Grundwerte auf persönlicher und gemeinschaftlicher Ebene eine gewichtige Rolle und es müssen Ermöglichungsräume geschaffen werden, in denen sich Engagement, Beteiligungsvoraussetzungen und Zivilcourage entfalten können.

Im Folgenden werden die Zielsetzungen unserer Empfehlungen auf der Basis des Extremismuspräventionsberichtes detaillierter und konkreter beschrieben.

## 2.2 Zielsetzungen

Um die dargelegten Vorstellungen, die in der Präambel formuliert worden sind, gerecht zu werden, müssen in verschiedenen Bereichen zielgruppenspezifisch und themenzentriert Zielsetzungen formuliert werden, denen auch eine realistische Umsetzungsmöglichkeit innewohnt.

Weiters folgen wir bei der Zusammenstellung von Empfehlungen und Maßnahmen dem Prinzip der Prävention,[17] dem in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens Aufmerksamkeit geschenkt wird, insbesondere etwa in der Gesundheitspolitik oder auch in der Kriminalitätsbekämpfung und im justiziellen System.[18]

Bei den Maßnahmen und Empfehlungen handelt es sich ja nicht um klar umrissene Regeln und Einzelmaßnahmen, sondern sie stellen vielmehr eine Verzahnung von vielen verschiedenen Faktoren des gesellschaftlichen Lebens dar, die analysiert und miteinander in Verbindung gebracht werden müssen; in denen das Individuum wirkt, aber auch durch die Außenwelt (Medien, Peers, Politiker:innen, Verwandte usw.) beeinflusst und geleitet wird.

Generell wird in **primäre**, **sekundäre** und **tertiäre** Prävention unterschieden:

* Die primäre oder Generalprävention setzt vor der Entstehung des Problems an.
* Die sekundäre oder Risikogruppenprävention richtet sich an bestimmte, definierte Risikogruppen in der Gesellschaft, die gefährdet sind.
* Die tertiäre oder Individualprävention wendet sich an Personen, die bereits in den Strudel des Extremismus geraten sind oder dabei sind, zu geraten.

**Ziel 1:**

**Förderung von Geschlechtergerechtigkeit:** Die Gleichbehandlung von Mann, Frau und aller anderen Geschlechterformen erlangt in der Gesellschaft mehr Selbstverständlichkeit und erreicht einen höheren Grad der Akzeptanz. Die Entwicklung und kritische Begleitung des gesellschaftlich-öffentlichen Diskurses hat in den letzten Jahrzehnten dazu beigetragen, dass eine wesentlich höhere Sensibilität in der Gesellschaft besteht, wirksame Instrumente entwickelt wurden und die Ungleichbehandlung und Diskriminierung in diesem Bereich zurück gegangen sind. Diesen Weg gilt es weiter zu beschreiten.

**Ziel 2:**

**Sprachliche Sensibilität bleibt weiterhin wichtig:** Sprache ist eines unserer wichtigsten Verständigungsmittel. Dementsprechend heiß umkämpft ist sie auch in der Öffentlichkeit und den digitalen Medien. Sprache und die Verwendung von Begriffen sind aber auch ein machtvolles Mittel, um unser Bewusstsein zu konstituieren und Menschen und Personengruppen unsichtbar zu halten oder sichtbar zu machen. Daher ist die Nutzung, Verbreitung und Förderung einer diskriminierungsarmen, Rassismus sensiblen und gendergerechter Sprache ein wichtiger Aspekt der wechselseitigen Wertschätzung und des Respektes sowie des Fühlens von Zugehörigkeit von Gruppen und Personen.

**Ziel 3:**

Österreichische Gesetzgebung **an die Anforderungen der neuen Bedrohungen anpassen:** Gesetze sind immer ein Spiegel der Zeit und repräsentieren die gerade gesellschaftlich akzeptablen Übereinkünfte. Dementsprechend braucht es auch laufende Adaptionen und Neuregelungen. Nicht selten sind geltende gesetzliche Regelungen an neue Herausforderungen anzupassen. Das gilt auch für unser Ziel 3. Es bedarf gerade auf Bundesebene aufgrund rasanter technologischer Entwicklungen und rasch steigender antidemokratischer, menschenfeindlicher und extremistischer Entwicklungen auch Anpassungen bzw. Neuentwicklung von juristischen Instrumenten, Beobachtungs-, Melde- und Beratungsstellen, um diesen Entwicklungen entgegentreten zu können.

**Ziel 4:**

**Der digitale Sektor bedarf einer weiteren Regulierung durch die Europäische Union (EU) und den Bund**. Es werden geeignete Gegenmaßnahmen zur Eindämmung und zur Möglichkeit gegen Extremismus vorzugehen, ergriffen.

Im vergangenen Jahrzehnt hat sich der digitale – „soziale“ Sektor rasend schnell entwickelt und weitgehend ohne gesetzliche Schranken ausgebreitet. Neben den bekannten digitalen Austauschplattformen (Facebook, Twitter usw.), haben sich mannigfaltige Möglichkeiten des Austausches im rechtsfreien Raum entwickelt. Beispielsweise auf Plattformen, die als Instant Messenger Dienste (WhatsApp, Telegram, Signal

17 https://www.oesterreich.gv.at/themen/gesundheit_und_notfaelle/sucht/3/Seite.1520320.html (abgerufen am 11.01.2022).
18 Bundesweites Netzwerk Extremismusprävention und Deradikalisierung (BNED), Österreichische Strategie Extremismusprävention und Deradikalisierung, 22f, https://www.bvt.gv.at/bmi_documents/2236.pdf (abgerufen am 16.12.2021).

usw.) bezeichnet werden oder auch auf Spieleplattformen. All diese neuen Formen tragen dazu bei, dass neben Austausch und Information auch massenweise Gerüchte, Falschmeldungen (Fake News), Verschwörungserzählungen und menschenfeindliche, antisemitische, rassistische und sexistische Inhalte in großer Geschwindigkeit verbreiten werden konnten. Sie sind mittlerweile in einem Ausmaß politisch wirksam, dass sie als demokratiegefährdend anzusehen sind.

**Ziel 5:**

**Quantitativer und qualitativer Ausbau und Verbreitung der Aufklärungs- und Informationsarbeit in Bezug auf extremistische Entwicklungen und der Vernetzung der Beteiligten.**

In den letzten Jahren ist es zu einer zunehmenden Sensibilisierung und erhöhten Aufmerksamkeit in den verschiedensten Bereichen hinsichtlich extremistischer Bedrohungen gekommen. Das hat eine Verbesserung der Fakten- und Datenlage nach sich gezogen, etwa durch entsprechende Forschungsarbeiten und die Arbeit von Beratungsstellen, Schulen, Behörden und Vereinen. Hier kann eine weitere Förderung der Vernetzung, der Koordination und der zur Verfügungstellung und Aufbereitung des Wissens für unterschiedliche Gruppen und Beteiligte nützlich sein.

**Ziel 6:**

**Ausbau und Vertiefung der schulischen, außerschulischen und beruflichen Fort- und Weiterbildung** zu den genannten Themen, die im Extremismusbereich relevant sind, insbesondere für Fach- und Lehrkräfte, die in verschiedenen Feldern der Aus-, Fort- und Weiterbildung tätig sind.

**Ziel 7:**

**Ausbau der wissenschaftlichen Forschung:** Aufgrund der bestehenden Einrichtungen, die Daten und Fakten liefern, Recherche- und Dokumentationsarbeit leisten, wissen wir mittlerweile bereits viel zu dem Thema. Es ist aber auch evident, dass es vieles noch zu erforschen gibt und wir uns in Österreich oft auf Studien und Forschungsarbeiten aus Deutschland und anderen Ländern stützen müssen. Es ist daher bundesweit unbedingt notwendig, einerseits die inter- und transdisziplinäre Grundlagenforschung für Österreich zu vertiefen und andererseits gezielte Fragestellungen in Österreich an die Forschungsgemeinde heranzutragen, um bessere Daten und Antworten zu erhalten. Dabei fällt in Österreich auf, dass die fachübergreifende Koordination und der Austausch zu relevanten Forschungsfragen verbessert werden könnten.

## 2.3 Strategien und Instrumente

Wirksame Gegenmaßnahmen gegen extremistische Entwicklungen und Bewegungen lassen sich nicht auf eine Strategie und auf ein Instrument der Bekämpfung reduzieren. So komplex die Radikalisierung von Menschen ist, so umfangreich und vielfältig müssen auch die Gegenmaßnahmen sein.

Die Strategien eines Zurückdrängens von extremistischen Bewegungen und der Radikalisierung von Menschen müssen auf verschiedenen Ebenen (mikro-, meso- und makro-) angreifen. Wichtig dabei ist, die politischen und gesetzlichen Ebenen ebenso im Blickfeld zu haben, wie die gesellschaftlichen Sphären (Unternehmen, Organisationen, Freizeit, Privat) und diese dafür zu sensibilisieren, wie sie auf unterschiedliche Ziel- und Berufsgruppen abgestimmt sein und einwirken müssen nicht zuletzt gilt es in den geeigneten Strategien und Instrumenten darauf Bedacht zu nehmen, die persönliche Ebene des Individuums mit einzubeziehen und individuelle Zugänge aufnehmen und entwickeln zu können.

Aufgrund der sich aus den oben genannten Zielen sich ergebenden Herausforderungen, seien hier nun einige Grundbedingungen für deren Erreichung genannt:

1. Die Extremismusbekämpfung sollte auf fundierter Daten- und Faktenlage basieren und den Stand der Wissenschaften, die sich mit diesen Feldern beschäftigen, immer im Auge behalten, um auf aktuelle Entwicklungen adäquat und rasch reagieren zu können. Hier sind relevante Fragen aus der Praxis auch an die Wissenschaft zurückzuspielen und ein entsprechender Austausch zu forcieren.
2. Das Thema eignet sich nicht für tagespolitische/-populistische und kurzfristige Politikstrategien – dazu ist die Gefahr für die Demokratie zu groß. Es bedarf eines möglichst großen, offenen Blicks auf und einer kritischen Analyse des Geschehens, um effiziente und effektive Gegenmaßnahmen setzen zu können.
3. Es bedarf eines breiten Schulterschlusses der verschiedenen Akteur:innen, um das vielfältige Thema auch umfassend bearbeiten zu können. Daher sind Kooperationen und Netzwerke eine elementare Voraussetzung für das Gelingen.
4. Diese Kooperation und die dazu gehörenden Netzwerke bedürfen einer Strukturierung und Organisierung und sollten sowohl Arbeitsfähigkeit als auch Arbeiten auf Augenhöhe sicherstellen. Dies gilt umso mehr, wenn Netzwerke sich durch asymmetrische Verhältnisse innerhalb der Kooperationspartner:innen auszeichnen (Selbstorganisationen, NGOs/Vereine, Verwaltung, Politik, Sozialpartner udgl.).

5. Hier sind sowohl Bund, Land, Gemeinde/Bezirke als auch Sozialpartner, Kirchen, Interessensvertretungen, Selbsthilfe und Selbstorganisationen, sowie Vereine und NGOs gefragt und einzubinden.
6. Bevor jedoch neue Arbeitskreise und Netzwerke entwickelt werden, sollte darauf Acht gegeben werden, dass bereits bestehende Kooperationen und Netzwerke nutzbar und weiterentwickelt werden.
7. Um wirksame und erfolgversprechende Maßnahmen setzen zu können, braucht es finanzielle Absicherungen für die vorhandenen und neue Initiativen, um einen überwiegenden Teil der Maßnahmen in Gang setzen/halten zu können.

Das Zurückdrängen von extremistischen Entwicklungen braucht auch geeignete Instrumentarien, die im Rahmen der Maßnahmen noch näher erwähnt werden. Sie greifen, wie schon zuvor erwähnt, auf unterschiedlichen Ebenen ein und seien im Folgenden demonstrativ aufgezählt. Wichtig dabei ist, dass die eingesetzten Instrumentarien möglichst bereits erprobt sind (good practice) und ihre Wirksamkeit – etwa in anderen Ländern oder in anderen Zusammenhängen – bereits bewiesen haben.

**Instrumente zur Bearbeitung des Themas sind:**

1. Niedrigschwellige Melde- und Anlaufstellen (wie die Beratungsstelle Extremismus, Männerberatungsstelle etc.) sowie entsprechende Online-Angebote (Apps wie BanHate-App), die ein einfaches Melden und Aufdecken von extremistischen Vergehen bzw. Vorgehensweisen möglich machen.
2. Ausbau von bundesweiten Beratungseinrichtungen in Österreich und in der Steiermark, wo Prävention und Deradikalisierung sowie psychosoziale Begleitung sowohl für Opfer als auch für Täter:innen und Aussteiger:innen erfolgen kann. Derzeit wird dies von Derad und dem bundesweiten Netzwerk für Offene Jugendarbeit (bOJA) in Österreich übernommen. Anzustreben wäre für Österreich in diesem Zusammenhang ein Netzwerk von Organisationen, die beim Ausstieg aus extremistischen Kreisen gemeinsam behilflich sind, wie dies beispielsweise in Deutschland durch ***EXIT***[19] besteht.
3. Beobachtungs- und Dokumentationsstellen, wie etwa universitäre Einrichtungen, *das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW), das Doku Service Steiermark* sowie journalistisch orientierte, investigative Rechercheplattformen, die sich mit den Themen beschäftigen.
4. Schriftliche Informationsmaterialien, die sowohl physisch als auch digital Verwendung finden können.
5. Diversifizierte Angebotserstellung von Vorträgen, Workshops, Seminaren, Schulungen und Lehrgängen für verschiedene Felder der schulischen Bearbeitung des Themas; aber auch für die universitäre Bearbeitung sowie zum Einsatz in der Fort-, Aus- und Weiterbildung in der Erwachsenenbildung.
6. Schulungsangebote für spezifische Gruppen, Settings, Peers und Multiplikator:innen.
7. Projektorientierte sozialpädagogische und -arbeiterische Basisarbeit in den verschiedenen Handlungsfeldern und Settings; etwa mit Jugendlichen, im Stadtteil (Grätzel, Viertel, im Jugendzentrum, bei Communities, in religiösen Einrichtungen…).
8. Gezielte Maßnahmen, Projekte und Aktivitäten im Freizeit-, Sport- und Kulturbereich.
9. Instrumente zur Förderung der politischen Partizipation und Teilhabe; bzw. zur Befähigung zur Teilhabe auf Bezirks- und kommunaler Ebene (Räte, Beiräte, Kommunikationsplattformen, Sprechstunden, Beteiligung an Bezirksrat-Sitzungen udgl.).
10. Lobbying und Öffentlichkeitsarbeit.

19 https://www.exit-deutschland.de/ (abgerufen am 03.02.2022).

# 3. Umfrage „Gefährder:innen - Gefährdete - Gefährdungen“ in der Steiermark

Um eine erste Einschätzung und Diskussionsgrundlage für die später unter Leitung des next-Expert:innengremiums stattfindenden Arbeitsgruppensitzungen mit den verschiedenen Stakeholder:innen aus den Bereichen der Justiz, Bildung, Jugendarbeit, Exekutive und aus der Expertise des Netzwerks zu generieren, hat das Institut Journalismus und Public Relations der FH Joanneum in Graz für die Extremismuspräventionsstelle Steiermark eine Umfrage initiiert, die unter Leitung von ***Prof. Dr. Heinz P. Wassermann*** im Zeitraum vom 23.07.2021 bis 01.09.2021 online durchgeführt wurde. Insgesamt wurden 50 einschlägig ausgewiesene Expert:innen bzw. Institutionen aus den Bereichen Bildung, Community, Jugend-/Sozialarbeit, Strafvollzug und Wissenschaft drei Mal via E-Mail kontaktiert und um Beantwortung des Fragebogens gebeten. 23 auswertbare Fragebögen wurden retourniert, das entspricht einer Rücklaufquote von 46%.

Der Fragebogen operierte mit geschlossenen, halb offenen und offenen Fragen und erhob Einschätzungen und Wahrnehmungen der ausgewählten Institutionen bzw. ihrer Vertreter:innen hinsichtlich der Konfrontation mit extremistischen Strömungen in ihrem Arbeitsalltag in den letzten fünf Jahren.[20] Da eine unterschiedliche Auffassung der im Titel dieses Extremismuspräventionsberichtes sowie im Titel der Umfrage verwendeten Begriffe möglich ist, wird kurz auf die gestellten Fragen und auf die hier verwendete Auffassung von **Gefährder:innen, Gefährdete, Gefährdungen** eingegangen, die grundsätzlich auf die Bandbreite der unterschiedlichen Betroffenheiten durch extremistische Strömungen aufmerksam machen sollen:

Im Zuge der Umfrage wurde eruiert, wer als **Gefährder:innen** bzw. welche extremistischen Gruppierungen in der Steiermark von den Expert:innen benannt werden und wie eine künftige Entwicklung der Situation von den Umfrageteilnehmenden eingeschätzt wird. In einem weiteren Schritt wurde festgestellt, welche Personen/Gruppen als **Gefährdete** eingestuft, also häufig zum Zielobjekt extremistischer Strömungen und ihrer Agitationen werden. Weitere Fragen widmeten sich den potentiellen (künftigen) **Gefährdungen** von Personen/Gruppen, die aus Sicht der Institutionenvertreter:innen Gefahr laufen, sich zu radikalisieren und möglichen Ursachen von (Selbst-)Radikalisierung. Zudem wurden Einschätzungen zu künftigen Gefährdungen sowie Agitations- und Kommunikationsstrategien extremistischer Strömungen erhoben. Abschließend rundeten Fragen zu den eingesetzten und als erfolgreich eingestuften **Präventionsstrategien** gegen Extremismus den Fragebogen ab.[21]

Im Anschluss an die Umfrage fanden mehrere Arbeitsgruppensitzungen unter Leitung der Expert:innen mit Vertreter:innen der Netzwerkpartner:innen statt, in denen die Themen der Umfrage näher diskutiert und vor allem die Frage der **Präventionsmöglichkeiten** thematisiert und in der Folge in diesen Extremismuspräventionsbericht eingearbeitet wurden.

## Fragenkatalog

Wassermann Heinz P., Gefährder:innen – Gefährdete – Gefährdungen, wissenschaftliche Umfrage, Graz 2021:

**Frage 1:** Inwieweit waren Sie in Ihrer Arbeit in den letzten fünf Jahren mit den folgenden Strömungen in der Steiermark konfrontiert?

**Frage 2:** Wie hoch schätzen Sie die Gefährdung hinsichtlich einer Zunahme von Extremismus und Radikalisierung ein, die von folgenden Strömungen für die Steiermark ausgeht?

**Frage 3:** Wie versuchen die oben genannten Strömungen Ihrer Wahrnehmung nach aktuell Menschen in der Steiermark für ihre Ideen zu gewinnen?

**Frage 4:** Welche Gruppe(n) sind Ihrer Wahrnehmung nach besonders gefährdet dafür, sich zu radikalisieren?

**Frage 4a:** Als wie stark/hoch betrachten Sie ganz allgemein das Radikalisierungspotenzial für Personen aus folgenden Gruppen? (Es geht bei dieser Frage wiederum um Ihre subjektive Einschätzung, die auf Ihren Erfahrungen im Berufskontext basiert, z.B. auch um von Klient:innen berichtete Vorkommnisse).

**Frage 5:** Gegen welche Personen oder Gruppen richten sich Ihrer Wahrnehmung nach die Aktivitäten der extremistischen Strömungen?

**Frage 6:** Welche Strategien der Extremismusprävention finden Sie insgesamt erfolgsversprechend?

**Frage 6a:** Welche Strategien der Extremismusprävention haben Sie in Ihrer Arbeit schon eingesetzt?

**Frage 7:** Ist Ihnen im Zusammenhang mit dem Thema Extremismus und Radikalisierung noch etwas wichtig?

20 Siehe dazu den Fragekatalog, Seite 20, der Expert:innenerhebung im Auftrag der Extremismuspräventionsstelle Steiermark: Wassermann, Gefährder – Gefährdete – Gefährdungen, Graz 2021, die geschlossenen Frage waren ordinalskaliert. Wenn Mittelwerte ediert und interpretiert werden, dann basiert dies auf dem folgenden Schema:

| | |
|---|---|
| ≥1 bis ≤1,75: | intensiv, hoch, stark |
| ≥1,76 bis ≤2,5: | eher intensiv, eher hoch, eher stark |
| ≥2,51 bis ≤3,25: | eher nicht intensiv, eher gering, eher nicht stark |
| ≥3,26 bis ≤4: | nicht intensiv, gering, nicht stark |

21 Vgl. Fragebogen im Anhang.

## 3.1 Was ist Extremismus?

Die **Vereinten Nationen** beschäftigen sich mit Extremismus und Extremismusprävention in erster Linie aus dem Blickwinkel von gewaltbereitem Extremismus und Terrorismus. Ausdrückliche Definitionen zu Extremismus und Extremismusprävention finden sich in den diesbezüglichen Dokumenten der Vereinten Nationen nicht. Allerdings finden sich wichtige Hinweise zur präventiven Herangehensweise und zum Schutz der Menschenrechte im Kampf gegen diese Phänomene.[22]

Ähnliches gilt für die **europäische Ebene**, insbesondere auch für die Ansätze des **Europarats**. Eine Ausnahme und somit hilfreiche Quelle ist das bei der Europäischen Kommission eingerichtete **Radicalisation Awareness Network (RAN)** mit seinen diesbezüglichen Guiding Principles aus dem Jahr 2016.[23]

Vor diesem Hintergrund möchte die Extremismuspräventionsstelle Steiermark folgende Herleitungen und Definitionen vorstellen, die im Rahmen des Netzwerks gemeinsam mit dem ETC Graz[24] und der Extremismuspräventionsstelle Steiermark erarbeitet wurden und verwendet werden:[25]

### Radikal lat. radix, Wurzel[26]

* **Radikalisierung** bezeichnet den **Prozess,** in welchem Individuen oder Gruppen sich zum Extremismus hinwenden und diesem anhängen. Diese Prozesse können vielfältig ausgestaltet sein.[27] Der Begriff „radikal" wird häufig als Synonym für „extrem" verwendet, beschreibt aber eine politische Gesinnung an der äußeren Grenze der Parteienlandschaft und Verhaltensweisen, die sich noch innerhalb des gesetzlichen Rahmens bewegen.[28]

### extrem

* lat. extremus, äußerst bzw. ‚bis an die äußerste Grenze gehend'[29]

### Extremismus

* bezeichnet sowohl eine Einstellung als auch ein Verhalten, das den demokratischen Verfassungsstaat ablehnt, mit dem Ziel, diesen einzuschränken oder zu beseitigen. Extremismus steht daher im Gegensatz zur Pluralität der Interessen. Seine Formen sind vielfältig und umfassen politische, religiöse und weltanschauliche Ideologien, in denen die **Anwendung von Gewalt** und Zwang als legitime Mittel zur Erreichung der jeweiligen Ziele angesehen werden.[30]

### Fanatismus[31]

* Auch der Fanatismus kann in vielen Lebensbereichen auftreten (Sport, Religion, Überzeugung), wobei die Fanatiker:innen jeweils die Überzeugung eint, dass keine andere Meinung als ihre eigene gelte.[32]

### Fundamentalismus[33]

* Fundamentalist:innen gibt es in unterschiedlichen religiösen Strömungen, wobei sie sich dadurch auszeichnen, dass sie nur die eigene

22 Vgl. Generalversammlung der Vereinten Nationen, Aktionsplan zur Verhütung des gewalttätigen Extremismus, A/70/674, 2015, https://www.un.org/depts/german/gv-sonst/a70-674.pdf (abgerufen am 18.01.2022).
23 Vgl. Radicalisation Awareness Network (RAN), Developing a local prevent framework and guiding principles, RAN policy paper 2016, https://ec.europa.eu/home-affairs/system/files/2020-09/policy_paper_developing_local_prevent_framework_guiding_112016_en.pdf (abgerufen am 10.12.2021).
24 Vgl. Europäisches Trainings- und Forschungszentrum für Menschenrechte und Demokratie (ETC), Definitionen Extremismus, Radikalisierung und Extremismusprävention 09.11.2020, https://www.next.steiermark.at/cms/dokumente/12706021_148818800/90281404/Extremismusdef.pdf (abgerufen am 12.12.2021).
25 Der Bericht versteht sich nicht als wissenschaftliche Abhandlung, sondern ist eine Handreichung für die Praxis und kann daher nicht einen wissenschaftlichen Diskurs über die Begriffsdefinitionen abbilden oder auf alternative Definitionen ausführlich eingehen. Sollte diesbezüglich Interesse bestehen, muss auf die weiterführende einschlägige Literatur im Anhang verwiesen werden.; Vgl. dazu ein Statement aus der Umfrage: *„Ich lehne ein Hufeisendenken bei Extremismus'theorie' ab. Bei sogenanntem ‚Linksextremismus' geht es sehr oft gegen Gegenstände, bei anderen (Rechtsterror, etc.) meist gegen Menschen und Leben. Zusätzlich wird eine sog. ‚Mitte' suggeriert, die ‚neutral' sei – was nicht stimmt."*
26 https://www.politik-lexikon.at/extremismus-radikalismus/ (abgerufen am 03.12.2021).
27 Vgl. Europäisches Trainings- und Forschungszentrum für Menschenrechte und Demokratie (ETC), Definitionen Extremismus, Radikalisierung und Extremismusprävention, Graz 2020, https://www.next.steiermark.at/cms/dokumente/12706021_148818800/90281404/Extremismusdef.pdf (abgerufen am 12.12.2021).
28 Vgl. Zentrum POLIS, Fanatisierung als Herausforderung für die Politische Bildung, POLIS aktuell 3/2018, 4.
29 https://www.politik-lexikon.at/extremismus-radikalismus/ (abgerufen am 03.12.2021).
30 Vgl. Europäisches Trainings- und Forschungszentrum für Menschenrechte und Demokratie (ETC), Definitionen Extremismus, Radikalisierung und Extremismusprävention, Graz 2020, https://www.next.steiermark.at/cms/dokumente/12706021_148818800/90281404/Extremismusdef.pdf (abgerufen am 12.12.2021); Vgl. Bundesweites Netzwerk Extremismusprävention und Deradikalisierung (BNED), Österreichische Strategie Extremismusprävention und Deradikalisierung, 21, https://www.bvt.gv.at/bmi_documents/2236.pdf (abgerufen am 15.12.2021); Bundesweites Netzwerk Offene Jugendarbeit (bOJA), Definition und Merkmale, https://www.beratungsstelleextremismus.at/ (abgerufen am 03.12.2021).
31 https://www.politik-lexikon.at/fanatismus/ (abgerufen am 06.12.2021).
32 Vgl. Philipp Simone, Landkarte zur Extremismusprävention in der Steiermark, ETC Graz 2018, 5.
33 https://www.politik-lexikon.at/fundamentalismus/ (abgerufen am 06.12.2021).

Glaubensinterpretation gelten lassen; alle anderen Glaubensrichtungen und Religionen werden vehement abgelehnt. Das Bestehen auf einer „einzigen Wahrheit“ bzw. „göttlichen“ Überlieferung und die Ablehnung von Säkularisierung sind weitere ihrer Kennzeichen.

**terror**

* lat. Schrecken, Schreckensnachricht, in Schrecken versetzten[34]

Mit **Terrorismus** werden gesetzwidrige Androhungen oder auch die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung bestimmter Ziele, zumeist im politischen oder auch wirtschaftlichen Bereich, bezeichnet. Ziel des Terrorismus ist es, gesellschaftliche Instabilität, Angst, Schrecken und Unsicherheit zu erzeugen, z.B. durch Attentate oder Anschläge.[35] Gleichzeitig ist es durch derartige Anschläge möglich, Sympathisant:innen zu gewinnen und Unterstützungsbereitschaft einzufordern. Terrorismus dient auch der Konfliktaustragung in asymmetrischen Beziehungen (in Bezug auf verfügbare Ressourcen, Legitimation und Methodik). Dabei zeichnen sich terroristische Vereinigungen durch ein hohes Maß an Mobilität, Unabhängigkeit von Staatsgrenzen, schnell wechselnden Strukturen und Zusammensetzungen, eine hohe Anpassungsfähigkeit (z.B. NIPSTER = Neonazi-Hipster) und moderne Marketingstrategien aus.[36]

## 3.2 Wer sind die Gefährder:innen?

Unter Gefährder:innen sind in diesem Extremismuspräventionsbericht die verschiedenen extremistischen Strömungen zu verstehen, die in der Steiermark vertreten sind. Aus der Zusammenarbeit mit den Netzwerkpartner:innen und den Expert:innen, kann hier ein Abriss der beruflichen Erfahrungen und Expertise der verschiedenen Institutionen mit Gefährder:innen und Extremismus und in der Folge von diesen Institutionen erkannte Ansatzpunkte für Empfehlungen und Herangehensweisen der Extremismusprävention gegeben werden. Um ein vollständigeres und differenzierteres Bild der Entwicklungen im Bereich Extremismus in der Steiermark zu erhalten, wäre der Einbezug weiterer Datenquellen sowie die Durchführung von weiteren regelmäßigen Studien und Umfragen notwendig. Aus den derzeit vorliegenden Materialien und der von ***Prof. Dr. Heinz P. Wassermann*** durchgeführten Umfrage, zeichnet sich in der Steiermark folgendes Bild hinsichtlich der Konfrontationsintensität der befragten Expert:innen mit verschiedenen extremistischen Strömungen ab (wobei neun Strömungen abgefragt wurden und die Möglichkeit bestand, weitere Strömungen zu nennen):

In den letzten fünf Jahren waren Expert:innen eher intensiv mit **Islamismus** und **Rechtsextremismus** konfrontiert, jenen beiden Strömungen, denen die Expert:innen auch künftiges Potential zur Weiterradikalisierung zuschreiben.

Eher nicht intensiv sahen sich die Expert:innen mit **Antisemitismus**, **religiösem Fundamentalismus, Antifeminismus, Homophobie** und **Salafismus** konfrontiert, wobei bei all diesen Strömungen – mit Ausnahme des Antifeminismus – von einer Weiterradikalisierung ausgegangen wird.

Nicht intensiv kamen die Expert:innen mit jenen Gruppen in Berührung, die auch die Möglichkeiten zur Online-Mobilisierung am wenigsten nutzen: **linksextreme Strömungen** und **„Sekten“**.

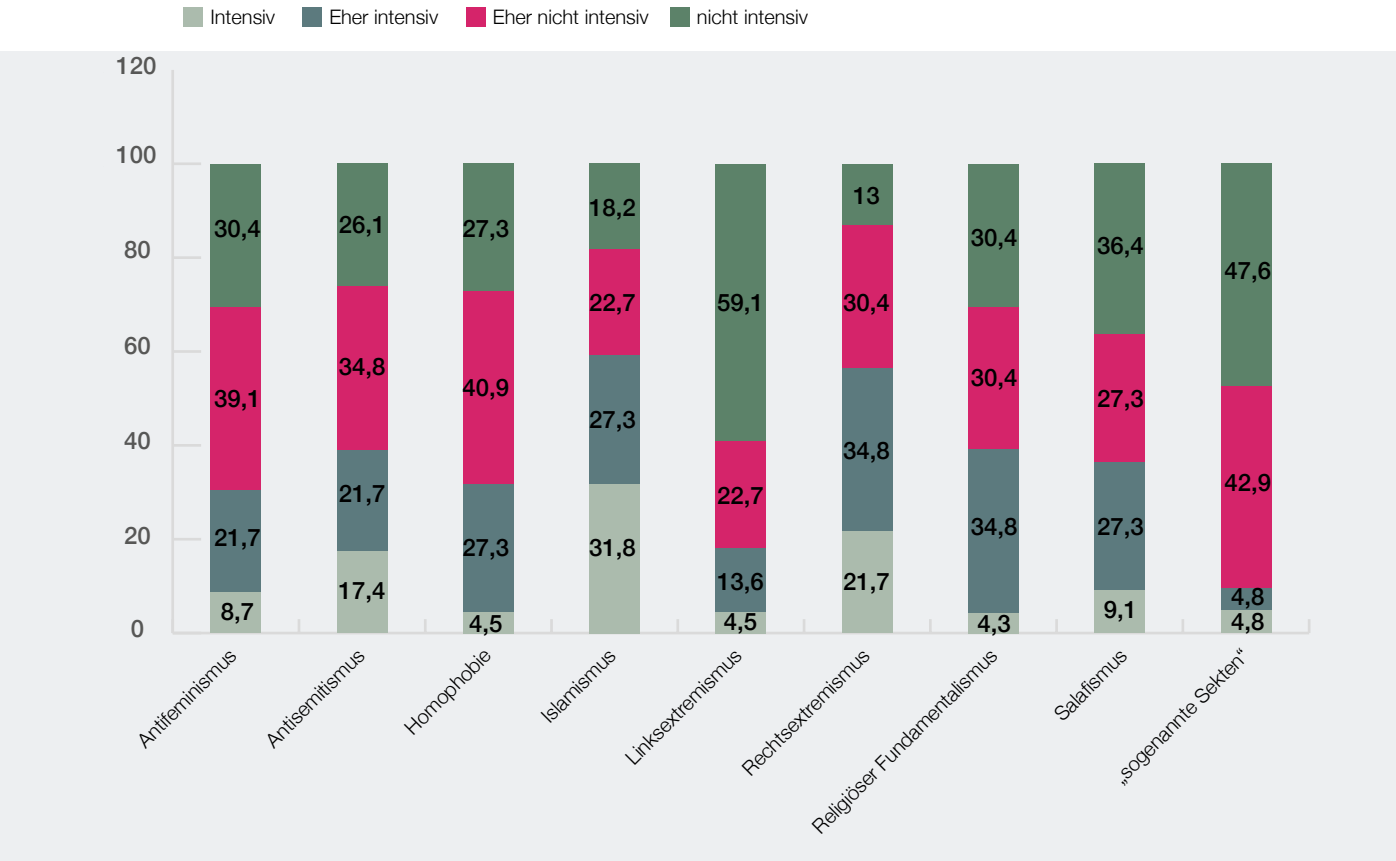
Keine der abgefragten neun Strömungen wurde der Kategorie „intensiv“ zugeordnet.

34 https://www.politik-lexikon.at/terrorismus/ (abgerufen am 03.12.2021).
35 Vgl. Philipp Simone, Landkarte zur Extremismusprävention in der Steiermark, ETC Graz 2018, 5, https://www.next.steiermark.at/cms/dokumente/12700372_148184258/d255f3e2/landkarte2.pdf (abgerufen am 02.12.2021).
36 Vgl. Tamás Melinda, Ergebnisbericht der Partizipationsstudie Prävention von gewaltbereitem Extremismus in Österreich, Südwind, Wien 2020, 10, https://www.suedwind.at/fileadmin/user_upload/suedwind/Bilden/Schulen/Projekte/Studie_Extremismuspraevention_in_AUT.pdf (abgerufen am 15.11.2021).

| Berufliche Konfrontation mit extremistischen Strömungen | MW | MV |
|---|---|---|
| **Eher intensiv** | | |
| Islamismus | 2,27 | 1 |
| Rechtsextremismus | 2,35 | 0 |
| **Eher nicht intensiv** | | |
| Antisemitismus | 2,7 | 0 |
| Religiöser Fundamentalismus | 2,87 | 0 |
| Antifeminismus | 2,91 | 0 |
| Homophobie | 2,91 | 1 |
| Salafismus | 2,91 | 1 |
| **Nicht intensiv** | | |
| „Sogenannte Sekten“ | 3,33 | 2 |
| Linksextremismus | 3,36 | 1 |

MW=Mittelwert, MV=Missing values/keine Antwort

## Grafik zu 3.2 Berufliche Konfrontation mit extremistischen Strömungen



Immerhin ein knappes Drittel (31,8%) der Respondenten gab eine „intensive“ Konfrontation mit islamistischen Strömungen an, das sind um zehn Prozentpunkte mehr als die Zuordnung bei Rechtsextremismus (21,7%). In Summe („intensiv“/„eher intensiv“) wurden für Islamismus (59,1%) und Rechtsextremismus (56,5%) Zustimmungswerte jenseits von 50% erhoben. Alle anderen abgefragten Strömungen liegen in Summe (teilweise klar) darunter.

Die Beratungsstelle Extremismus und Offene Jugendarbeit (**bOJA**) berichtet, dass es sich bei Anrufer:innen aus der Steiermark zumeist um Angehörige der Betroffenen (27,2%) handelte, dicht gefolgt von Sozialarbeiter:innen, Jugendarbeiter:innen und Mitarbeiter:innen von Flüchtlingseinrichtungen (24,5%), 13,2% entfallen auf Lehrer:innen. Weitere Anrufe kamen von Behörden (Jugendamt), Mitarbeiter:innen aus Beratungseinrichtungen, von Justiz und Polizei, Arbeitskolleg:innen, Studierende und Journalist:innen. Lediglich zwei direkt betroffene Personen, die selbst in extremistischen Gruppierungen aktiv mitwirken, wandten sich selbst an bOJA. Dabei galt die größte Sorge der Anrufer:innen mit 54,3% islamistischen Gruppierungen bzw. dem Verdacht auf **islamistischen Extremismus**. Umgekehrt wurde der Verdacht auf **Rechtsextremismus** nur in 4% der Fälle geäußert, im Vergleich zu österreichweiten 10,7%. Weitere Ausformungen des Extremismus (**Staatsverweiger:innen, Linksextremismus und christlicher Fundamentalismus**) wurden mit 5,2% verzeichnet. Gewalt spielt in 6,6% der Fälle eine Rolle. In den Jahren 2020 und 2021 enthielten 23% aller steiermärkischen Anfragen einen Bezug zu **Verschwörungserzählungen**.[37] Auch die Bundesstelle für Sektenfragen verzeichnet einen erhöhten Anstieg an Anrufen im Zusammenhang mit Verschwörungsinhalten aus der Steiermark.

### 3.2.1 Künftiges Gefährdungspotential

Befragt wurden die Netzwerkpartner:innen und Vertreter:innen von verschiedenen Institutionen nach ihrer Einschätzung zu von den neun abgefragten Strömungen ausgehenden zukünftigen Gefährdungen hinsichtlich einer Zunahme von Extremismus und Radikalisierung:

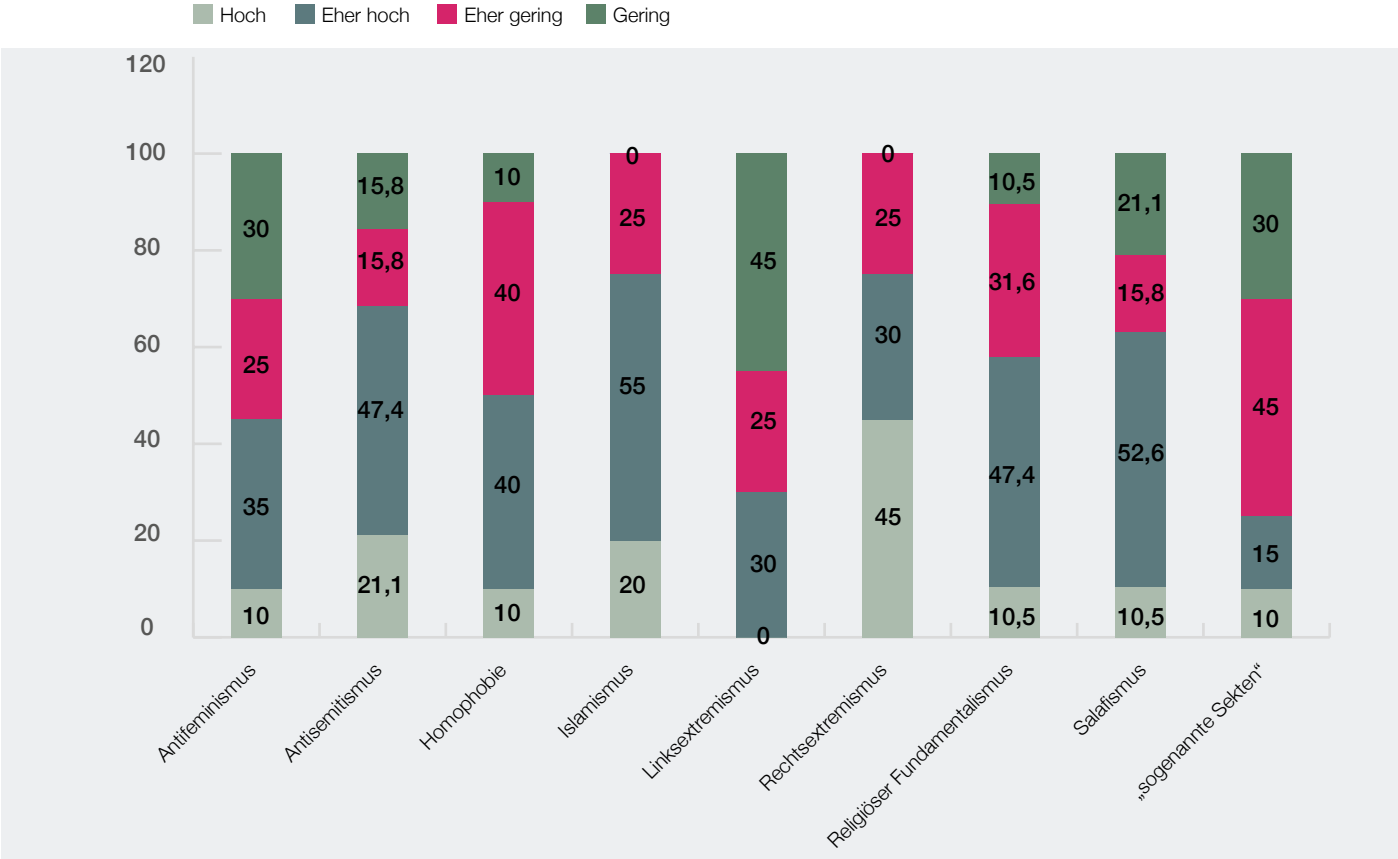
| Künftiges Gefährdungspotential | MW | MV |
|---|---|---|
| **Eher hoch** | | |
| Rechtsextremismus | 1,8 | 3 |
| Islamismus | 2,05 | 3 |
| Antisemitismus | 2,26 | 4 |
| Religiöser Fundamentalismus | 2,42 | 4 |
| Salafismus | 2,47 | 4 |
| Homophobie | 2,5 | 3 |
| **Eher gering** | | |
| Antifeminismus | 2,75 | 3 |
| „Sogenannte Sekten“ | 2,95 | 3 |
| Linksextremismus | 3,15 | 3 |

MW=Mittelwert, MV=Missing values/keine Antwort

Im Gegensatz zur beruflichen Konfrontation in den letzten fünf Jahren, wird das künftige Gefährdungspotential eklatant höher eingeschätzt. Zwei Drittel der abgefragten Strömungen werden im Durchschnitt ein „eher hohes“ zukünftiges Gefährdungspotential zugeschrieben, wobei bei dieser Frage Rechtsextremismus (klar) vor Islamismus liegt.

37 Bundesweites Netzwerk offene Jugendarbeit (boja), Statistik Steiermark, 23.12.2021: insgesamt haben sich im Zeitraum von 01.12.2014 – 23.12.2021 151 Personen aus der Steiermark an die Beratungsstelle Extremismus gewandt, 68 davon aus Graz, demnach machen die steirischen Anrufe 5% aller Erstanrufe bei boja aus. 12% der aus der Steiermark getätigten Anrufe fragten nach allgemeinen Informationen und in 7,9% der Anrufe wurde eine Fortbildung angefragt – 36 von gesamt 774 Fort-und Weiterbildungen (4,6%) wurden in der Steiermark abgehalten).

## Grafik zu 3.2.1 Künftiges Gefährdungspotential




Sieht man von Antifeminismus (45%), Linksextremismus (30%) und „sogenannten Sekten“ (25%) ab, so liegen fünf der insgesamt neun abgefragten Gruppen jeweils weit jenseits der 50%-Marke: **Antisemitismus, Islamismus, Rechtsextremismus, religiöser Fundamentalismus** und **Salafismus**. Als besonders dramatisch ist das von den Expert:innen dem Rechtsextremismus mit 45% zugeschriebene „hohe“ Gefährdungspotential. Das ist ein mehr als doppelt so hoher Prozentwert wie für Antisemitismus (21,1%) und Islamismus.

## 3.3 Gefährdete – Wer wird durch extremistische Strömungen gefährdet?

Im Rahmen der Umfrage wurden die Teilnehmenden befragt, welche Personen bzw. Personengruppen sie als **Gefährdete** einstufen, also wer häufiger zum Zielobjekt extremistischer Strömungen und ihrer Agitationen wird.

*Prof. Dr. Heinz P. Wassermann: Wie stark richten sich Aktivitäten von extremistischen Strömungen gegen folgende Personen oder Gruppen?*

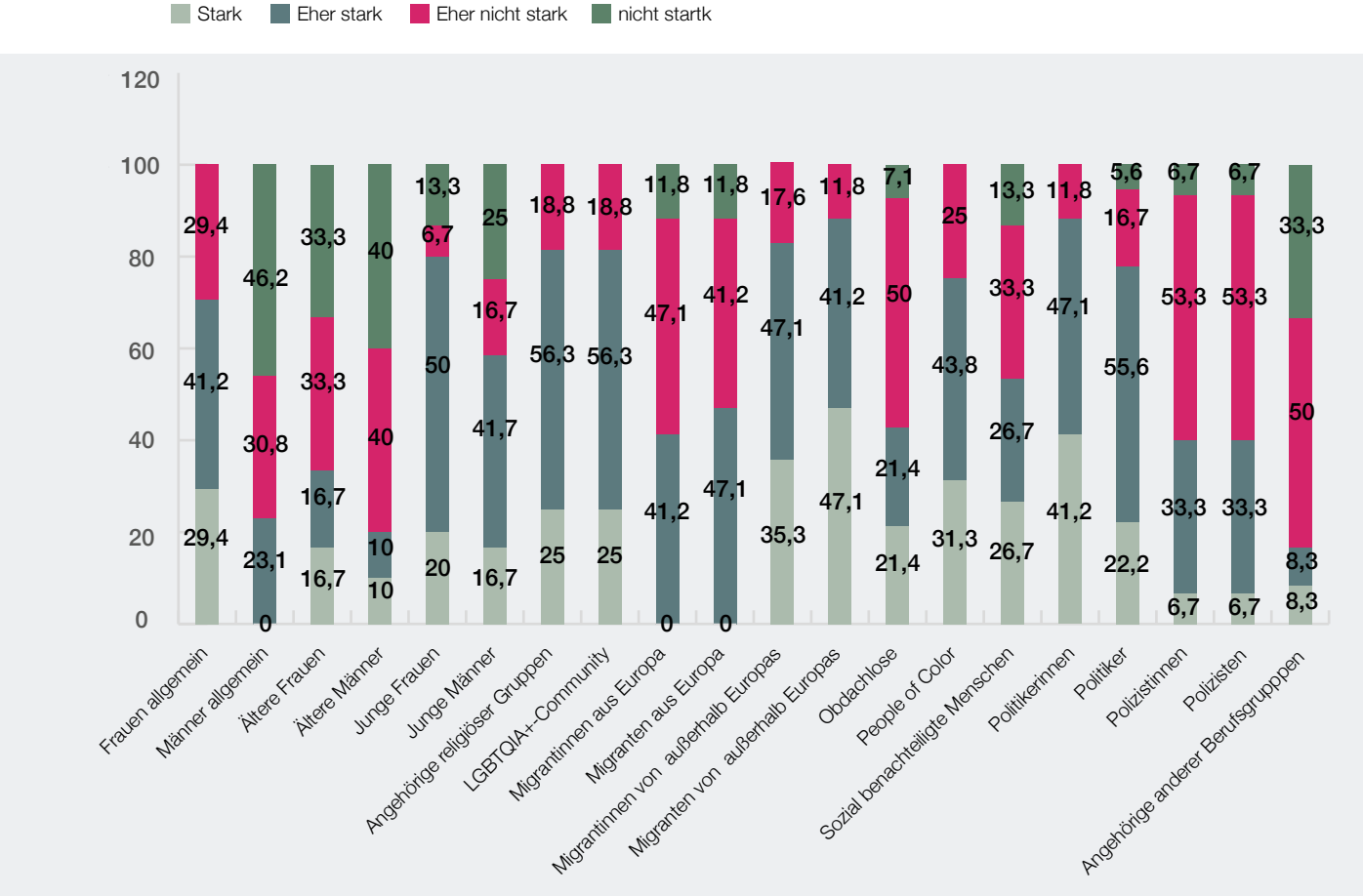
**Gefährdete**

| | MW | MV |
|---|---|---|
| **Stark** | | |
| Migranten von außerhalb Europas | 1,65 | 6 |
| Politikerinnen | 1,71 | 6 |
| **Eher stark** | | |
| Migrantinnen von außerhalb Europas | 1,82 | 6 |
| Angehörige religiöser Gemeinschaften | 1,94 | 7 |
| LGBTQIA+-Community | 1,94 | 7 |
| People of Color | 1,94 | 7 |
| Frauen allgemein | 2 | 6 |
| Politiker | 2,06 | 5 |
| Junge Frauen | 2,13 | 8 |
| Sozial benachteiligte Menschen | 2,33 | 8 |
| Obdachlose | 2,43 | 9 |
| Junge Männer | 2,5 | 11 |
| **Eher nicht stark** | | |
| Polizistinnen | 2,6 | 8 |
| Polizisten | 2,6 | 8 |
| Migranten aus Europa | 2,65 | 6 |
| Migrantinnen aus Europa | 2,71 | 6 |
| Ältere Frauen | 2,83 | 11 |
| Angehörige anderer Berufsgruppen | 3,08 | 11 |
| Ältere Männer | 3,1 | 13 |
| Männer allgemein | 3,23 | 10 |

MW=Mittelwert, MV=Missing values/keine Antwort

Bei zwölf der 20 erhobenen Gruppen wird die Gefährdung als „(eher) stark“ und bei acht als „eher nicht stark“ eingeschätzt. Als besonders gefährdet gelten Migrant:innen von außerhalb Europas sowie Politikerinnen. Bemerkenswert ist, dass Polizistinnen und Polizisten idente Prozentwerte aufweisen (40%).

## Grafik zu 3.3 Gefährdete – Wer wird durch extremistische Strömungen gefährdet?




Die summierten Prozentwerte aus „starker“ und „eher starker“ Gefährdung liegen **bei elf von 20 abgefragten Gruppen** (zum Teil weit) jenseits der 50%-Marke, wobei die jeweils summierten 88,3% für Migranten von außerhalb Europas und Politikerinnen, die 82,4% für Migrantinnen von außerhalb Europas sowie die jeweils 81,3% für Angehörige von religiösen Gemeinschaften und der LGBTQIA+-Community besonders hervorstechen.

Wurde bei „Angehörige religiöser Gemeinschaften“ und bei „Angehörige anderer Berufsgruppen“ mit „stark“ oder „eher stark“ geantwortet, so bestand die Möglichkeit, diese konkret zu benennen. Bei Ersteren wurden Musliminnen/Muslime vier Mal mit „stark“ und ein Mal mit „eher stark“, Jüdinnen und Juden ein Mal mit „stark“ und zwei Mal mit „eher stark“ und Christen ein Mal mit „eher stark“ genannt.

## 3.4 Gefährdungen - Nährboden für extremistische Netzwerke

In diesem Abschnitt wird der Frage nachgegangen, ob es eine Radikalisierung begünstigende Faktoren oder Ursachen für eine (Selbst-)Radikalisierung gibt, wobei vorauszuschicken ist, dass ein Radikalisierungsverlauf durch eine Vielzahl an Faktoren gefördert werden kann und hier einige davon eingehender erörtert werden. Zusätzlich wird genauer hinterfragt wie bzw. wo extremistische Strömungen versuchen für ihre Ideen zu mobilisieren. Neben den Ergebnissen der Umfrage von *Prof. Dr. Heinz P. Wassermann* finden die Ergebnisse der Arbeitsgruppensitzungen in diese Darstellung ebenso Eingang wie weitere Expert:innenmeinungen und Literaturquellen. Bereits diese Auswahl zeigt die Vielfalt der potentiellen Radikalisierungsfaktoren und macht den Bedarf nach weiterführenden bundesweiten Erhebungen deutlich.

*„Je schwieriger die persönliche Lebenslage für Menschen ist, desto anfälliger werden sie gegenüber Extremismus. Es ist wichtig, die soziale Stabilität und Chancengleichheit zu fördern. Ausgrenzung fördert die Hinwendung zum Extremismus."*
**(Statement aus der Umfrage)**

Das jeweilige Radikalisierungspotential kann nicht auf eine Ursache zurückgeführt werden, sondern es ergibt sich aus der Zusammenschau mehrerer Schlüsselfaktoren eine jeweils individuelle Radikalisierungsgeschichte.[38] Anschaulich (mit dem Schwerpunkt auf Jugendarbeit) dargestellt werden eine Radikalisierung begünstigende Faktoren in dem Infovideo der Beratungsstelle Extremismus (bOJA): „EXTREM, RADIKAL, FANATISCH. WAS TUN?"[39], wo insbesondere auf das **fünf-Säulen-Modell** des *Psychologen Hillarion Petzold* eingegangen wird. Nach *Petzold* setzt sich die Identität aus Körper/Gesundheit, sozialen Beziehungen (Familie und Freunde), Leistungen, Perspektiven und Werten/Idealen zusammen, die je nach individueller Zusammensetzung eine Begünstigung für einen Radikalisierungsprozess darstellen können. Aus sozialarbeiterischer Sicht nennt *Fabian Reicher* von der Beratungsstelle Extremismus (bOJA), folgende Warnsignale zum Erkennen, ob eine Selbst- oder Fremdgefährdung vorliegt: *„Wenn sich der Blickwinkel verengt und man der Hinterfragung des eigenen Weltbildes nicht mehr zugänglich ist, wenn es nur mehr ein einziges Thema gibt, auf dem Jugendliche ihr Bild von sich bzw. ihre fünf Säulen der Identität aufbauen, dann wird es kritisch in Bezug auf die Gefahr von Selbst- oder Fremdgefährdung. Dann müssen wir verstärkt in Beziehung gehen und alternative Angebote setzen."*

Der Extremismusexperte *Peter R. Neumann* nennt drei Grundelemente als potentiellen Nährboden für Radikalisierung: Erfahrung von Unmut, Unzufriedenheit und Frustration, wobei dies auch die Grundlage jegliches (nicht-extremistischen) politischen Handelns ist.[40] Ausdrücklich weist *Neumann* darauf hin, dass in mehr als 1.000 Fällen bei annähernd gleicher Lebensbiographie das Vorhandensein dieser Faktoren keine Radikalisierung auslöst und es deshalb äußerst schwierig ist, eine Radikalisierungstendenz an Einflussfaktoren festzumachen, da eine **Radikalisierung bis zum äußersten Rand des Terrorismus** trotz der immensen Außenwirkung und trotz jedweder Umstände ein **Einzelfallereignis** darstellt. Einsamkeit, ökonomische bzw. wirtschaftliche Schwierigkeiten, Lebens- bzw. Sinnkrisen, Exklusions- und Diskriminierungserlebnisse, Schmerz und Trauer bzw. das Zusammentreffen dieser Faktoren können einen Nährboden für einen Radikalisierungsprozess darstellen. [41]

*„Die Suche nach dem Lebenssinn kann hierbei durch die Wahrheitsfindung und Bestärkung durch eine Religion mit eigenen Werten, Ritualen und Alltagsgeboten eine Richtlinie in einer immer komplexer werdenden Welt sein."*
**(Statement aus der Arbeitsgruppe)**

Vor diesem Hintergrund können - verstärkt durch die Covid-19-Pandemie - **Anhänger:innen von Verschwörungsideologien, Personen in (Umbruchs-) Lebenssituationen und Jugendliche**, denen auf-

38 Vgl. Tamás Melinda, Ergebnisbericht der Partizipationsstudie Prävention von gewaltbereitem Extremismus in Österreich, Südwind, Wien 2020, 16, https://www.suedwind.at/fileadmin/user_upload/suedwind/Bilden/Schulen/Projekte/Studie_Extremismuspraevention_in_AUT.pdf (abgerufen am 15.11.2021).
39 https://www.extremismus.info/exremismusvideosundfilme (abgerufen am 07.12.2021).

40 Vgl. Neumann, Der Terror ist unter uns – Dschihadismus und Radikalisierung in Europa, Berlin 2016, 59.
41 Vgl. Neumann, Der Terror ist unter uns – Dschihadismus und Radikalisierung in Europa, Berlin 2016, 34.

grund des im Netzwerk vorherrschenden Schwerpunktes der Jugendarbeit hier besondere Aufmerksamkeit zukommt, auf folgende von *Melinda Tamás*[42] ausgearbeitete Brennpunktthemen näher untersucht werden:

* Ab 12-13 Jahren (Beginn von Veränderungswünschen) - kognitive Öffnung
* (frühkindliche) Gewalterfahrung
* Prekäre familiäre Verhältnisse
* Fehlen einer Bezugsperson in der Kernfamilie
* Nichtbefriedigung emotionaler Bedürfnisse
* Fehlende Identifikationsfiguren
* Prekäre ökonomische Verhältnisse
* Wunsch nach Zugehörigkeit / Suche nach Gemeinschaftsgefühl (Verunsicherung, Teenager:innen)
* Freund:innenkreis
* Identitätssuche / Sinnsuche
* Wunsch sich von Familie/Gesellschaft aktiv abzuwenden (Protestkultur)
* Weltveränderungswunsch
* Diskriminierungserfahrungen
* Marginalisierungen
* Rassismuserfahrungen
* Chancen-/ Perspektivenmangel

*„Die beste Kriminalpolitik ist und bleibt eine gute Sozialpolitik“*[43]
**(Statement von Univ.-Prof. Dr. Mühlbacher zu Extremismusprävention bei der Fachkonferenz online.extrem.radikal)**

*„Als Problem wird die Segmentierung in unserer Gesellschaft gesehen, gerade Jugendliche seien betroffen, da Zuschreibungen und Marginalisierungen vorausgehen. Die Jugend sieht ihren Platz in der Gesellschaft nicht.“*
**(Statement aus der Arbeitsgruppe)**

42 Vgl. Tamás Melinda, Ergebnisbericht der Partizipationsstudie Prävention von gewaltbereitem Extremismus in Österreich, Südwind, Wien 2020, 14f, https://www.suedwind.at/fileadmin/user_upload/suedwind/Bilden/Schulen/Projekte/Studie_Extremismuspraevention_in_AUT.pdf (abgerufen am 15.11.2021).
43 Angelehnt an das Originalzitat von Univ.-Prof. Dr. Franz von Liszt, Strafrecht und Völkerrecht Berliner Universität 1898-1917:“Die beste Kriminalpolitik liegt in einer guten Sozialpolitik.“

### 3.4.1 Radikalisierungsort(e)

Den typischen **„Radikalisierungsort"** gibt es nicht, vielmehr handelt es sich bei den jeweiligen Radikalisierungsverläufen um individuelle Lebensgeschichten unter jeweils unterschiedlichen Voraussetzungen. Oftmals beginnt eine Radikalisierung im Internet, jedoch ist dies nur in den wenigsten Fällen ausreichend, um eine Radikalisierung abzuschließen. Meist ist dafür eine reale Begegnung an einem realen Ort notwendig. Wo dies geschieht, kann auf die Ausrichtung der Radikalisierung erheblichen Einfluss nehmen (Sportanlage, Freizeitzentrum, Kirche, Moschee oder Synagoge, bei Konzerten oder an einem sonstigen Ort).[44] Dabei werden das Internet und die sozialen Netzwerke unterstützend als Kommunikations-, Vernetzungs- und Mobilisierungsinstrument eingesetzt.[45] Ebenso können die sozialen Medien und einschlägige Foren in Einzelfällen zur Selbstradikalisierung von „Home-grown-Extremisten"[46] bzw. von „einsamen Wölfen"[47] führen. Grundsätzlich handelt es sich bei terroristischen Aktivitäten aber um von Gruppendynamiken abhängige Erscheinungen.[48]

Der Aufenthalt in einer **Haftanstalt** kann eine entscheidende Rolle im Radikalisierungsprozess spielen, wo die Möglichkeit besteht, neue Bekanntschaften und Netzwerke zu bilden, die über die Entlassung hinaus bestehen bleiben und relevant sein können.[49]

44 Vgl. Tamás Melinda, Ergebnisbericht der Partizipationsstudie Prävention von gewaltbereitem Extremismus in Österreich, Südwind, Wien 2020, 18, https://www.suedwind.at/fileadmin/user_upload/suedwind/Bilden/Schulen/Projekte/Studie_Extremismuspraevention_in_AUT.pdf (abgerufen am 15.11.2021); Hofinger/Schmidinger, Wege in die Radikalisierung – Wie Jugendliche zu IS-Sympathisanten werden (und welche Rolle die Justiz dabei spielt), Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie, Wien 2017, 11, https://www.irks.at/assets/irks/Endbericht_WegeRadikalisierung_final.pdf (abgerufen am 15.01.2022).
45 Vgl. Bundesministerium für Inneres: Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT), Verfassungsschutzbericht 2019, Wien 2020, 32, https://www.dsn.gv.at/501/files/VSB/VSB_2019_Webversion_20201120.pdf (abgerufen am 15.11.2021).
46 Vgl. Bundesministerium für Inneres: Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT), Verfassungsschutzbericht 2018, Wien 2019, 13, https://www.bvt.gv.at/bmi_documents/2344.pdf (abgerufen am 11.12.2021).
47 Hartleb, „Einsamer-Wolf-Terrorismus" – Neue Dimension oder drastischer Einzelfall? Was lernen wir aus dem Fall „Breivik" in Norwegen?, SIAK Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis, 04/2013, 77-95, https://www.bmi.gv.at/104/Wissenschaft_und_Forschung/SIAK-Journal/SIAK-Journal-Ausgaben/Jahrgang_2013/files/Hartleb_4_2013.pdf (abgerufen am 20.01.2022).
48 Hartleb, „Einsamer-Wolf-Terrorismus" – Neue Dimension oder drastischer Einzelfall? Was lernen wir aus dem Fall „Breivik" in Norwegen?, SIAK Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis, 04/2013, 80f, https://www.bmi.gv.at/104/Wissenschaft_und_Forschung/SIAK-Journal/SIAK-Journal-Ausgaben/Jahrgang_2013/files/Hartleb_4_2013.pdf (abgerufen am 20.01.2022).
49 Vgl. Bundesministerium für Inneres: Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT), Verfassungsschutzbericht 2019, Wien 2020, 18, https://www.dsn.gv.at/501/files/VSB/VSB_2019_Webversion_20201120.pdf (abgerufen am 15.11.2021).

*Prof. Dr. Heinz P. Wassermann* formulierte die offene Frage an die Expert:innen:

*Wie versuchen die Strömungen (Antifeminismus, Antisemitismus, Homophobie, Islamismus, Linksextremismus, Rechtsextremismus, religiöser Fanatismus, Salafismus, „sogenannte Sekten") Ihrer Wahrnehmung nach aktuell Menschen in der Steiermark für ihre Ideen zu gewinnen?*

**Zu 3.4.1 Orte der Radikalisierung**

| | |
|---|---|
| Internet/Social Media/Plattformen | 18 |
| Freund:innen(kreis)/Peergroup | 8 |
| Versammlungen/Demos | 7 |
| Religionsgemeinschaften/religiöse Einrichtungen | 3 |
| Chats | 2 |
| Freizeit(angebote) | 2 |
| Musik | 2 |
| Schule(n) | 2 |
| Arbeitsumfeld | 1 |
| Bildsprache | 1 |
| Face to face | 1 |
| Flyer | 1 |
| Gemeinschaften | 1 |
| Gespräche | 1 |
| Informelle Treffen | 1 |
| Infostände | 1 |
| Partner-Vermittlungsplattformen | 1 |
| Politische Strömungen | 1 |
| Politische Verhältnisse | 1 |
| Raumnahme | 1 |
| Unterwanderungen | 1 |
| Videospiele | 1 |
| Zeitungen | 1 |

Nach Auswertung der Studie von *Prof. Dr. Heinz P. Wassermann* nutzen in der Steiermark vor allem Rechtsextremist:innen und Islamist:innen die sozialen Netzwerke zur Verbreitung ihrer extremistischen Weltansichten. Auch die Beratungsstelle bOJA[50] meldet, dass bei 5% der Anrufe auf verdäch-

50 Bundesweites Netzwerk offene Jugendarbeit (boja), Statistik Steiermark, 23.12.2021.

tige Inhalte im Internet bzw. auf Social Media aufmerksam gemacht wird.

Dabei wird zwischen **subtilen Inhalten**, die über Social Media Plattformen wie *Instagram*, *YouTube*, *Twitter* und *TikTok* geteilt werden und **direkten Inhalten**, die hauptsächlich über *Telegram* und andere alternative Messenger wie *Gab Chat* und *Hoop Messenger*, *Discord* und *4chan* verbreitet werden, unterschieden.[51] In sozialen Netzwerken wird wenig Wert auf die Echtheit von Informationen gelegt, was die Verbreitung der unterschiedlichsten Verschwörungsmythen beschleunigt. Nutzer:innen tauschen sich in von kritischen Gegenmeinungen abgeschotteten Echokammern auf Blogs, Webseiten und in Chats aus, wo ein „wir gegen die" Gefühl verstärkt wird.[52] Je seltener sich Gleichgesinnte mit Andersdenkenden auseinandersetzen müssen, umso eher neigen sie dazu, sich von der Gesellschaft abzuspalten und zu radikalisieren.[53] Die sozialen Medien tragen dazu bei, indem ihr Ziel darin besteht, Nutzer:innen möglichst lange auf ihrer Plattform zu halten, ohne Rücksicht darauf ob das im Sinne des Wohles der einzelnen Personen oder der Gesellschaft als Ganzes ist.[54] Im Zuge der Radikalisierung im Netz ist die Umkehr von Täter:innen und Opfern ein gängiges Muster, das beispielsweise auch bei Antifeminismus-Gruppierungen verwendet wird: Die Inszenierung als Opfer wird als Begründung herangezogen, um die Transformation zur Täter:in zu begründen.[55]

### 3.4.2 Fachkonferenz: online.extrem.radikal

Gerade die Covid-19-Pandemie spaltet auf der einen Seite unsere Gesellschaft und vereint auf der anderen Seite extremistische Strömungen aller Couleur. Gewaltaufrufe, Demokratiefeindlichkeit und antisemitische Verschwörungserzählungen sind das Ergebnis einer Vertrauenskrise, deren Mobilisierungs- und Radikalisierungspotenzial nicht zu unterschätzen ist.

Die Vielzahl an Meldungen von Hasspostings über die BanHate-App[56], der Nennungen von Online-Erstkontakten mit extremistischen Gruppierungen aus der Netzwerkumfrage sowie andererseits die pandemiebedingte Verlagerung von ursprünglichen Offline-Treffen hin zu Online-Chats, Foren und Plattformen nahm die Extremismuspräventionsstelle Steiermark zum Anlass, um gemeinsam mit dem Oberlandesgericht Graz die Fachkonferenz **online.extrem.radikal**[57] am 09.11.2021 zu veranstalten.

Ziel war es, in einem fachlichen Diskurs mit Expert:innen die internationale, europäische, österreichische und steirische Ebene zu verbinden und gemeinsam die Rolle des Internets und der sozialen Medien in verschiedenen Radikalisierungsstrategien zu diskutieren. Dabei wurden von der österreichischen Extremismusexpertin *Julia Ebner* internationale Einblicke in ihre Undercover-Forschungen in den sozialen Netzwerken von rechtsradikalen Extremist:innen gegeben, vom deutschen Extremismusforscher *Peter R. Neumann* auf die Seltenheit der Radikalisierung von sogenannten „einsamen Wölfen" aufmerksam gemacht und aus der Steiermark einerseits von *Prof. Mühlbacher* auf die in diesem Zusammenhang feststellbaren strafrechtlichen Problematiken in der Justiz sowie andererseits von *Susanne Pekler*, Leiterin von NEUSTART Steiermark, auf die Schwierigkeiten der in diesem Zusammenhang stehenden Präventiv- und Resozialisierungsarbeit hingewiesen.

Wie eingangs erwähnt, gab ***Julia Ebner*** Einblicke in ihre Arbeit, insbesondere in ihre Undercover-Erfahrungen, die sie im Rahmen ihrer Recherchen für ihr Buch **Radikalisierungsmaschinen**[58] gesammelt hat. Sie erläuterte den **Online-Radikalisierungsprozess** genauer und ging näher auf **extremistische Mani-**

51 Vgl. Politologe Rami Ali in DerStandard, Warum Tiktok rechtsextreme und Islamisten magisch anzieht https://www.derstandard.at/story/2000131635412/warum-tiktok-rechtsextreme-und-islamisten-magisch-anzieht (abgerufen am 07.12.2021); vgl. Reicher Fabian/Lippe Felix, Jamal al-Khatib – Mein Weg! Online-Campaigning als Methode der Politischen Bildung, e-beratungsjournal.net 1/2019, 57.
52 Brodnig Ingrid, Hass im Netz – Was wir gegen Hetze, Mobbing und Lügen tun können, Wien 2016, 21f.
53 Vgl. Stöcker in der Spiegel, Radikal dank Facebook https://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/filterblase-radikalisierung-auf-facebook-a-1073450.html (abgerufen am 09.12.2021).
54 Vgl. Tufekci in The New York Times, YouTube, the great Radicalizer, https://www.nytimes.com/2018/03/10/opinion/sunday/youtube-politics-radical.html (abgerufen am 09.12.2021); https://www.derstandard.at/story/2000131730935/soziale-medien-ein-kaputtes-system-das-die-gesellschaft-kaputtmacht (abgerufen am 09.12.2021).
55 Kracher in Neues Deutschland, , Die entwendete Männlichkeit, https://www.neues-deutschland.de/artikel/1131182.wikimannia-die-entwendete-maennlichkeit.html (abgerufen am 09.12.2021).

56 Presseaussendung vom 28.02.2022: 2.817 Meldungen über die Anti-Hassposting-App „BanHate" im Jahr 2021, https://dreamshappen.at/banhate2022/ (abgerufen am 28.02.2022). https://www.antidiskriminierungsstelle.steiermark.at/cms/beitrag/12816497/162294838
57 Link zur online-Aufzeichnung der Fachkonferenz „online.extrem.radikal" vom 09.11.2021 am OLG Graz: https://www.youtube.com/watch?v=G3-PsKNFong (abgerufen am 16.11.2021).
58 Ebner Julia, Radikalisierungsmaschinen – Wie Extremisten die neuen Technologien nutzen und uns manipulieren, Wien 2021.

Vl.n.r.: Peter R. Neumann (Extremismus- und Terrorismusforscher), Susanne J. Pekler (Leiterin von NEUSTART Steiermark), Thomas Mühlbacher (Leiter der Staatsanwaltschaft Leoben), Daniela Grabovac (Leiterin der Extremismuspräventionsstelle Steiermark). CREDIT: FOTO FISCHER

Michael Schwanda
(Präsident Oberlandesgericht Graz)

Julia Ebner (Extremismus- und Terrorismusforscherin)

**pulationsstrategien** ein. Vor allem die Sozialisierung spielt innerhalb extremistischer Gruppen eine wesentliche Rolle, da diese in subtiler Art und Weise die ideologische Indoktrinierung vorantreibt. **Extreme Bewegungen erschaffen beispielsweise ihre eigenen Welten mit Insider-Referenzen, Memes, Vokabular und Witzen, die man als Außenseiter:in nicht versteht**. Dadurch erzeugen sie hochexklusive Subkulturen, die bei den Mitgliedern ein starkes Gruppenzugehörigkeitsgefühl entstehen lassen. Sie sprach auch über die zunehmende **Gamifizierung der extremistischen Propaganda**, wonach sogar Terroranschläge spielerisch aufbereitet werden, wie wir es etwa bei den Attentaten in Christchurch, Halle und El Paso beobachten konnten. Am Ende ihres Vortrags beleuchtete ***Ebner*** die neuesten Dynamiken in extremistischen Bewegungen seit Ausbruch der Corona-Pandemie, wobei sie auch auf die Corona-Proteste und damit einhergehende Gefahren für die nationale Sicherheit und die Demokratie einging. Laut ***Ebner*** haben wir es mit einer neuen Koalition aus Covid-Leugner:innen, Impfgegner:innen, Rechtsextremist:innen, QAnon-Verschwörungstheoretiker:innen und besorgten Bürger:innen zu tun, die das Potenzial haben, die Massen zu radikalisieren.

Laut den Ausführungen des Extremismusexperten ***Peter R. Neumann*** ist das Internet ein wichtiger „Enabler" der Radikalisierung, das von radikalen und extremistischen Organisationen genutzt wird, um am Mainstream vorbei mit ihren Anhänger:innen zu kommunizieren und ihre Inhalte zu verbreiten. Vor allem ermöglicht das Internet über Messenger-Plattformen und Messaging-Boards die Schaffung von sozialen Räumen, in denen Extremist:innen unter sich sind und **extremistische Ansichten „normalisiert" werden**, was weithin als **„Echokammer"**-Phänomen bekannt ist. Es wäre aber falsch, Radikalisierungsphänomene ausschließlich auf das Internet zurückzuführen. In vielen Fällen, wie zum Beispiel bei der Ausreise von IS-Anhänger:innen nach Syrien, war die Nutzung des Internets stets mit einer **„Offline"-Komponente** verbunden. Was heißt: Online-Kommunikation war wichtig, aber wenn es darum ging, eine tatsächliche extremistische Handlung zu verursachen, wie zum Beispiel einen terroristischen Anschlag oder die Ausreise nach Syrien, war in der Regel ein physischer Kontakt oder ein Netzwerk präsent. Begründet werden kann dies vermutlich dadurch, dass selbst bei intensiver Interaktion das Internet in den meisten Fällen nicht in der Lage ist, Vertrauensverhältnisse in der „echten Welt" zu ersetzen. Wenn es um das Verstehen von Radikalisierungsprozessen geht, ist es deshalb für Analyst:innen genauso wie für Strafverfolgungsbehörden wichtig, sich nicht nur auf eine Sphäre – sei es **Online oder Offline** – zu konzentrieren, sondern den „Nexus", also die **Schnittstelle zwischen den zwei Sphären** in ihrer Gesamtheit zu betrachten.

***Univ.-Prof. Thomas Mühlbacher***, Leiter der Staatsanwaltschaft Leoben, bis vor Kurzem Leiter der Staatsanwaltschaft Graz, sprach über Erfahrun-

gen aus den Verfahren gegen Extremist:innen in Graz, wie beispielsweise die Staatsverweiger:innen, Dschihadist:innen und Identitäre. Die Schwierigkeit für die ermittelnden Behörden ist die unglaubliche Masse an gespeicherter Information und deren Auswertung. Neben Ressourcen brauche es Insiderwissen und spezifische Fachkenntnisse, um dies zu bewältigen. Gerade in Zeiten der Covid-19-Pandemie stellt sich jedoch der Zusammenschluss an extremistischen Strömungen als Amalgam dar, das schwer greifbar wird.

***Susanne Pekler***, Leiterin von Neustart Steiermark, hat anhand der Täter:innenarbeit gerade im Projekt „**Dialog statt Hass**" die Mobilisierungs- und Radikalisierungsfallen für die Betroffenen erörtert. Viele würden nicht wissen, in welchen Echokammern sie sich aufhalten und wie Informationen aus Online-Quellen und den sozialen Medien zu bewerten sind. Das Projekt „Dialog statt Hass" zielt darauf ab, die Auseinandersetzung mit der eigenen Medienkompetenz anzuregen. Was sind Fake News? Wie kann ich – ohne zu verhetzen, zu drohen oder mich strafbar zu machen – meine kritische Meinung äußern? Denn Kritik soll erlaubt sein und es muss auch möglich sein, diese zu äußern, allerdings spielt es eine große Rolle „wie" dies geschieht.

## In der Schlussfragerunde wurde erörtert, was man gegen diese Spaltung tun könne

***Prof. Neumann*** sieht hier und jetzt die größte Herausforderung für unsere Gesellschaft. Der Dialog und das Miteinander müssen gewahrt bleiben und jeden Tag aufs Neue versucht werden.

***Julia Ebner*** sieht das Abdriften in private Chats und Foren als eine weitere Herausforderung, da man schwer Zugang zu diesen bekommt und die Absentierung weiter voranschreitet.

Wichtig für ***Susanne Pekler*** ist es, die Täter:innen an die Hand zu nehmen und sie nicht auszuschließen.

***Prof. Mühlbacher*** bringt die Extremismusprävention mit einem Zitat von Franz Liszt auf den Punkt: **"Eine gute Sozialpolitik ist die beste Kriminalpolitik!"**.

# 4. Extremistische Strömungen

Dieser Abschnitt des Extremismuspräventionsberichtes widmet sich den einzelnen extremistischen Strömungen, ihren Kennzeichen, Kommunikationsstrategien und Agitationsformen, wobei Ergebnisse der Umfrage und Arbeitsgruppensitzungen mit Sichtweisen von den der Extremismuspräventionsstelle Steiermark zugeteilten Expert:innen kombiniert werden. Fallweise werden von den Netzwerkpartner:innen zur Verfügung gestellte Bilder und über die BanHate-App[59] gemeldete Postings von den Expert:innen kommentiert, um damit exemplarisch zur Sensibilisierung für extremistische Inhalte und Hintergründe derartiger Darstellungen beizutragen. Bei den hier festgehaltenen Beobachtungen und Erläuterungen zu den (selbstverständlich nicht ausschließlich) in der Steiermark vertretenen extremistischen Strömungen handelt es sich um den Versuch, ein Bild der aktuell von den Netzwerkpartner:innen und Expert:innen wahrgenommenen Lage zu vermitteln und dabei einige der grundlegenden Motive und Handlungsstrategien der einzelnen Strömungen aufzuzeigen, ohne dass dabei der Anspruch auf eine umfassende Vollständigkeit gestellt wird. Diese Basisinformationen dienten als Grundlage für die Erarbeitung von möglichen Präventionsmaßnahmen und Präventionsstrategien.

*„Die Gefahr: Persönlichkeitsaufgabe“*
**(Statement aus der Arbeitsgruppe)**

Gemeinsam ist extremistischen Ausformungen, dass sie über ein extremistisches Weltbild verfügen, was meist von einem **dualistischen Ansatz** und **dichotomen Ansichten** geprägt ist. Ein Schwarz-Weiß-Denken sowie eine strenge Unterteilung in Freund:innen und Feind:innen wird vorgenommen.[60] Zusätzlich werden extremistische Strömungen oftmals von einem **hegemonialen Männlichkeitsbild** getragen. Die Gleichberechtigung der Geschlechter wird abgelehnt, es herrscht ein patriarchales Rollenverständnis, das die dominante soziale Position des Mannes („männliche Dominanznatur“) positiv hervorhebt.[61] Dabei können **Verschwörungserzählungen** gezielt als hilfreiche Erklärungsmuster eingesetzt werden, um ihre Vorstellungen und Ansichten zu stützen.[62]

Ein weiteres verbreitetes Kernelement ist eine **hierarchische** Gliederung von extremistischen Gemeinschaften, in denen sich neue Mitglieder ein- bzw. unterordnen müssen (**Autoritarismus**).[63] Extremistische Strömungen sind dazu bereit, „bis aufs Äußerste“ zu gehen und in dieser Konsequenz ihre Ansichten und Ideen mit **Gewalt** durchzusetzen (**Fanatismus**).[64]

59 Presseaussendung vom 13.02.2021: 3.215 Meldungen über die Anti-Hassposting-App „BanHate“ im Jahr 2020, https://www.antidiskriminierungsstelle.steiermark.at/cms/beitrag/12816497/162294838 (abgerufen am 15.12.2021); Presseaussendung vom 28.02.2022: 2.817 Meldungen über die Anti-Hassposting-App „BanHate“ im Jahr 2021, https://dreamshappen.at/banhate2022/ (abgerufen am 28.02.2022).
60 Boja, https://www.beratungsstelleextremismus.at/ (abgerufen am 06.12.2021).
61 Tamás Melinda, Ergebnisbericht der Partizipationsstudie Prävention von gewaltbereitem Extremismus in Österreich Ursachen- und Bedürfnisanalyse der österreichischen Extremismusprävention, Südwind, Wien 2020, Seite 16.
62 Boja, https://www.beratungsstelleextremismus.at/ (abgerufen am 06.12.2021).
63 Boja, https://www.beratungsstelleextremismus.at/ (abgerufen am 06.12.2021).
64 Boja, https://www.beratungsstelleextremismus.at/ (abgerufen am 06.12.2021).

## 4.1 Antifeminismus/Homophobie

Da in extremistischen Strömungen ein patriarchales Männlichkeitsbild vorherrscht, die pauschale Abwertung von Frauen und homophobe Haltungen oft nicht nur mitgetragen sondern aktiv propagiert werden, gilt dieser Abschnitt des Extremismuspräventionsberichtes der reflektierten Auseinandersetzung mit den Themen **Antifeminismus** und **Homophobie**. Diese sind nicht als eigene extremistische Strömung anzusehen, sondern es handelt sich vielmehr um eine Querschnittsmaterie, die in vielen extremistischen Gruppierungen gezielt repliziert wird, was einerseits in den Umfrageergebnissen von *Prof. Dr. Heinz P. Wassermann* sowie andererseits im Fachbeitrag von *Ao. Univ.-Prof.in Dr.in Katharina Scherke* deutlich wird. ***Ao. Univ.-Prof.in Dr.in Katharina Scherke*** ist *seit 2007 ao. Universitätsprofessorin am Institut für Soziologie der Karl-Franzens-Universität Graz und seit 2009 Sprecherin des universitären Forschungsnetzwerkes „Heterogenität und Kohäsion"; sie war von 2007-2016 Vorsitzende des Arbeitskreises für Gleichbehandlungsfragen (AKGL) der Karl-Franzens-Universität Graz und begleitet die Extremismuspräventionsstelle Steiermark wissenschaftlich sowie ist* ***next-Expertin zu Antifeminismus***. Aufgrund der in diesem Extremismuspräventionsbericht angeschnittenen Thematik des „Online-Radikalisierungsortes" werden antifeministische und homophobe Überschreitungen in den sozialen Medien in einem weiteren Beitrag von *Ao. Univ.-Prof.in Dr.in Katharina Scherke* in den Fokus genommen, wo sie eine Kommentierung der über die BanHate-App gemeldeten Hasspostings vornimmt.

Von den neun abgefragten Strömungen (Antifeminismus, Antisemitismus, Homophobie, Islamismus, Linksextremismus, Rechtsextremismus, religiöser Fundamentalismus, Salafismus und „sogenannte Sekten") liegen **Antifeminismus** mit summierten (intensiv/eher intensiv) 30,4% an siebenter und **Homophobie** mit summierten 31,8% an sechster Stelle.

**Berufliche Konfrontation mit Antifeminismus**

| | |
|---|---|
| Intensiv | 8,7% |
| Eher intensiv | 21,7% |
| Eher nicht intensiv | 39,1% |
| Nicht intensiv | 30,4% |
| N= | 23 |

**Berufliche Konfrontation mit Homophobie**

| | |
|---|---|
| Intensiv | 4,5% |
| Eher intensiv | 27,3% |
| Eher nicht intensiv | 40,9% |
| Nicht intensiv | 27,3% |
| N= | 22 |

*„Der steigende Frauenhass (extrem auf Social Media aber auch im realen Leben) ist beängstigend und wird zu wenig wahrgenommen. Ebenso geht es Männern, die nicht-traditionelle Rollenbilder leben wollen (z.B. aktive Vaterrolle); sie werden von Institutionen benachteiligt, wenn geschiedene/getrennte Mütter lieber in traditioneller Rollenverteilung leben wollen (Vater soll viel arbeiten, viel zahlen aber Kind wenig/nie sehen)."*

**(Statement aus der Umfrage)**

### 4.1.1 Antifeminismus und Homophobie - Fachbeitrag ao. Univ.-Prof.in Dr.in Katharina Scherke

***Ao. Univ.-Prof.in Dr.in Katharina Scherke*** gibt vor dem Hintergrund ihres einschlägigen Fachwissens einen Überblick über die allgemeinen Problematiken im Zusammenhang mit ‚Antifeminismus' und ‚Homophobie', skizziert als Leiterin der Arbeitsgruppe zu ‚Antifeminismus' die dort gemeinsam mit den Teilnehmenden des Netzwerks zustande gekommenen Ergebnisse und formuliert spezielle Präventionsempfehlungen:

**‚Antifeminismus'** und **‚Homophobie'** stehen im Zusammenhang mit einer ganzen Reihe von Phänomenen, die im Sprachgebrauch des Alltags aber auch einschlägiger Literatur nicht immer trennscharf voneinander unterschieden werden. Es soll im Folgenden ein grober Überblick über die einzelnen Aspekte gegeben werden, ohne auf die Details der Begriffsdefinitionen hier eingehen zu können.[65]

65 Vgl. zum Folgenden auch: Schmicke Imke, Frauenfeindlich, sexistisch, antifeministisch? Begriffe und Phänomene bis zum aktuellen Antigenderismus, 2018, in: https://www.bpb.de/apuz/267942/frauenfeindlich-sexistisch-antifeministisch-begriffe-und-phaenomene-bis-zum-aktuellen-antigenderismus?p=all (abgerufen am 6.1.2022).

**Antifeminismus im engen Sinne** bezieht sich zunächst auf die Ablehnung des Feminismus und der damit verbundenen gesellschaftlichen Veränderungen. Er richtet sich damit auch gegen als Akteur:innen dieser Veränderungen wahrgenommene Personen und kann sich in entsprechenden Hassbotschaften oder Attacken niederschlagen. Dies kann mit allgemein **frauenfeindlichen / misogynen** Haltungen verbunden sein, die aber auch als eigenes Phänomen vorkommen können, bei dem Frauen grundsätzlich als minderwertig und dem Mann unterlegen erachtet werden. Der Begriff **Sexismus** wiederum bezieht sich allgemein auf abwertende Haltungen gegenüber Personen aufgrund ihres Geschlechtes, wobei Frauen besonders häufig mit sexistischen und entsprechend diskriminierenden Verhaltensweisen konfrontiert werden. Sexuelle bzw. sexualisierte Belästigungen sind eine Facette des Sexismus. Der Begriff **Antigenderismus** wird in jüngerer Zeit verwendet, um eine neue Form des Antifeminismus zu bezeichnen, die darin besteht, dass ein ganzes Konglomerat an Phänomenen, die mit dem Begriff ‚Gender' assoziiert werden, abgelehnt wird. Antigenderismus richtet sich dabei sowohl gegen Gleichstellungspolitik, Gender Mainstreaming oder geschlechtergerechten Sprachgebrauch, aber auch ganz allgemein gegen die Vorstellung der sozialen Prägung und Veränderbarkeit von Geschlechtsidentitäten (wodurch etwa auch Personen, die sich mit einem anderen als ihrem biologischen Geschlecht identifizieren bzw. zweigeschlechtlich oder intergeschlechtlich sind, abgelehnt werden). Hinzu kommt die Ablehnung von der Heteronormativität abweichenden sexuellen Orientierungen. Der Begriff **Homophobie** hat ähnlich wie der Begriff Antifeminismus eine lange Geschichte[66] und bezeichnet abwertende Einstellungen gegenüber homo- und bisexuellen Personen. In der für diesen Extremismuspräventionsbericht erstellten Umfrage wurden die Begriffe Antifeminismus und Homophobie verwendet, da sie schon länger im alltäglichen Sprachgebrauch bekannt sind. In den Arbeitsgruppensitzungen bestand jedoch die Gelegenheit das gesamte, oben skizzierte Spektrum an Phänomen anzusprechen.

Der Übergang von antifeministischen und antigenderistischen Einstellungen zu extremistischen Positionen, die die verfassungsmäßig garantierten Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsrechte systematisch ablehnen und auch vor Gewalttaten nicht zurückschrecken, ist durchaus fließend und macht die verschiedenen Phänomene des Antifeminismus auch zu wichtigen Mobilisierungsinstrumenten anderer extremistischer Strömungen. Die **Geschlechterthematik eignet sich zur Mobilisierung, da hierbei ein Thema angesprochen wird, das alle betrifft** und bei dem an vorhandene weltanschauliche Muster, die von einer vermeintlich ‚natürlichen' Zweigeschlechtlichkeit und Heterosexualität ausgehen, angeknüpft werden kann. In populistischen Agitationen wird dabei oftmals ein Verbot dieser traditionellen Lebensmodelle durch eine angebliche Gender-Lobby behauptet, gegen welche anzukämpfen sei.[67] Sichtbar wird dabei auch ein klassisches Sündenbock-Argumentationsmuster, mit dem ein Bedrohungsszenario aufgebaut und Ängste geschürt werden.[68]

Antifeministische und antigenderistische Positionen werden auf diese Weise von unterschiedlichen extremistischen Gruppierungen seit den 2000er-Jahren zunehmend verwendet, um breitere gesellschaftliche Kreise für sich aufzuschließen.[69] Rechte Strömungen sind hier ebenso zu nennen wie etwa religiös-fundamentalistische Bewegungen.[70] Zur Zielscheibe von Abwertung und Hetze werden dabei Frauen und Männer, die sich klassischen Rollenbildern widersetzen, sich für Geschlechtergerechtigkeit oder gegen sexualisierte Gewalt einsetzen, aber auch LGBTQIA+-Personen. Die Annahme der Existenz natürlicher Unterschiede zwischen Menschen und einer darauf basierenden Hierarchie steht oftmals im Hintergrund dieser Agitationen und erklärt auch die vorhandene Überlappung mit rassistischen, antisemitischen oder fremdenfeindlichen Positionen.

Zu beachten ist, dass sich Angriffe gegen feministische Errungenschaften sowie allgemein Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsrechte gegen wichtige Grundbestandteile demokratischer Verfassungen richten.[71] Hinzu kommt, dass derartige Angriffe auch den Boden für allgemeine Gewalttaten und Hass gegen Frauen und sexuelle Minderheiten

66 Vgl. auch https://www.bpb.de/gesellschaft/gender/homosexualitaet/265197/homophobie (abgerufen am 6.1.2022).

67 Vgl. Sauer Birgit, Anti-feministische Mobilisierung in Europa. Kampf um eine neue politische Hegemonie?, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, 2019, 13, 348.

68 https://www.gwi-boell.de/de/2018/02/16/gerechtigkeit-zum-nulltarif-worum-es-bei-anti-feminismus-und-gender-kritik-geht (abgerufen am 13.12.2021).

69 Vgl. Strube Sonja Angelika, Anti-Genderismus als rechtsintellektuelle Strategie und als Symptom-Konglomerat Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, in: Strube Sonja A., Perintfalvi Rita, Hemet Raphaela, Metze Miriam, Sahbaz Cicek (Hg.), Anti-Genderismus in Europa. Allianzen von Rechtspopulismus und religiösem Fundamentalismus, Bielefeld 2021, S. 53.

70 Vgl. Schnabel Annette, Beyer Heiko, Ülpenich Bettina, Die wahrgenommene feministische Bedrohung: Empirische Befunde zum Antifeminismus in Deutschland, in: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, published online 6.12.2021; Sauer Birgit, Anti-feministische Mobilisierung in Europa. Kampf um eine neue politische Hegemonie?, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, 2019, 13, S. 341.

71 Vgl. https://www.gwi-boell.de/de/2018/02/16/gerechtigkeit-zum-nulltarif-worum-es-bei-anti-feminismus-und-gender-kritik-geht (abgerufen am 13.12.2021).

aufbereiten, die gemäß *Susanne Kaiser* auch als eigene Formen des Extremismus und Terrorismus gesehen werden können.[72]

Obwohl der Antifeminismus eine lange Geschichte hat, wird er und die damit im Zusammenhang stehenden Phänomene erst seit Kurzem in der einschlägigen Forschung auch im Hinblick auf Extremismus diskutiert.[73]

Das Ergebnis der Umfrage für diesen Extremismuspräventionsbericht, dass Wahrnehmungen von Antifeminismus und Homophobie im Alltag der teilnehmenden Institutionen im Vergleich zu anderen Formen des Extremismus weniger oft genannt wurden, muss auch vor diesem Hintergrund betrachtet werden. Antifeminismus tritt oft im Zusammenhang mit anderen extremistischen Strömungen auf und wird nicht unbedingt als eigene Form des Extremismus wahrgenommen. Auffällig ist, dass Frauen und auch Angehörige der LGBTQIA+-Community in der Umfrage weit vorne unter jenen Personen/Gruppen genannt wurden, die häufig zum Zielobjekt extremistischer Angriffe werden. Politikerinnen und Migrantinnen von außerhalb Europas liegen hier an zweiter und dritter Stelle der betroffenen Personen/Gruppen. In den Arbeitsgruppensitzungen zeigte sich zudem, dass unterschiedliche Formen von Antifeminismus, insbesondere Diskriminierungen, Sexismus und Homophobie im Alltag der Institutionen durchaus beobachtet werden (diese reichen von frauenfeindlichen oder homophoben Schimpfworten bis hin zu Zwangsehen).

### 4.1.2 Präventionsempfehlungen Antifeminismus - Fachbeitrag von ao. Univ.-Prof.in Dr.in Katharina Scherke

In der Extremismusprävention kann die **klare Positionierung auch gegenüber alltäglich diskriminierendem Verhalten** anderer aufgrund ihrer Geschlechtsidentität oder sexuellen Orientierung eine wichtige Rolle spielen, um extremistischen Agitationen den Boden zu entziehen.
Als Präventionsmaßnahmen wurden sowohl in der Umfrage aber auch in den Arbeitsgruppensitzungen vor allem **Bildungsmaßnahmen** genannt. Gegenstand von Bildungs- und Schulungsmaßnahmen sollte einerseits die Vermittlung von Wissen über Gender, Queerness usw. sein sowie andererseits auch die Vermittlung einer Grundhaltung, die sich klar gegen jegliches abwertende Verhalten anderer auf Basis ihrer Geschlechtsidentität oder sexuellen Orientierung richtet. Dadurch werde nicht nur Diskriminierungen entgegengewirkt, sondern auch extremistischen Strömungen, die das Themenfeld für ihre Zwecke instrumentalisieren wollen, der Boden entzogen. Bildungsmaßnahmen sollten möglichst früh und niederschwellig ansetzen. Es wäre wünschenswert, dass bereits in der Ausbildung von Elementarpädagog:innen eine Sensibilisierung stattfinde und allgemeine Informationen zum Themenfeld Antifeminismus/Homophobie und zu den Wirkmechanismen von Geschlechterstereotypen integriert werden. Elternarbeit sowie die Zusammenarbeit zwischen Schulen und NGOs erscheinen ebenfalls wichtig, um auch externe Expertise an den Schulen für entsprechende Bildungsmaßnahmen beiziehen zu können.
Auch an anderen Institutionen (z.B. Polizei, Justiz) sollten entsprechende Schulungen von Mitarbeiter:innen stattfinden, die die Hinterfragung von Geschlechterstereotypen, etwa auch von klassischen Männlichkeitskonzepten, zum Thema haben und zur Entwicklung einer Grundhaltung beitragen, die keinen Platz für abwertendes Verhalten gegenüber Frauen, Homosexuellen oder allgemein LGBTQIA+-Personen zulässt.

*„Viele Kollegen, die sich homophob äußern, haben meist keine Erklärung dafür. Sie wissen nicht, warum sie so sind. Wenn man sie fragt, kommt keine gescheite Antwort."*
**(Statement aus der Arbeitsgruppe)**

Aufgrund der Breite des Themenfeldes wurden Multiplikator:innen für einzelne Themenaspekte an den jeweiligen Institutionen vorgeschlagen, die

72 Vgl. Kaiser Susanne, Politische Männlichkeit. Wie Incels, Fundamentalisten und Autoritäre für das Patriachat mobil machen, Frankfurt am Main 2020, S. 90-92.
73 Vgl. Kaiser, Susanne, Politische Männlichkeit. Wie Incels, Fundamentalisten und Autoritäre für das Patriachat mobil machen, Frankfurt am Main 2020, S. 90-92; Sauer Birgit, Anti-feministische Mobilisierung in Europa. Kampf um eine neue politische Hegemonie?, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, 2019, 13, 348-350.

als Expert:innen fungieren und Anlaufstellen für Kolleg:innen darstellen können.
Die Entwicklung bzw. Zurverfügungstellung von Leitfäden oder Checklisten zu diesem Themenfeld wird ebenfalls als wichtig erachtet. Die Materialien sollten dabei allgemein verständlich formuliert sein, so dass sie auch für Personen, die sich noch nie mit verschiedenen Aspekten der Thematik (z.B. Transsexualität) beschäftigt haben, nachvollziehbar sind.
Insgesamt wurde die Förderung zivilcouragierten Handelns, das sich durch Nicht-Wegschauen/-hören bei der Verwendung von Schimpfworten oder abwertenden Bezeichnungen für Frauen/Homosexuelle usw. auszeichnet, als wichtig erachtet.
Kommunikationsmaßnahmen, in denen auf entsprechendes Fehlverhalten hingewiesen wird, sollten allgemein auf Augenhöhe und wertschätzend für das Gegenüber stattfinden. Neben punktuellen Initiativen brauche es auch einen Beziehungsaufbau zu bestimmten Gruppen (z.B. Migrant:innen), um diese erreichen zu können. Unterschiedliche Kommunikationsstrategien können dabei zum Einsatz gelangen: klassische Informationsvermittlung (etwa über die gesetzlichen Grundlagen), aber auch indirekte Kommunikationsstrategien (z.B. Kinderrechte thematisieren, um auch Frauenrechte deutlich zu machen) oder auch bewusst irritierende Kommunikationsstrategien (paradoxe Interventionen), um Denk-/Reflexionsprozesse in Gang zu setzen.
Aufklärung über die in demokratischen Gesellschaften gegebenen Gleichstellungsrechte wurde in den Arbeitsgruppensitzungen im Hinblick auf migrantische Milieus als erfolgsversprechendes Mittel betrachtet, um entsprechende Verhaltensänderungen zu bewirken – sofern zielgruppenadäquat kommuniziert wird. Vor allem Frauen sollten über die ihnen zustehenden Rechte und allfällige Schutzmaßnahmen informiert werden. Frauenverachtende und homophobe Einstellungen von ‚Österreicher:innen' erschienen demgegenüber schwieriger durch derartige rechtliche Aufklärungsmaßnahmen erreichbar.
Jenseits der Kommunikations- und Bildungsmaßnahmen allgemeiner Art, brauche es bei tiefsitzenden frauenfeindlichen oder homophoben Haltungen auch das Aufzeigen von Grenzen und Verdeutlichung dessen, was unerwünscht ist, sowie klare Konsequenzen bei entsprechenden Übertretungen.

### 4.1.3 Antifeministische und homophobe Inhalte in den sozialen Medien - Fachbeitrag ao. Univ.-Prof.in Dr.in Katharina Scherke

Unter den über die BanHate-App gemeldeten Postings wurden auch antifeministische, misogyne und homophobe Inhalte gemeldet, die hier von ***ao. Univ.-Prof.in Dr.in Katharina Scherke*** kommentiert werden. Diese Postings - oftmals als scheinbarer ‚Witz' vorgetragen - bereiten den Boden für ein frauenverachtendes und Vielfalt ablehnendes gesellschaftliches Klima auf und können damit zur Radikalisierung entsprechender Ansichten beitragen.

Der Text des Postings (Abbildung 1): „Das 4te Bier schmeckt schon wieder so, als ob meine Alte heut wieder auf die Fresse kriegt." wird durch ein daneben abgebildetes Gesicht einer Frau mit blutunterlaufenen Augen begleitet. Die gesamte Darstellung trägt zur Verharmlosung von Gewalt an Frauen bei, indem diese als quasi „normal" (zumindest normal nach Alkoholkonsum) suggeriert wird. Der alkoholisierte Zustand, der offenbar zur Gewaltausübung gegenüber der eigenen Frau („meine Alte") führt, wird dabei positiv konnotiert („schmeckt schon wieder so"), womit letztlich auch die Gewaltausübung positiv konnotiert wird.

Abbildung 1:
Verharmlosung von Gewalt gegen Frauen.

Abbildung 2:
Die Frau wird als Objekt dargestellt.

Die Frau als Objekt, dem beliebig Gewalt angetan werden kann, kommt auch im folgenden Posting (Abbildung 2) vor. In der dargestellten Strandszene zieht ein Mann eine auf dem Bauch liegende Frau an einem ihrer Füße hinter sich her, während die Frau – wie die Spuren im Sand zeigen – sich dagegen zu wehren versucht. Begleitet wird das Bild durch folgenden Text: *„Strauß Rosen für 60 €, romantisches Abendessen am Strand für 250 € und dann erzählt sie mir sie habe Kopfschmerzen?!?!? So nicht!!!"*.

Das Posting vermittelt die Botschaft, einem Mann stünde nach entsprechenden Investitionen weitergehender (sexueller) Kontakt mit einer Frau zu. Falls diese sich weigert, dürfe er diese auch gegen ihren Willen ‚abschleppen'. Der abgebildete Mann setzt sich offenbar über die Weigerung der Frau hinweg und der Text („so nicht!!!") spricht ihr das Recht auf ebenjene Weigerung ab. Das Posting trägt damit zur Legitimierung sexueller Gewalt bei.

Abbildung 3:
Verächtlichmachung der Genderthematik.

Die Verächtlichmachung der Genderthematik kommt im folgenden Posting (Abbildung 3) zum Ausdruck: Die Zeichnung zeigt auf der linken Seite einen als Wikinger gekleideten, muskulösen Mann, der eine blonde Frau im roten Kleid auf dem Arm trägt. Ein Herzchen über den beiden und der folgende Text *„Wie es sein sollte."* rahmen die Zeichnung ein. Auf der rechten Seite der Zeichnung sieht man zwei schlanke, androgyne Gestalten mit Irokesenfrisur, die sich anschreien. Die Sprechblasen legen nahe, dass die beiden Figuren darüber streiten, wer wen auf den Arm nehmen soll („Nimm Du mich auf die Hände!", „Nein, du!"). Unter der Zeichnung steht „Was uns aufgezwungen wird." Unter der gesamten Darstellung findet sich zudem der Satz „Gleichberechtigungswahn der Geschlechter auf dem Höhepunkt."

Die Zweigeschlechtlichkeit und die traditionellen Rollenbilder der Frau und des Mannes werden durch die Zeichnung und den Text positiv konnotiert und als Norm festgeschrieben *(„wie es sein sollte")*, während die geschlechtlich nicht eindeutig zuordenbaren Figuren als streitsüchtig dargestellt werden. Der Text suggeriert, dass dieser Streit „uns aufgezwungen wird". Gleichberechtigungsbemühungen werden zudem als „Wahn" tituliert und damit als verantwortlich für den Verlust des als ideal dargestellten Zustandes suggeriert.

Die Umwertung von weithin bekannten Symbolen und Bildern findet sich auch in folgendem Posting (Abbildung 4), das die mit der LGBTQIA+-Bewegung assoziierten Regenbogenfarben aufgreift und mit Sodomie, unnatürlichem Begehren, Frühsexualisierung der Kinder usw. gleichsetzt. Die Überschrift „Du denkst es geht hier um Respekt und Toleranz? Um was es tatsächlich geht" suggeriert Aufklärung, unter deren Deckmantel dann schlagwortartig eine Reihe von Anschuldigungen vorgetragen werden. Die Zielrichtung der Anschuldigungen gegen die LGBTQIA+-Bewegung wird dabei nur indirekt durch die Verwendung der Symbolfarben deutlich.

Abbildung 4: Umwertung von Symbolen und Bildern.

Die Überlappung antifeministischer und antisemitischer Haltungen kommt in Darstellungen zum Ausdruck, die den Schriftzug über dem Eingang des Konzentrationslagers Auschwitz („Arbeit macht frei") in „Feminismus macht frei" umbilden (Abbildung 5: nicht abgedruckt). Neben einer Verharmlosung des Holocaust, kommt in derartigen Darstellungen auch eine Grundhaltung zum Ausdruck, die Feminismus als Zwangsmittel darstellt und entsprechende Befürchtungen schüren will.

## 4.2 Antisemitismus

Um auf die weit verbreitete Problematik des Antisemitismus aufmerksam zu machen, steht hier neben den Umfrageergebnissen von *Prof. Dr. Heinz P. Wassermann* der einschlägige Fachbeitrag von *Univ.-Prof. Dr. Helmut Konrad* im Vordergrund. ***Univ.-Prof. Dr. Helmut Konrad**, Rektor der Karl-Franzens-Universität Graz 1993 - 1997, mehrfacher Dekan der geisteswissenschaftlichen Fakultät der Karl-Franzens-Universität Graz, Mitglied des deutschen Akkreditierungsrates, Member of the Board bei der European Association for Quality Assurance in Higher Education (ENQA), Präsident des Internationalen Forschungszentrums für Kulturwissenschaften, Vizepräsident der Österreichischen Rektorenkonferenz sowie Mitglied diverser Fachvereinigungen, Redaktionsmitglied von Fachzeitschriften und Preiskomitees, beteiligt an der wissenschaftlichen Leitung des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Gesellschafts- und Kulturgeschichte und nun auch **next-Antisemitismusexperte***, beschreibt die Querschnittsmaterie Antisemitismus unter Beiziehung einiger über die BanHate-App gemeldeter Postings mit tagesaktuellem Coronabezug und gibt Inspirationen für spezielle Präventionsmaßnahmen.

Von den neun abgefragten Strömungen (Antifeminismus, Antisemitismus, Homophobie, Islamismus, Linksextremismus, Rechtsextremismus, religiöser Fundamentalismus, Salafismus und „sogenannte Sekten") liegt **Antisemitismus** mit summierten (intensiv/eher intensiv) 39,1% mit religiösem Fundamentalismus ex aequo an vierter Stelle.

**Berufliche Konfrontation mit Antisemitismus**

| | |
|---|---|
| Intensiv | 17,4% |
| Eher intensiv | 21,7% |
| Eher nicht intensiv | 34,8% |
| Nicht intensiv | 26,1% |
| N= | 23 |

*BanHate-Statistik zu Antisemitismus über die Jahre: Fast jedes zehnte gemeldete Hassposting richtet sich gegen Jüd:innen (9%).*[74]

Nach den neuesten Daten haben sich die Meldungen über antisemitische Zwischenfälle in Österreich im letzten Jahr verdoppelt.[75] Das mag auch auf eine höhere Sensibilität der Öffentlichkeit zurückzuführen sein, aber das reicht für eine Erklärung nicht aus. Daher muss die Frage gestellt werden, was die antisemitischen Vorurteile derzeit bestärkt.

Grundsätzlich ist zwar seit den 2000er Jahren eine erhöhte Ablehnung gegen eindeutig antisemitische Inhalte im deutschsprachigen Raum zu bemerken, die Studie der europäischen Grundrechteagentur (European Union Agency for Fundamental Rights – FRA) stellte im Jahr 2018[76] und im Jahr 2019[77] bei 16.300 Jüd:innen aus dreizehn Ländern der Europäischen Union fest, dass sie antisemitische Übergriffe als einschneidende Problematik in ihrem jeweiligen Alltag erleben. Im Zuge dessen teilen sie auch ihre Wahrnehmung, dass der Antisemitismus in den letzten fünf Jahren erneut angestiegen sei. Die differente Wahrnehmung zwischen der Mehrheitsgesellschaft und Jüd:innen bezüglich der Häufigkeit und Intensität des Vorkommens von Antisemitismus lässt sich auf ein Missverhältnis zwischen repräsentativen Bevölkerungsumfragen und statistischen Erhebungen innerhalb der jüdischen Bevölkerung zurückführen.[78]

Im Jahr 2020 sind 585 Meldungen bei der Antisemitismus Meldestelle der Israelitischen Kultusgemeinde eingegangen, wohingegen im Jahr 2021 ein erheblicher Anstieg mit 965 Meldungen verzeichnet werden konnte. Zum einen kann dies auf antisemitische Meldungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie sowie zum anderen auf israelbezogenen Antisemitismus, durch das Aufflammen des Gaza-Konfliktes im Frühjahr 2021 zwischen palästinensischen Terrororganisationen und dem Staat Israel, zurückgeführt werden.[79]

74 Presseaussendung vom 13.02.2021: 3.215 Meldungen über die Anti-Hassposting-App „BanHate" im Jahr 2020, https://www.antidiskriminierungsstelle.steiermark.at/cms/beitrag/12816497/162294838 (abgerufen am 15.12.2021); Presseaussendung vom 28.02.2022: 2.817 Meldungen über die Anti-Hassposting-App „BanHate" im Jahr 2021, https://dreamshappen.at/banhate2022/ (abgerufen am 28.02.2022).

75 Vgl. Israelitische Kultusgemeinde Wien, Antisemitische Vorfälle 2021 in Österreich, 4 https://www.antisemitismus-meldestelle.at/_files/ugd/0a9e18_3870b78f67ac4645a99438cf188ecc6d.pdf (abgerufen am 16.06.2021).

76 European Union Agency for Fundamental Rights (FRA), Experiences and perceptions of antisemitism – Second survey on discrimination and hate crime against Jews in the EU, Luxemburg 2018, 15, https://fra.europa.eu/en/publication/2018/experiences-and-perceptions-antisemitism-second-survey-discrimination-and-hate (abgerufen am 16.06.2022).

77 European Union Agency for Fundamental Rights (FRA), Experiences and perceptions of antisemitism – Second survey on discrimination and hate crime against Jews in the EU, Luxemburg 2019, 3, https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/fra-2018-experiences-and-perceptions-of-antisemitism-technical-report_en.pdf (abgerufen am 16.06.2022).

78 Vgl. Pickl Gert/Tzschiesche Selana/Reimer-Gordinskaya Katrin/Decker Oliver, Antisemitismus is Berlin. Verbreitung, Gründe, Erfahrungen, Folgen und Umgangsweisen in der Zivilgesellschaft, Springer 2022, 3, https://link.springer.com/content/pdf/10.1007/s41682-022-00107-2.pdf (abgerufen am 16.06.2022).

79 Vgl. Israelitische Kultusgemeinde Wien, Antisemitische Vorfälle 2021 in Österreich, 4 f https://www.antisemitismus-meldestelle.at/_files/ugd/0a9e18_3870b78f67ac4645a99438cf188ecc6d.pdf (abgerufen am 16.06.2021).

### 4.2.1 Antisemitismus – Fachbeitrag Univ.-Prof. Dr. Helmut Konrad

Wie sehr extremistische Strömungen den antisemitischen Bodensatz für sich nutzen, zeigt next-Antisemitismusexperte ***Univ.-Prof. Dr. Helmut Konrad*** in seinem Fachbeitrag, indem er seine Expertise mit den Ergebnissen der Arbeitsgruppensitzungen, die gemeinsam mit Teilnehmenden des Netzwerks zum Thema ‚Antisemitismus' abgehalten wurden, verknüpft:

Nach den neuesten Daten haben sich die Meldungen über antisemitische Zwischenfälle in Österreich im letzten Jahr verdoppelt. Das mag auch auf eine höhere Sensibilität der Öffentlichkeit zurückzuführen sein, aber das reicht für eine Erklärung nicht aus. Daher muss die Frage gestellt werden, was die antisemitischen Vorurteile derzeit bestärkt. Es steht außer Frage, dass gerade in den mitteleuropäischen Gesellschaften, also auch in Österreich, der Antisemitismus tief in der Geschichte wurzelt. Als religiöser Antisemitismus reicht die Tradition Jahrhunderte zurück, beispielhaft sei hier auf den Kult um Anderl von Rinn verwiesen, der 1462 angeblich von „ortsfremden Juden" rituell ermordet worden sein soll. Erst 1994 wurde durch ein Dekret der katholischen Diözese Innsbruck die Aufhebung des Anderl-Kultes verfügt und bestätigt, dass es kein Ritualmordmartyrium gegeben habe. Aber der religiöse Antisemitismus, der andernorts etwa von Hostienschändungen berichtet, ist in der Gesellschaft tief verwurzelt. Diese Tradition reicht selbstverständlich weit hinter diese Legenden zurück. Über zwei Jahrtausende kann sie verfolgt werden.

Dazu kommt, dass Industrialisierung, Urbanisierung und Globalisierung im 19. Jahrhundert andere Grundlagen für antisemitische Vorurteile boten. Der „jüdische Kapitalist und Ausbeuter", der sich bereichert, während die Massen darben, der von Geldverleih und ungerechtfertigt hohen Zinsen lebt, bot der entstehenden politischen Linken ein willkommenes Feindbild. Bankhäuser wie jenes der Rothschilds dienten als plakative Aufhänger. Rechte Bewegungen sahen hingegen in den Jüd:innen vaterlandslose Gesell:innen, Internationalist:innen, die sich gegen die Nationalstaaten verschworen hatten und internationalistische Bewegungen gründeten. Von Karl Marx bis Victor Adler, von Leo Trotzki bis Otto Bauer, hier boten sich bequem zu treffende Angriffsflächen.

Als historisch besonders dramatisch sollte sich aber herausstellen, dass im späten 19. Jahrhundert der Antisemitismus biologistisch und mit missverstandenem Sozialdarwinismus pseudowissenschaftliche Erklärungen erfuhr. Jüd:innen waren „Fremdkörper" in einer Gesellschaft, die sich nicht mehr nur sprachnational, sondern auch über imaginierte „Rassen" zu definieren versuchte. Es war letztlich der Nationalsozialismus, der den „Rassenantisemitismus" zur Staatsideologie erhob und diese bis hin zum Genozid auch in brutalste Praxis umsetzte. Adolf Hitlers „Mein Kampf" – millionenfach, etwa auch bei jeder Eheschließung, verteilt – bündelt die verqueren Argumente drastisch und belegt auch, dass die breite Öffentlichkeit Kenntnis davon hatte. Dass dies auf fruchtbaren Boden fallen konnte, war auch den bereits erwähnten anderen Wurzeln des Antisemitismus zuzuschreiben. In den „Nürnberger Gesetzen" von 1935 schieben nationalsozialistische Juristen die Schritte der Diskriminierung fest. Der Weg in die Vernichtung war fortan vorgezeichnet.

Das Ende des Zweiten Weltkriegs und die erfolgreiche Niederringung des Nationalsozialismus haben zwar die öffentlichen Äußerungen der antisemitischen Vorurteile unstatthaft gemacht, in den Köpfen vieler Menschen waren sie aber damit nicht gelöscht. Noch Jahrzehnte später halten sich alte Zuschreibungen, und die Frage, wer denn nun eine Person jüdischen Glaubens ist, orientiert sich zumindest subkutan noch immer an den Definitionen der Nürnberger Gesetze. Die beiden großen Parteien, die nach 1945 den österreichischen Staat über Jahrzehnte geprägt haben, haben in der Überwindung dieser Grundstimmung leider versagt. Im Gegenteil, das Spiel mit den alten Vorurteilen hatte in internen Machtkämpfen aber auch in den Auseinandersetzungen gegeneinander immer wieder seinen Platz gefunden. Die „Opferthese", dass Österreich das erste Opfer des Nationalsozialismus gewesen sei, hat lange Zeit eine Auseinandersetzung über den Beitrag der Österreicher:innen, an der Schreckensherrschaft und über den auch von hier ausgegangenen und noch immer im Lande verbreiteten Antisemitismus geführt.

Laut Antisemitismus-Studie werden Aussagen, die dem affektiven Antisemitismus zuzuordnen sind, aktuell von 8% vertreten (2018: 12%). Deutlich höher ist mit durchschnittlich 23% der Anteil an Personen, welche die Aussagen des pseudorationalen Antisemitismus als sehr oder eher zutreffend empfinden (2018: 34%). Der Non-Antisemitismus ist mit 56% stärker verbreitet als der affektive und der pseudorationale Antisemitismus (2018: 49%).[80]

Mit der Gründung des Staates Israel trat zu den „europäischen" Grundlagen der Vorurteile eine neue Komponente hinzu. Im Nahen Osten und darüber hinaus in der muslimischen Welt sah man diese Staatsgründung als feindlichen Akt, der zu einer antizionistischen Grundhaltung führte. Israel, und damit der „Jüd:innenstaat" wurde als Besatzer empfunden, dessen Existenzrecht in Frage gestellt wurde und wird. Die Ablehnung der Jüd:innen wurde so zu einem zentralen Element der politischen Sozialisation in vielen Staaten der Region.

80 https://www.antisemitismus2020.at/die-studie/ (abgerufen am 13.01.2022).

Mit den **Migrationsbewegungen** aus dem Nahen und Mittleren Osten, ausgelöst durch dramatische kriegerische Ereignisse, kamen Menschen mit dieser Sozialisation vermehrt auch zu uns. Der Antizionismus hat zwar andere Grundlagen als der hier tief verwurzelte europäische Antisemitismus, man trifft sich aber im gemeinsamen Feindbild.

Der aktuelle Zuwachs an antisemitischen Übergriffen hat eine weitere Ursache in den derzeit grassierenden Verschwörungstheorien, die vor allem das Thema der Impfungen gegen das Corona-Virus zum Gegenstand haben. Diese Verschwörungstheorien setzen global an, also bei einer „Weltverschwörung", und somit sind die Jüd:innen, die „vaterlandslosen Gesellen", wie man sie einstmals nannte, wieder die ideale Projektionsfläche. Ist jemand, bei dem man entscheidende Mitwirkung an der globalen Verschwörung vermutet, keine Person jüdischen Glaubens, so wird er in der Propaganda einfach dazu gemacht.

Abbildung 6:
Antisemitische Klischees der Weltverschwörung werden auch abgewendet, wenn das Hassobjekt keine Person jüdischen Glaubens ist. Man schreibt Bill Gates allerdings „jüdische" Verhaltensmuster zu.

Man wird konstatieren können, dass in den gegenwärtigen Demonstrationen und Aufrufen rund um die Corona-Maßnahmen mit Bildern gearbeitet wird, die ein Pseudowissen über die Zeit des Nationalsozialismus propagandistisch instrumentalisieren. Schreckensbilder aus der Geschichte erfahren ein Palimpsest, also eine Überschreibung auf die heutige Situation. Der Davidstern, ein Signalmotiv, wird mit dem Text „ungeimpft" zu einem drastischen Symbol der Proteste. Das Bild vom Eingangstor nach Auschwitz mit der zynischen Losung „Arbeit macht frei" wird zu „Impfen macht frei" uminterpretiert. Und manchmal nennen sich junge Demonstrant:innen sogar Anne Frank. Damit wird nicht nur der Holocaust bagatellisiert, sondern auch ein Höchstmaß an Aufmerksamkeit erreicht. Das verwerfliche Spiel mit Orten, Personen und Symbolen aus der Verfolgung und Vernichtung der Jüd:innen ist allerdings nicht einfach als Antisemitismus zu lesen, es ist auch der Versuch der maximalen Provokation.

Abbildung 7:
Über die BanHate-App gemeldetes Hassposting: Der Vergleich der Diskriminierung von Jüd:innen mit der heutigen Situation der Ungeimpften ist eine Verhöhnung und eine schlimme Relativierung des Holocaust.

Dennoch verknüpft sich diese Provokation nur allzu leicht mit einem antisemitischen Bodensatz, der in unserem Lande zweifelsfrei noch immer vorhanden ist. Und mit der Beimengung des Antizionismus ist das eine explosive Mischung.

Der **Antisemitismus ist daher eine Querschnittmaterie**, er findet sich im Rechtsextremismus, im Linksextremismus und durchaus auch in unterschiedlicher Form in den Islamismus-Diskussionen oder aber auch im Antifeminismus. Er wird als Antisemitismus nicht immer wahrgenommen, ist aber ein konsequenter Begleiter in all den genannten Strömungen. Leicht zu fassen ist er wohl nur dort, wo das Verbotsgesetz greift, die Probleme liegen aber tiefer und sind durchaus vielfältiger.

Schon in den mit der Umfrage eingegangenen Stellungnahmen zeigte sich das überraschende Phänomen,

dass der Antisemitismus nicht wirklich als das zentrale Bedrohungsfeld wahrgenommen wurde. Er wurde zwar gesehen, rangiert aber deutlich hinter den Bedrohungsszenarien, die von anderen extremistischen Strömungen ausgehen. Aus den Diskussionen der Arbeitsgruppen ergab sich dann folgendes Bild:

Beim Versuch einer klaren Beschreibung der rechtlichen Rahmenbedingungen, werden an den Rändern von Protestbewegungen (Staatsverweiger:innen, Impfgegner:innen) unscharfe Abgrenzungen bemerkbar. Der Antisemitismus sei selten „reine, glasklare Angelegenheit". Bedrohlich seien die Echokammern in den einzelnen Blasen.

Bemerkenswert war vor allem der Einwurf **aus dem Bezirk Gries**, wonach, mit Ausnahme des Überfalls auf die Synagoge, wenig Antisemitismus in diesem Stadtteil bemerkt werde. Auch die Bewachung der Synagoge stößt auf wohlwollende Zustimmung der Bevölkerung. Dazu wurde von anderer Seite angemerkt, dass der Überfall auf die Synagoge von einem Einzeltäter verübt wurde, der auch mit anderen Erscheinungsformen der westlichen Welt nicht klargekommen war.

Allgemein wurde der Antisemitismus als „Bodensatz" definiert, der einerseits von neuen radikalen Bewegungen benutzt wird, der aber seinerseits über diese Bewegungen auf ein breiteres Echo in der Bevölkerung hinarbeitet. Im **Strafvollzug** ist der Antisemitismus, verglichen mit dem Islamismus, bei uns ein unbedeutender Faktor. Nur in seiner Vermengung mit den neuen Weltverschwörungstheorien gewinnt er an Bedeutung. „Die Neue Rechte nutzt die Corona-Skepsis für ihre Zwecke". Eher noch die Israel-Kritik. Aber Menschen, die die „88" oder ein Hakenkreuz als Symbol am Körper tragen, sind eher selten.

Insgesamt war in den Gesprächsrunden die Tendenz zu bemerken, dass der „klassische" Antisemitismus am stärksten in einer älteren Bildungsschicht anzufinden ist, in der die „Traditionen" des alten Graz weiterleben. Das beste Beispiel dafür ist etwa die Zeitschrift „Aula", allerdings war man in der juristischen Bekämpfung von dort getätigten Aussagen nicht wirklich erfolgreich. Jüngere und bildungsfernere Schichten haben oft ein ungenaues, verwaschenes Vorurteil („Die Jüd:innen haben Geld", „Die Jüd:innen bekommen eh immer alles", „Die Jüd:innen können es sich immer richten"…). Das ist aber wenig fundiert und oft nur als Ausnutzung des Provokationspotentials zu interpretieren. **Das Verbotene reizt, daher greift man auf Symbole und Sprüche aus der nationalsozialistischen Zeit zurück.**

Abbildung 8
Bild aus derStandard[81]: Der Versuch, mit Säure „Stolpersteine" in Graz unlesbar zu machen und nachhaltig zu beschädigen, ist ein offen antisemitischer Versuch, die Erinnerung an die jüdische Bevölkerung unserer Stadt und an das an ihnen geübte Unrecht aus dem historischen Gedächtnis zu entfernen.

*„Es ist außerordentlich ungewöhnlich, dass sich heute jemand als Antisemit:in deklariert. Die Zahlen, die vorliegen, bestätigen, dass es keinen neuen Antisemitismus gibt, wohl aber einen Antisemitismus in anderer Verkleidung. Heute werden über Social Media tagtäglich tausende unglaubliche höchst verletzende Postings antisemitischer Prägung veröffentlicht, die sich in der Regel an der Grenze der Strafbarkeit befinden. Diese Medien werden vor allem von Jugendlichen im Alter von 19 – 30 Jahren bedient und haben aufgrund der Algorithmen eine den Antisemitismus verstärkende Wirkung. Es wird zu einer Echokammer von Antisemitismus*

81 Bild aus der Standard, https://www.derstandard.at/story/2000030389140/ns-gedenksteine-in-graz-schwer-beschaedigt (abgerufen am 23.12.2021).

*befallenen Personen. Antisemitismus ist eine Glaubensüberzeugung und Krankheit wie Karl Kraus ausführte, eine Krankheit von Nicht-Jüd:innen, an denen Jüd:innen gestorben sind und weiters sterben können. Durch Umfragen der Antisemitismus-Studien sind in Österreich 10% als manifeste Antisemit:innen und 30% latente Antisemit:innen festgestellt. Eine Veränderung dieser Zahlen ist nicht zu erwarten. Für Vorgänge in Israel werden von Antisemit:innen auch Jüd:innen in Österreich verantwortlich gemacht. Antisemitismus ist eine Erscheinung die durch Leugnung desselben ihre Existenz bewahrt. Antisemitismus ist die längste Seuche der Menschheit, die es seit mehr als 2000 Jahren gibt. Eine Veränderung ist derzeit nicht zu erwarten, deshalb kann das Judentum praktisch nur durch Anwesenheit von Polizei oder Militär sowohl bei religiösen Anlässen wie bei kulturellen Veranstaltungen gelebt werden."*

**(Statement von HR Dr. Heinz D. Anderwald, Mitglied der jüdischen Gemeinde)**

### 4.2.2 Was wären nun Maßnahmen der Prävention? – Fachbeitrag Univ.-Prof. Dr. Helmut Konrad

Es gibt klare gesetzliche Vorgaben. Dort wo die Grenze des Verbotsgesetzes überschritten wird, ist jedenfalls von der Seite der Behörde einzuschreiten und Konsequenz einzufordern.
Manche Anregung ging allerdings auf die Kleinarbeit des wechselseitigen Kennenlernens, der Kontakte, der Einladung in die Synagoge, auf das gemeinsame Feiern und auf möglichst zwanglosen persönlichen Austausch. Das ist mühselige Kleinarbeit, aber sehr erfolgversprechend.
Bildung ist ein etwas zwiespältiger Punkt. Die alten Antisemit:innen sind in der Regel gebildet und auch unbelehrbar. Die Jugend sollte aber breit mit Wissen und mit emotionalem Erfassen angesprochen werden. Der Besuch zumindest des Konzentrationslagers Mauthausen sollte zur selbstverständlichen Planung an Schulen gehören. Angebote, wie etwa der Gedenkdienst, gehören popularisiert. Und falls der Besuch von Auschwitz angedacht wird, sollte das jede Förderung erfahren.
Es scheint vor allem wichtig, den subkutanen Antisemitismus in vielen Bewegungen, aber auch im Alltag, zu benennen und damit kenntlich zu machen, um Sensibilität zu erreichen. Das rasche Dokumentieren von einschlägigen Wandmalereien, die umgehende Meldung von antisemitischen Inhalten im Netz, das wären wichtige Beiträge zu einer Sensibilisierung der Öffentlichkeit, von der sich doch große Teile meist völlig unbewusst Klischees bedienen, die historisch zumindest fragwürdig sind.

## 4.3 Politischer Extremismus

Der politische Extremismus lässt sich in zwei große gegensätzliche Strömungen aufspalten: Rechtsextremismus und Linksextremismus. Die jeweilige Präsenz in der Steiermark wird mit Umfrageergebnissen von *Prof. Dr. Heinz P. Wassermann* zu Beginn der einschlägigen Beiträge vorgestellt und im Anschluss an die Fachbeiträge zu politischem Extremismus werden spezielle Präventionsvorschläge erläutert.

Neben der Erstellung und Auswertung der für diesen Extremismuspräventionsbericht wesentlichen Umfrage, gibt *Prof. Dr. Heinz P. Wassermann* hier mit seinem Fachbeitrag einen wesentlichen Einblick in die Ausformungen und Vorkommnisse des Linksextremismus in der Steiermark. ***Prof. Dr. Heinz P. Wassermann*** *ist assoziierter Professor am Institut Journalismus und Public Relations der FH JOANNEUM, forscht und publiziert zu medien- und zeithistorischen sowie politikwissenschaftlichen Themen und leitete als* ***next-Linksextremismusexperte*** *die Arbeitsgruppe zu ‚Linksextremismus'.* In dieser Funktion hat *Prof. Dr. Heinz P. Wassermann* die aus dem Arbeitskreis gezogenen Informationen mit seinem Fachwissen verknüpft und hier in Textform zur Verfügung gestellt. In einer umfassenden Analyse von bei der Extremismuspräventionsstelle Steiermark gemeldeten Graffitis von Linksextremist:innen zieht *Prof. Dr. Heinz P. Wassermann* einen Vergleich zu der Untersuchung von *Prof. Dr. Dieter A. Binder* über die bei der BanHate-App gemeldeten Hasspostings rechtsextremer Gruppierungen.

Das Gegenstück, der politische **Rechtsextremismus**, wird von *Univ.-Prof. Dr. Dieter A. Binder* im folgenden Fachbeitrag beschrieben, wobei besonderes Augenmerk auf die unterschiedlichen rechtsextremen Strömungen und deren Kommunikations- und Vernetzungsstrategien liegt, die von seiner anschließenden Abhandlung über rechtsextreme Hasspostings ergänzt wird. ***Univ.-Prof. Dr. Dieter A. Binder,*** *lehrte Österreichische Geschichte und Österreichische Zeitgeschichte an der Karl-Franzens-Universität Graz, leitet seit 2003 den Lehrstuhl für Kulturwissenschaften an der Andrássy Universität, Budapest, mit den Arbeitsschwerpunkten der mitteleuropäischen Geschichte und geschlossene Gesellschaften (u.a. Freimauer) und ist* **next-Rechtsextremismusexperte.**

Von den neun abgefragten Strömungen (Antifeminismus, Antisemitismus, Homophobie, Islamismus, Linksextremismus, Rechtsextremismus, religiöser Fundamentalismus, Salafismus und „sogenannte Sekten") liegen **Linksextremismus** mit summierten (intensiv/eher intensiv) 18,1% an vorletzter und **Rechtsextremismus** mit summierten 56,5,8% an zweiter Stelle.

**Berufliche Konfrontation mit Linksextremismus**

| | |
|---|---|
| Intensiv | 4,5% |
| Eher intensiv | 13,6% |
| Eher nicht intensiv | 22,7% |
| Nicht intensiv | 59,1% |
| N= | 22 |

**Berufliche Konfrontation mit Rechtsextremismus**

| | |
|---|---|
| Intensiv | 21,7% |
| Eher intensiv | 34,8% |
| Eher nicht intensiv | 30,4% |
| Nicht intensiv | 13,0% |
| N= | 23 |

### 4.3.1 Linksextremismus – Fachbeitrag von Prof. Dr. Heinz P. Wassermann

Nach Leitung der Arbeitsgruppe zu ‚Linksextremismus' stellt *Prof. Dr. Heinz P. Wassermann* in seinem Fachbeitrag die Ziele und Vorgehensweisen von linksextremen Gruppierungen vor, wobei vor dem Hintergrund seiner Fachexpertise die in der Arbeitsgruppe zu ‚Linksextremismus' erarbeiteten Ergebnisse eingeflochten werden.

Linksextremismus strebt die Überwindung des bestehenden „bürgerlich-kapitalistischen Systems" an. An dessen Stelle soll der „sozialistische Staat" oder die „herrschaftsfreie Gesellschaft" im Sinne klassischer anarchistischer Theorie treten. Diese unterschiedliche Sichtweise auf das angestrebte Ziel führt zu einer markanten Binnendifferenzierung der linksextremistischen Milieus, in denen durchaus eine Geschlechterparität herrscht, was sich auch in der Straftäter:innen-Statistik spiegelt. Gleichzeitig ist festzuhalten, dass es hier neben einem wenig organisierten, eher jugendlichen Sympathisant:innenkreis, Klein- und Kleinstgruppen gibt, die als eigentliche Akteur:innen im Fokus stehen. Der österreichische Verfassungsschutz ordnet die linksextremen Strömungen den Bereichen der marxistischen, leninistischen, trotzkischen und autonom-anarchistischen Extremist:innen zu[82], wobei

82 Vgl. Bundesministerium für Inneres: Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT), Verfassungsschutzbericht 2019, Wien 2020, 19, https://www.dsn.gv.at/501/files/VSB/VSB_2019_Webversion_20201120.pdf (abgerufen am 15.11.2021).

automone Linksextremist:innen politische Strukturen (Partei, Verein) kritisieren und Anarchismus die Herrschaft von Menschen über Menschen bzw. die Legitimation von staatlicher (Zwangs-)gewalt ablehnt.[83]

Die Aktivist:innen der linksextremen Szene werben für ihren ideologischen Ansatz mit klassischen Methoden **(Flyer, Plakate, Graffiti),** bzw. suchen durch **aktionistische Aktionen** (Stören von Kundgebungen politischer Gegner:innen, Auftritte in geschlossenen Blöcken bei Demonstrationen) markant die öffentliche Aufmerksamkeit zu erringen. Ziel dabei ist es auch, die mediale Aufmerksamkeit zu erreichen. Dies gelingt besonders dort, wo markante Großveranstaltungen rechter Milieus (z.B. Freiheitlicher Akademikerball) stark politisch engagierte Gruppen zu Gegendemonstrationen mobilisieren, innerhalb der dann linksextremistische Gruppierungen den Versuch unternehmen, die Veranstaltung zu dominieren / stören. Einerseits wird dabei der eigenen Position ein Avantgardecharakter zugesprochen, andererseits wird das attackierte gesellschaftliche Ereignis und dessen Signalwirkung medial unterlaufen, da die Berichterstattung nunmehr auch der politischen Gegenseite zu Gute kommt. Man kann hier von einer auffallenden aktionistischen Nähe zu Gegner:innen sprechen.

In der Werbung und in der gruppeninternen Kommunikation spielt das Internet nur eine untergeordnete Rolle, was möglicherweise mit der Zellenstruktur (aktivistische Kleingruppen) erklärbar wäre.

Laut Angaben des Verfassungsschutzberichtes 2019[84] ist der Linksextremismus quantitativ weniger ausgeprägt als der Rechtsextremismus. Linksextremistische Kundgebungen sowie ihre Demonstrationen gegen rechtsradikale Gruppierungen und deren Veranstaltungen verliefen **im Jahr 2019 „ohne staatspolizeilich relevante Vorfälle".**[85] Im Strafvollzug spielt Linksextremismus eine geringe Rolle (zumeist Sachbeschädigung), während etwa der Verhetzungstatbestand mit einem rechtsextremistischen Hintergrund deutlich ausgeprägter ist.[86]

### 4.3.2 Linksextremismus: plump und öffentlich – Fachbeitrag Prof. Dr. Heinz P. Wassermann

Von der Extremismuspräventionsstelle Steiermark wurden ***Prof. Dr. Heinz P. Wassermann*** zehn Sujets zur Analyse zur Verfügung gestellt. Diese werden in einem ersten Schritt analysiert und in einem zweiten, im Kontext politischem Extremismus, dem Beitrag von *Univ.-Prof. Dr. Dieter A. Binder* (siehe „zur Rahmenerzählung des Rechtsextremismus, Seite 51), gegenübergestellt.

Allen Beispielen ist gemeinsam, dass sie erstens den öffentlich-sichtbaren und wahrnehmbaren Raum besetzen, wobei dieser in den meisten Fällen ein privat-öffentlicher (Hauswände) in der Steiermark ist. Zweitens handelt es sich, wie es die im Folgenden analysierten Beispiele zeigen, um den analog-öffentlichen Raum.

Abbildung 9:
Bei der Extremismuspräventionsstelle Steiermark gemeldet.

83 Vgl. Bundesministerium für Inneres: Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT), Verfassungsschutzbericht 2019, Wien 2020, 21, https://www.dsn.gv.at/501/files/VSB/VSB_2019_Webversion_20201120.pdf (abgerufen am 15.11.2021).
84 Bundesministerium für Inneres: Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT), Verfassungsschutzbericht 2019, Wien 2020, https://www.dsn.gv.at/501/files/VSB/VSB_2019_Webversion_20201120.pdf (abgerufen am 15.11.2021).
85 Vgl. Bundesministerium für Inneres: Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT), Verfassungsschutzbericht 2019, Wien 2020, 23, https://www.dsn.gv.at/501/files/VSB/VSB_2019_Webversion_20201120.pdf (abgerufen am 15.11.2021).
86 Vgl. Bundesministerium für Inneres: Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT), Verfassungsschutzbericht 2019, Wien 2020, 26 und 35, https://www.dsn.gv.at/501/files/VSB/VSB_2019_Webversion_20201120.pdf (abgerufen am 15.11.2021).

Sofern es die „Betextungen“ betrifft, ist ein im doppelten Wortsinn vulgärer (Abbildung 10)

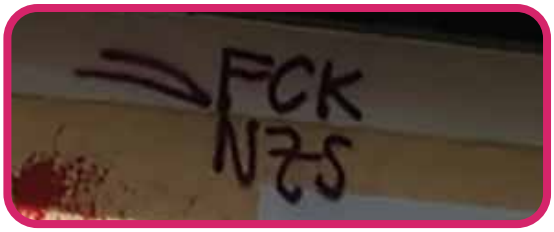



Abbildung 10
Bei der Extremismuspräventionsstelle Steiermark gemeldet.

1. antikapitalistischer (Abbildung 11, 12)

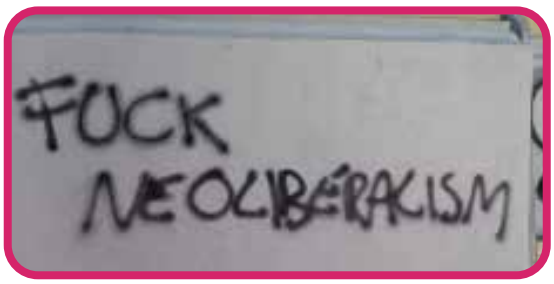



Abbildung 11
Bei der Extremismuspräventionsstelle Steiermark gemeldet.

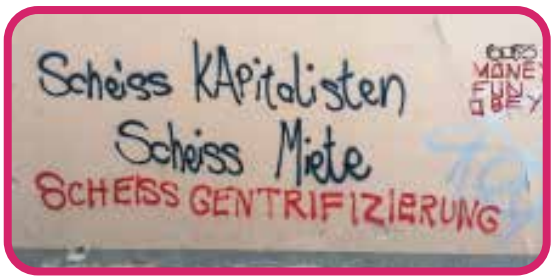



Abbildung 12
Bei der Extremismuspräventionsstelle Steiermark gemeldet.

2. (anarchisch) anti-etatistischer (Abbildung 13)

Abbildung 13 Bei der Extremismuspräventionsstelle Steiermark gemeldet.

und 3. vulgär antifaschistischer (inklusive partieller Vertreibungsphantasien, die eine bemerkenswerte (geistige) Parallele zu den „national-befreiten Zonen“ des Rechtsextremismus (Abbildung 14, 15) aufweisen)

Abbildung 14
Bei der Extremismuspräventionsstelle Steiermark gemeldet.

Abbildung 15
Bei der Extremismuspräventionsstelle Steiermark gemeldet.

Duktus evident, der sich im Fall des antikapitalistischen Inpetus gegen die „da oben“, wozu im linksradikalen/-extremen Spektrum auch staatliche Institutionen, im Konkreten die Exekutive, zählen, richtet, bzw. dort das Feindbild verortet.

Kontextualisiert man die vorliegenden Beispiele mit der Analyse von *Univ.-Prof. Dr. Dieter A. Binder* (siehe Seite 51f. ), so ist zusammenfassend festzuhalten:

1. Die zu analysierenden Materialien sind ausschließlich analog und besetzen den öffentlich sichtbaren und (im Gegensatz zum Rechtsextremismus) nicht den digitalen Raum. Diese Beobachtung deckt sich auch mit dem letzten Verfassungsschutzbericht.[87]
2. Die Besetzung des analog-öffentlichen Raums deckt sich auch dahingehend mit den Beobachtungen der Exekutive im Rahmen der Expert:innengespräche im September 2021, als dass es sich zumeist um Sachbeschädigungen handelt.
3. Im Gegensatz zu den unter Rechtsextremismus analysierten Materialien der Extremismuspräventionsstelle bedürfen die linksextremen Materialien keiner (historischen) De-Codierung: Sie sind – ganz im Gegenteil – von einem Vulgär-Antikapitalismus im selben Maße geprägt, wie der Duktus – im Gegensatz zum (theoretischen) Linksextremismus mit seiner hochgestochenen und -geschraubten Sprache – im Primitiven und Vulgären verharrt. Das mag damit zusammenhängen, dass – das legte das „Anarchisten-A“ nahe – es sich um den autonom-anarchistischen Flügel der extremen Linke handelt.
4. Hinzuweisen ist abschließend auf das – neben den „Kapitalisten“ bzw. dem „Neoliberalismus“ – zweite Feindbild des Linksextremismus, die Exekutive.

### 4.3.3 Präventionsempfehlungen gegen politischen Linksextremismus

Um gegen linksextremistische Gruppierungen vorgehen zu können, braucht es grundsätzliche Sensibilisierungsarbeit und Aufklärung zum Thema Linksextremismus. In diesem Zusammenhang wäre auch eine fundierte wissenschaftliche Auseinandersetzung zum Thema Linksextremismus wünschenswert.
Aufgrund der im Verfassungsschutzbericht[88] festgestellten Tatsache, dass sich die Aktivitäten der linksextremistischen Szene auf die Besetzung des analogen Raumes und die Beschmierung von meist privaten Hauswänden erstrecken, wäre neben der Dokumentation und Meldung dieser Sachbeschädigungen eine Entfernung bzw. Übermalung der Hauswände, auch unter Beiziehung der breiten Öffentlichkeit, wünschenswert. Überlegenswert wäre darüber hinaus eine Untersuchung (bzw. Sensibilisierung), ob die zum Teil unverhohlen zur Schau gestellten Sympathien von politisch links zu verortenden Politiker:innen für Autokraten wie Lukaschenko oder Putin ein Elitenprojekt, ein „Einzelfall“ oder in diesem Spektrum weiterverbreitet bzw. konsensfähig ist

87 Vgl. Bundesministerium für Inneres: Verfassungsschutzbericht 2019. Im Internet: https://dsn.gv.at/501/files/VSB/VSB_2019_Webversion_20201120.pdf.
88 Vgl. Bundesministerium für Inneres: Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT), Verfassungsschutzbericht 2019, Wien 2020, 26 und 35, https://www.dsn.gv.at/501/files/VSB/VSB_2019_Webversion_20201120.pdf (abgerufen am 15.11.2021).

### 4.3.4 Rechtsextremismus – Fachbeitrag Univ.-Prof. Dr. Dieter A. Binder

Im Folgenden gibt *Univ.-Prof. Dr. Dieter A. Binder* einen Einblick, welche Strategien von rechtsextremen Strömungen zur Verfolgung ihrer Ziele in den Arbeitsgruppensitzungen genannt und in der Steiermark eingesetzt werden. Obwohl einiges dafürspricht, Dschihadismus aufgrund seiner Nähe zum Rechtsextremismus unter politischem Extremismus/politischer Ideologie einzuordnen, wurde diese Strömung in den Arbeitsgruppen und in diesem Extremismuspräventionsbericht aufgrund seines Merkmals der religiösen Ausrichtung der Strömung des religiösen Extremismus zugeordnet und dementsprechend von *Univ.-Prof. Dr. Karl Prenner* (siehe Ad Dschihadismus, Seite 62 f.) abgehandelt.

Rechtsextreme Strömungen können in verschiedenen sich überschneidenden Ausformungen auftreten: Befürwortung einer Diktatur, Islam- und Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Chauvinismus, Sozialdarwinismus, Rassismus sowie die Verharmlosung und Relativierung des Nationalsozialismus (Revisionismus). Ihr Ziel ist die **Abschaffung des modernen demokratischen Verfassungsstaates**, wofür sie auch gewalttätige Aktionen als „legitime Mittel" ansehen und (systematisch) einsetzen, um einen „völkischen Nationalismus" bzw. einen Staat mit deutschnationaler bzw. nationalistischer-konservativer Ausrichtung zu errichten, was ihrer antidemokratischen und antipluralistischen gesellschaftlichen Ansicht entspricht.[89]

Rechtsextremismus **nutzt massiv das Internet zur Verbreitung seiner Positionen** (z.B. unzensuriert.at oder wochenblick.at) und gestylte Social-Media-Auftritte. Die regionalen rechtsextremen Milieus sind durchaus **international vernetzt**. Während ein elitärer Kreis die ideologische Positionsdefinition führt, greift man propagandistisch – nicht erst seit der Covid-19-Pandemie – auf werbewirksame Verschwörungsmythen zurück. Allerdings zeigt D05, eine Bewegung junger Leute, die die Corona-Pandemie zum Verbreiten von Verschwörungserzählungen nutzt. Propagiert werden besonders klassische Verschwörungstheorien wie die Erzählung des „großen Bevölkerungsaustausches", der jüdischen Weltverschwörung und eine massive Eliten- und Establishment-Kritik.

Signifikant für die Milieus im Rechtsextremismus ist die zunehmende Binnendifferenzierung, die das Erscheinungsbild im öffentlichen Raum seit zwanzig Jahren charakteristisch verändert. Exemplarisch wäre auf die **Identitäre Bewegung Österreich** (IBÖ) zu verweisen, die einerseits einen intellektualisierten Zugang zur Politik entwickeln und dabei andererseits definierte Ziele aktionistisch angreifen. Außerhalb dieser Aktionen verharrt man in einem nahezu bürgerlichen Habitus, der das Andocken an bestehende politische Parteien erleichtert. Dieser Habitus wird auch durch die Rückkehr zum Völkischen erleichtert.

Während die IBÖ eine verfestigte Struktur mit nahezu hauptberuflicher Führung aufweist, eine soziale Rückbindung zur Mitte der Gesellschaft hat (Bildung, Herkunft), ist das Milieu der **Staatsverweiger:innen** heterogener, bildungsferner und älter. Jugendliche können dort als Sympathisant:innen rekrutiert werden, wo Denkmuster (Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Verschwörungstheorien) latent vorhanden sind. Bei Jugendlichen kommt die Suche nach Positionsbestimmung hinzu, die eine gewisse Anfälligkeit für extravagante Positionen fördert. Sowohl bei der IBÖ als auch bei den Staatsverweiger:innen gibt es geschlossene Führungskader, die ökonomisch von dieser Position profitieren, und ringförmig angeordnet Mittäter:innen, Mitläufer:innen, Sympathisant:innen.

Die Aktionen der IBÖ prägen die öffentliche Wahrnehmung und haben weitgehend Aufmärsche militanter rechter Gruppierungen aus dem öffentlichen Raum verdrängt, die ihrerseits – ausgelöst durch ein eklatantes Bildungsgefälle innerhalb der rechten Milieus – zumindest derzeit etwas marginalisiert erscheinen. Angriffe gegen die Menschenrechtsszene können im öffentlichen Raum durch Diskussionsstörungen, Sprengen von Versammlungen oder „feindliche Übernahme" derartiger Versammlungen (z.B. IBÖ) durchgeführt werden, während Angriffe, die auf Sachbeschädigung, Einschüchterung etc. hinauslaufen, verdeckte Aktionen aus dem aktivistischen Untergrund darstellen. Eliten- und Establishment- Kritik spiegelt sich im Bereich der Staatsverweigerer:innen, wobei hier zwischen der durchaus kriminellen Energie im Bereich der Drahtzieher:innen und der soziokulturellen Verfasstheit des „Zielpublikums" zu unterscheiden ist.

Partiell rechtsradikale und definiert rechtsradikale Parteien zeichnen sich ebenfalls durch eine **professionelle, digitale Kommunikation** (z.B. FPÖ.tv) aus, denen partiell durch Medien, die Verschwörungsdenker:innen eine öffentliche Bühne geben und hohe Marktanteile verzeichnen, zugearbeitet wird.

Politischer Aktionismus kollidiert mit dem Strafrecht. In Diskussion stehen auch Beschaffungskriminalität im Kontext mit Personen, die gleichsam hauptberuflich Schlüsselpositionen in dieser Szene einnehmen (Finanzvergehen, Erpressungsversuche, lavierte Formen der Schutzgeldeinhebung etc.). Statistisch gesehen ist der Anteil von Frauen bei rechtsextremistisch zuordenbaren Straftaten marginal.

89 Bundesministerium für Inneres: Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT), Verfassungsschutzbericht, Wien 2019, 31.

### 4.3.5 Zur Rahmenerzählung des Rechtsextremismus in den sozialen Netzwerken – Fachbeitrag Univ.-Prof. Dr. Dieter A. Binder

Ausgehend von den bei der Antidiskriminierungsstelle Steiermark über die BanHate-App gemeldeten Hasspostings hat ***Univ.-Prof. Dr. Dieter A. Binder*** eine Auswahl an gemeldeten optischen und verbalen Selbstdarstellungen der rechtsextremistischen Szene kontextualisiert:

Ihre Position führen Rechtsextreme bewusst und ohne Einschränkungen auf den Nationalsozialismus zurück, den sie als Ausdruck der „Volksgemeinschaft" lesen. Der Weltanschauungskrieg des nationalsozialistischen Deutschlands wird mit dem eigenen „Kampfauftrag" gleichgesetzt. Rechtsextreme reklamieren sich als „Elite von morgen" in den „Orden unter dem Totenkopf" (Heinz Höhne), dessen Kampfkraft martialisch von einem Foto einer SS-Formation in Paradeadjustierung unterstrichen wird.

Abbildung 16:
Gemeldet über die BanHateApp; kommentiert von Univ.-Prof. Dr. Dieter A. Binder.

Der mit dem „Deutschen Kreuz" dekorierte Offizier und Unteroffizier des Fotos idealisieren das Soldatische", um nicht als KZ-Wachmannschaft gelesen zu werden. Der 8. Mai wird nicht als finale Niederlage des nationalsozialistischen Regimes gelesen.

Abbildung 17:
Gemeldet über die BanHateApp; kommentiert von Univ.-Prof. Dr. Dieter A. Binder.

Angelehnt an die Emblematik eines nationalistischen Kriegerdenkmals für Gefallene des Ersten Weltkriegs wird der „unversehrte Soldat" der „großen Armee" zum Kameraden der jungen Generation, die den Kampf weiterführt (Abbildung 17). Der doppelte Apell „Gedenkt der mutigen Ahnen" und „Ewig lebt der Toten Tatenruhm" schafft ein Pantheon, um der eigenen Position eine Tradition zu stiften.

Abbildung 18:
Gemeldet über die BanHateApp; kommentiert von Univ.-Prof. Dr. Dieter A. Binder.

In der Person der 1928 geborenen Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbecks konstruieren rechtsextreme Milieus eine Klammer zum nationalsozialistischen Regime, da Haverbecks Mann Werner Georg Haverbeck (1909 – 1999) in unterschiedlichsten Funktionen der NSDAP und dem Regime gedient hatte und nach 1945 in einschlägigen rechtsextremen Subkulturen aktiv war. Dieser familiäre ideologische Staffellauf formt sie zur Ikone der „Meinungsfreiheit“ und „politischen Märtyrerin“, da sie als „Gesinnungstäterin“ mehrere Jahre in Strafhaft war.

Haverbecks Geburtstag, der 8. November, fällt in zeitliche Nähe zum Putschversuch Hitlers in München 1923, der im nationalsozialistischen Festkalender eine zentrale Rolle spielte und zum Gedenken an die Pogromnacht 1938. Da beide Ereignisse durchaus in der Öffentlichkeit memoriert werden, nutzen Rechtsextreme den Geburtstag, um die konsensuale kritische Geschichtsreflexion zu konterkarieren. Die historische Kritik am Nationalsozialismus in Deutschland inklusive Österreich wird als „fremdbestimmt“ zurückgewiesen, Frau Haverbeck wird zum Symbol für „Freiheit und Wahrheit“, für das „wahre“ Deutschland der „starken Herzen“.

Abbildung 19:
Gemeldet über die BanHateApp; kommentiert von Univ.-Prof. Dr. Dieter A. Binder.

Das „wahre Deutschland“ wird auch durch comichafte Zitate beschworen, wenn etwa auf die kolportierte Lieblingsspeise Adolf Hitlers „eiernockerln (sic!) mit Grünen (Sic!) Salat“ als Protesthandlung zur Angelobung des neuen österreichischen Gesundheitsministers empfohlen wird. Vergleichbar ist die Verwendung kanonisierter Abkürzungen wie „88“ für „Heil Hitler“ oder „Doppelblitz“ für die Runen der SS, um so etwaigen Strafbestimmungen für Wiederbetätigung zu umgehen. Hitler und Symbole des „Dritten Reichs“ werden durchaus vernetzt mit Selbstdarstellungen amerikanischer Rechtsextremer zur Inkarnation der „bedrohten weißen Rasse“.

Abbildung 20:
Gemeldet über die BanHateApp; kommentiert von Univ.-Prof. Dr. Dieter A. Binder.

Der Kapuzenpullover imaginiert einen mönchischen Idealisten, die Inszenierung des Fotos sakralisiert den Kaffeebecher mit seiner Nazi-Emblematik zum „Gral". Der Kopf Hitlers vor dem Zitat der Reichskriegsflagge auf dem Kaffeebecher, der von dem Neonazi gepflegte Kult um das Eiserne Kreuz, das demonstrativ in den Blick gerückte „Deutsche Kreuz" sind Übernahmen nationalsozialistischer Agitationslinien, die das Regime in die Tradition des deutschen Kaiserreichs stellten.

Das Tatzen-Kreuz, das seit den Kreuzzügen mit dem „Deutschen (Ritter-)Orden" verbunden war, wurde als „Eisernes Kreuz" in den Kämpfen gegen Napoleon 1813 vom preußischen König Wilhelm III. für besondere militärische Leistungen ohne Einschränkungen des Standes oder des Ranges gestiftet und 1870 im deutsch-französischen Krieg erneuert, wobei nunmehr eine Verleihung auch an nicht preußische Untertanen möglich wurde. Mit der erneuten Stiftung bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges konnte dieser Orden auch an nichtdeutsche Staatsbürger verliehen werden. Die Tapferkeit wurde zum Ideal des militärischen Dienens an der deutschen Volksgemeinschaft. Vor diesem Hintergrund war das ständige Zurschaustellen dieses Ordens durch Hitler, der das Kreuz als einzige Auszeichnung trug, auch eine Demonstration des Deutschtums per se. Durch die ab 1939 inflationäre Verleihung der Ordensstufen des Eisernen Kreuzes („Eisernes Kreuz II. Klasse", „Eisernes Kreuz 1. Klasse", „Ritterkreuz") wurde 1941 nach dem Überfall auf die Sowjetunion durch Hitler als informelle Stufe zwischen dem „Eisernen Kreuz Erster Klasse" und dem „Ritterkreuz" das „Deutsche Kreuz" in Silber, bzw. in Gold gestiftet. Das „Hochmeisterkreuz" des „Deutschen (Ritter-)Ordens" beeinflusste auch die Gestaltung des im Herbst 1938 von Hitler gestifteten „Mutterkreuzes", das an besonders gebärfreudige „reindeutsche" Frauen in drei Stufen verliehen wurde, um deren Einsatz an der vaterländischen Zeugungsfront zu würdigen. Auch hier wurde der Aspekt der Volksgemeinschaft, die Kinder mussten naturgemäß von einem „reindeutschen" Vater stammen, verinnerlicht.

Die Totenehrung gefallener Soldaten vor und nach 1945 mit diesem Kreuz auf Parten, Soldatengräbern und Kriegerdenkmälern prolongierte dieses Bild der „Volksgemeinschaft im Abwehrkampf", wozu noch dessen Verwendung als Hoheitsabzeichen der deutschen Bundeswehr trat. Im rechtsextremistischen Kanon wird es zum Symbol der Zugehörigkeit zur „weißen Rasse", zum Ausdruck des Kampfeswillen des apodiktisch als bedroht angenommenen Volkes und zur Metapher für die Ablehnung von „Mainstream"-Positionen.

Abbildung 21:
Gemeldet über die BanHateApp; kommentiert von Univ.-Prof. Dr. Dieter A. Binder.

Der Sticker „White Lives Matter" repliziert auf die „Black Lives Matter"-Bewegung, die sich von den USA ausgehend gegen rassistisch motivierte Gewalt wendet. In einer charakteristischen Nähe zur Gegenseite werden von beiden Ansätzen vergleichbare Mo-

bilisierungsansätze genutzt. Ursprünglich fokussierte die „Black Lives Matter"-Bewegung die Polizeigewalt gegen Afroamerikaner:innen, weitete jedoch ihre Aktivitäten zunehmend aus, um sich auch für die Rechte der LGBTQIA+-Gemeinschaft, der Menschen mit Behinderung, der illegal Eingewanderten oder der Frauen einzusetzen. Die als studentische Gegenbewegung auftretende „White Lives Matter" versteht sich als Repräsentantin der „White Supremacy"-Ideologie und kultiviert dabei rassistische Feindbilder, Antifeminismus und Anti- LGBTQIA+-Positionen. Neben der Mobilisierungsmethoden weist diese Formation auch im Antisemitismus eine auffallende Nähe zu Teilen der „Black Lives Matter"-Bewegung auf.

Abbildung 22:
Gemeldet über die BanHateApp; kommentiert von Univ.-Prof. Dr. Dieter A. Binder.

Diese eigenartige Nähe zum Extremismus auf der anderen Seite des politischen, bisweilen sozialen Spektrums findet man auch in der gemeinsamen Nutzung populärer Abkürzungen, wenn man sich in einem Feindbild trifft. Ausgehend von kriminellen Milieus in England verbreitete sich innerhalb der Jugendkulturen der 1970 und 1980er Jahren das Akronym „A.C.A.B." „All Cops Are Bastards", das links konnotiert gegen die alten Mächte und deren Büttel gerichtet ist.

Im linken, anarchistischen Milieu wird der Staat, sein Anspruch und Auftreten auf dem Friedhof entsorgt. Der Lorbeerkranz der Cäsaren, die Kronen auf den Totenköpfen evozieren den Friedhof der Geschichte, auf denen sich auch amerikanische Straßenkreuzer finden. Die Polizei als Repräsentantin des Gewaltmonopols des demokratischen Staats wird naturgemäß auch in rechtsextremen Milieus zum Feindbild. An die Stelle der abgewirtschafteten alten Mächte tritt das Volk, repräsentiert durch den Mann im Hintergrund, der sich zur „schwarzen Sonne" bekennt.

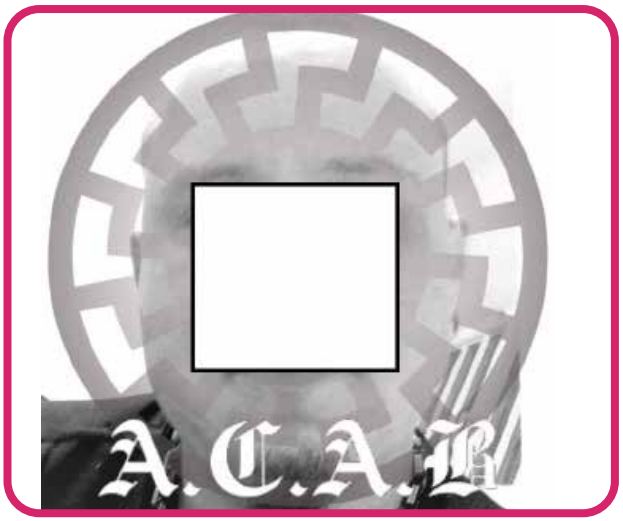



Abbildung 23:
Gemeldet über die BanHateApp; kommentiert von Univ.-Prof. Dr. Dieter A. Binder.

Die „schwarze Sonne" taucht seit den frühen 1950er Jahren in rechtsextremen und ihnen nahestehenden esoterischen Gruppen als Symbol auf und dient Formationen von den Neuheiden bis hin zu politischen Kampftrupps als Erkennungszeichen. Es besteht aus zwölf im Kreis montierten Siegrunen oder aus drei übereinandergelegten Hakenkreuzen. Hier wird es mit dem Akronym „A.C.A.B." verknüpft, der Kampf gegen die „Unterdrückung durch die Obrigkeit" soll mit dem Sieg des „Sonnenrades" enden.

Abbildung 24:
Gemeldet über die BanHateApp; kommentiert von Univ.-Prof. Dr. Dieter A. Binder.

Ausgehend vom spezifischen Geschichtsbild, das die demokratische Entwicklung Deutschlands oder Österreichs seit dem Mai 1945 als „fremdbestimmt", als Produkt der alliierten „Umerziehung" und somit als „volksfremd" liest, entwickelt der Rechtsextremismus innerhalb einer Verschwörungstheorie das Bild des umfassend bedrohten Volks, der „Nation im schicksalshaften „Abwehrkampf".

Abbildung 25:
Gemeldet über die BanHateApp; kommentiert von Univ.-Prof. Dr. Dieter A. Binder.

Dem Bild der vom „Mutterkreuz" geformten „deutschen Familie" wird das Bild einer weißen Frau und eines Schwarzen Mannes mit dem gemeinsamen Kind gegenübergestellt. Diese Familie wird als Produkt der „Killuminati" und deren „langfristige(n) Plan, die deutsche Genetik durch Auszucht zu zerstören" interpretiert. Das Kunstwort „Killuminati" greift auf das seit dem späten 18. Jahrhundert gängige Verschwörungsmodell der „Illuminati" als geheime Drahtzieher politischer Umstürze zurück, während das eingeschleuste „kill" auf den „Volkstod" abzielt. Das eingerückte „i" muss als Kürzel der „Identitären Bewegung" gelesen werden, die als intellektuelle, aktionistische Plattform die rechtsextremistischen Milieus zu einen sucht.

Abbildung 26:
Gemeldet über die BanHateApp; kommentiert von Univ.-Prof. Dr. Dieter A. Binder.

Das eigene Volk, so suggeriert das Posting, dem Zustrom unterschiedlichster Flüchtlinge ausgesetzt, verliert seine Identität. Auf den politischen Kontrollverlust, dem Versagen der Politik geschuldet, folgen der Verlust des „Christentums" und „unserer Traditionen", schließlich jener der Sprache und schließlich der Untergang der „Volksgemeinschaft", das „Wir". Bereits in der Begrifflichkeit der „Auszucht" wird das Motiv der „Umvolkung" angesprochen, die hier scheinbar konsequent zu Ende gedacht wird.

Indem man das „Christentum" extra vor den gemeinsamen Traditionen anführt, versucht man den Schulterschluss zwischen den historisch antikirchlichen Traditionen des Nationalsozialismus und der Neonazis mit den rechtsextremen christlichen Milieus. In Österreich stuft das ***Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW)*** die Wochenzeitung „Der 13." als „Brückenorgan zwischen Rechtsextremismus und katholischem Traditionalismus" ein. [90] Neben personellen Überschneidungen sind es vor allem inhaltliche „Schnittmengen", die über „Antifeminismus, Homophobie, Anti-Abtreibung und die Verteidigung der ‚traditionellen Familie'" bis hin zu kompatiblen Haltungen in der Covid-19-Pandemie, im Antisemitismus und Antiislamismus eingebettet in gängige Verschwörungstheorien reichen. Diese Positionierungen werden durch den Abdruck von entsprechenden Äußerungen in Leserbriefen als Stimme des „besorgten Volks" dargestellt. Das Mitteilungsblatt des DÖW zitiert aus dem Leserbrief einer Frau, dass „unsere Mädchen und Frauen" systematisch von „Muslimen" „vergewaltigt und entführt" würden.

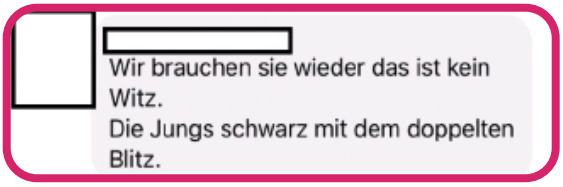



Abbildung 27:
Gemeldet über die BanHateApp; kommentiert von Univ.-Prof. Dr. Dieter A. Binder.

Dieses Bild einer virtuellen biologistischen Kampfführung verknüpft den Diskurs katholisch-traditionalistischer Milieus mit jenem, in dem Rechtsextreme zum Kampf gegen die „Muslime" aufrufen. Dabei wird der umfassende Vernichtungswille in Anlehnung an den Nationalsozialismus eindeutig definiert, wenngleich man an anderer Stelle die Mordaktionen der SS und des nationalsozialistischen Regimes leugnet. Der gemeinsame Feind soll das Volk einigen, wobei die junge Elite zum Kampf bereit ist.

90 Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, DÖW (Hrsg.), Mitteilungen 248 (Oktober 2021), S. 9f.

Abbildung 28:
Gemeldet über die BanHateApp; kommentiert von Univ.-Prof. Dr. Dieter A. Binder.

Der Kampf gegen die „Muslime“ wird vom Kampf gegen die „jüdischen Drahtzieher“ überhöht. Der verschwörungstheoretische Klassiker „Die Protokolle der Weisen von Zion“ wird zur Metaebene des „Überlebenskampfes“ des „Volkstums“.

Abbildung 29:
Gemeldet über die BanHateApp; kommentiert von Univ.-Prof. Dr. Dieter A. Binder.

Und nochmals die SS-Runen, die einen neuen Holocaust imaginieren, während man den historischen Holocaust weiterhin leugnet. Wie in der Propaganda des Nationalsozialismus wird der Kampf gegen die „Juden“, den „vaterlandslose Gesellen“, als absolute Notwendigkeit aller Nationalstaaten, „aller Vaterländer“, postuliert. Der „Kampfmönch“ im Kapuzenpullover posiert mit einem jungen Schäferhund, der wiederum auf Hitler verweist.

### 4.4.2 Präventionsempfehlungen gegen politischen Rechtsextremismus

Rechtsextremist:innen nutzen vorwiegend das Internet, um sich zu vernetzen und Hassbotschaften – wie im vorangegangenen Beitrag von *Univ.-Prof. Dieter A. Binder* auszugsweise besprochen – zu verbreiten. Dementsprechend spielt das Internet bzw. die **sozialen Medien** eine große Rolle im Radikalisierungsprozess und dennoch gibt es vergleichsweise wenig **Online-Präventionsmaßnahmen**. Auf neue Trends und technologische Entwicklungen, beispielsweise auf das Verbreiten extremistischer Inhalte über Tiktok, muss **zeitnah reagiert** und ein **authentisches Gegenangebot** geschaffen werden.[91] Die Algorithmen der sozialen Medien filtern Nachrichten und Meldungen, wobei aber die jeweiligen Auswahlkriterien, nach denen diese Vorauslese getroffen wird, nicht öffentlich bekannt sind. Aufgrund der großen Reichweite von Facebook[92] und dem dadurch möglichen Einfluss auf die jeweilige Meinungsbildung der Nutzer:innen ist eine **gesetzliche Verpflichtung über die Offenlegung der Algorithmen sozialer Medien**[93] ein wichtiger Schritt, diesen rein auf Profit und Gewinnmaximierung gerichteten Strukturen Einhalt zu gebieten und eine Anbahnung und Verbreitung von demokratiefeindlichen Nachrichten zu unterbinden.
Kommunikationsmaßnahmen sollten auf Augenhöhe stattfinden und ein wertschätzender Umgang mit dem Gegenüber selbstverständliche Grundhaltung sein. Bei extremistischen Überschreitungen braucht es jedoch auch ein klares Aufzeigen von Grenzen und einer Verdeutlichung dessen, was unerwünscht ist. **Bereits kursierenden Hassbotschaften muss entschieden entgegengetreten werden,** wofür eine gesetzliche **Verpflichtung zur nachhaltigen Moderation in den sozialen Netzwerken**[94] notwendig ist, sodass derartige Postings, Kommentare und Beiträge spätestens ab dem Zeitpunkt einer Meldung bei den sozialen Netzwerken selbst oder über die BanHate-App gelöscht bzw. entfernt werden müssen. In Österreich wird dies seit April 2021 grundsätzlich durch das Kommunikationsplattformen-Gesetz (Kopl-G[95]) umgesetzt, auf europäischer

91 https://www.derstandard.at/story/2000131635412/warum-tiktok-rechtsextreme-und-islamisten-magisch-anzieht (abgerufen am 07.12.2021).
92 https://www.brodnig.org/2014/10/13/facebook-verschlingt-die-medien/ (abgerufen am 10.12.2021).
93 https://www.derstandard.at/story/2000131730935/soziale-medien-ein-kaputtes-system-das-die-gesellschaft-kaputtmacht (abgerufen am 09.12.2021).
94 Vgl. dazu auch weiterführend: Office oft he Representative on Freedom of the Media Organization for Security and Co-operation in Europe (OSCE), Spotlight on artificial intelligence and freedom of expression A Policy Manual, Wien 2021, https://www.osce.org/files/f/documents/8/f/510332_0.pdf (abgerufen am 10.02.2022).
95 Bundesrecht über Maßnahmen zum Schutz der Nutzer auf Kommunikationsplattformen (Kommunikationsplattformen-Gesetz – Kopl-G idgF BGBl I 151/2020.

Ebene soll der Binnenmarkt für digitale Dienstleistungen[96] reguliert werden. Dabei geht es einerseits um die Bewusstseinsbildung der einzelnen Poster:innen sowie andererseits um Mitlesende sowie um jene, die derartige Inhalte unreflektiert übernehmen und sanktionslos replizieren können, ohne über mögliche Verstöße gegen das österreichische Strafrecht[97] oder gegen das geltende Verbotsgesetz[98] auch nur nachzudenken. Eine ähnliche Problematik stellt sich bei falschen Meldungen bzw. **Fake News und verschwörungserzählerischen Inhalten**, die seit der Aufhebung des „Fake-News-Paragraphen" § 276 StGB im Jahr 2015[99] ohne Konsequenz verbreitet werden können und weshalb eine Wiedereinführung dieses Straftatbestandes äußerst wünschenswert wäre. Wichtig ist außerdem, Aufklärungsarbeit über die Mobilisierungstaktiken von Rechtsextremist:innen im Netz zu leisten und somit die breite Öffentlichkeit nicht nur zu informieren, sondern in der Folge auch **vor einem Abrutschen in extremistische "Echokammern" zu warnen** und ein Bewusstsein für die Gefahren der Online-Radikalisierungsproblematiken zu schaffen. Dabei kommt es gerade auf jene Personen an, die sich als **Rand der Gesellschaft** wahrnehmen und das Gefühl haben, mit ihren Bedürfnissen, Sorgen und Ängsten nicht wahrgenommen zu werden. Es gilt, ihnen eine Stimme zu geben und sie nicht in einen Zustand der (Online-)Isolation zu drängen, weil sie sich nicht gehört bzw. gleichwertig behandelt fühlen. Geeignete Anlauf- und Ansprechstellen sowie eine institutionelle Vernetzungsarbeit kann hier ein erfolgreiches Gegensteuern unterstützen und auch im realen zwischenmenschlichen Umgang **zivilcouragiertes Handeln** durch Nicht-Wegschauen/-hören bei Verwendung von Schimpfworten oder abwertenden Bezeichnungen stärken und fördern.
Nach dem Vorbild der deutschen Aussteiger:innenstelle ***EXIT***[100] ist auch in Österreich die Schaffung eines Netzwerkes von Aussteiger:innenstellen wünschenswert, um ehemalige Extremist:innen bei der Loslösung von extremistischen Ideologien gezielt unterstützen zu können und ihnen die Hand zurück in die Gesellschaft zu reichen.

96 Europäische Kommission, Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über einen Binnenmarkt für digitale Dienste (Gesetz über digitale Dienste) und zur Änderung dder Richtlinie 2000/31/EG, Brüssel 2020, https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52020PC0825&from=de (abgerufen am 15.01.2022).
97 Bundesgesetz vom 23.01.1974 über die mit gerichtlicher Strafe bedrohten Handlungen (Strafgesetzbuch – StGB), BGBl 60/1974 idF BGBl I 242/2021.
98 Verbotsgesetz 1947 (VerbotsG) StGBl 13/1945 idF 148/1992.
99 Bundesgesetz über die mit gerichtlicher Strafe bedrohten Handlungen (StGB) idF BGBl 60/1974, aufgehoben durch BGBl I 112/2015.
100 https://www.exit-deutschland.de/ (abgerufen am 03.02.2022).

## 4.4 Religiöser Extremismus

Der religiöse Extremismus kann in eine Vielzahl an Unterkategorien unterteilt werden. Neben Islamismus, Dschihadismus und Salafismus wird in diesem Extremismuspräventionsbericht mit Unterstützung der Expertise von *Univ.-Prof. Dr. Karl Prenner* auch das Vorkommen von „Sekten" in der Steiermark behandelt. ***Univ.-Prof. Dr. Karl Prenner**, ao. Professor für Islamwissenschaft mit Schwerpunkt Koranforschung am Institut für Religionswissenschaft an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Karl-Franzens-Universität Graz, Vorstandsmitglied und Vizepräsident der Österreichischen Gesellschaft für Religionswissenschaft (ÖGRW) und **next-Experte für Islamismus und religiösen Extremismus***, verschafft nicht nur einen Überblick, sondern auch einen fundierten Einblick in die verschiedenen Ausprägungen des religiösen Extremismus. Dem vorangestellt ist die Auswertung der Umfrage von *Prof. Dr. Heinz P. Wassermann*:

Von den neun abgefragten Strömungen (Antifeminismus, Antisemitismus, Homophobie, Islamismus, Linksextremismus, Rechtsextremismus, religiöser Fundamentalismus, Salafismus und „sogenannte Sekten") liegen nach Wahrnehmung der Teilnehmenden in den letzten fünf Jahren **„sogenannte Sekten"** mit summierten (intensiv/eher intensiv) 9,6% an letzter, **Salafismus** mit 36,4% an fünfter, **religiöser Fundamentalismus** mit 39,1% (gleichauf mit Antisemitismus) an vierter und **Islamismus** mit summierten 59,1% an erster Stelle.

**Berufliche Konfrontation mit Islamismus**

| | |
|---|---|
| Intensiv | 31,8% |
| Eher intensiv | 27,3% |
| Eher nicht intensiv | 22,7% |
| Nicht intensiv | 18,2% |
| N= | 22 |

**Berufliche Konfrontation mit religiösem Fundamentalismus**

| | |
|---|---|
| Intensiv | 4,3% |
| Eher intensiv | 34,8% |
| Eher nicht intensiv | 30,4% |
| Nicht intensiv | 30,4% |
| N= | 23 |

**Berufliche Konfrontation mit Salafismus**

| | |
|---|---|
| Intensiv | 9,1% |
| Eher intensiv | 27,3% |
| Eher nicht intensiv | 27,3% |
| Nicht intensiv | 36,4% |
| N= | 22 |

**Berufliche Konfrontation mit „sogenannte Sekten"**

| | |
|---|---|
| Intensiv | 4,8% |
| Eher intensiv | 4,8% |
| Eher nicht intensiv | 42,9% |
| Nicht intensiv | 47,6% |
| N= | 21 |

*„Denn gerade Religionen und Glaubensgemeinschaften, die praktische Ratschläge und Anforderungen an die Person im Alltagsleben und Orientierung geben (Gebote und Verbote) sind attraktiv, beschränken jedoch die Person in ihren Freiheitsrechten und wollen nicht hinterfragt werden. Kritik ist nicht zulässig!"*
**(Statement aus der Arbeitsgruppe)**

*„Die Jugend experimentiert in dieser (Lebens-)Phase oft und versucht den Selbstwert zu finden. Vorgelebt wird jedoch, dass Statussymbole zählen (Autos, Reisen, schnell reich werden…)."*
**(Statement aus der Arbeitsgruppe)**

### 4.4.1 Religiöser Extremismus - Fachbeitrag von Univ.-Prof. Dr. Karl Prenner

***Univ.-Prof. Dr. Karl Prenner*** erläutert die Ergebnisse der Arbeitsgruppe, die charakteristischen Merkmale verschiedener religiös-extremistischer Strömungen und hauptsächlichen Charakteristika des religiösen Extremismus. Dabei wird auch eine Unterteilung der verschiedenen islamistischen Strömungen vorgenommen, bevor in der Steiermark vorkommende „Sekten" anaylsiert werden.

#### Charakteristika

Insgesamt ist den Richtungen religiöser Extremismus und Fundamentalismus gemeinsam, dass **die Vielfalt von Religiosität, von Denkweisen und Welterklärungsmodellen abgelehnt** wird, denn es gibt diesbezüglich nur eine Sichtweise, eine Wahrheit und die ist die richtige, alle anderen sind falsch. Allerdings ist der Begriff Fundamentalismus vielschichtiger als jener des Extremismus. Damit werden aber nicht nur andere Denkrichtungen und Handlungsweisen innerhalb ein- und derselben Religion, sondern auch jene anderer Religionen der Unwahrheit, der a-Religiosität und der Häresie bezichtigt. Intoleranz und Drohmechanismen, Feindbilder und Diskriminierung prägen dieses Denken, das in der Folge dann auch zu Ausgrenzung und Gewaltanwendung (siehe Terrorismus) führen kann. Der Betreffende muss nicht nur im Diesseits (Krankheit, Naturkatastrophen usw.), sondern auch im Jenseits mit entsprechenden Sanktionen rechnen. Damit soll die alte Heilsordnung, die verlorengegangen ist, wiederhergestellt werden. Verbunden mit diesem ausschließlichen Wahrheitsanspruch ist durchwegs auch ein **apokalyptisches Denken**, daher die Aufforderung, sich solchem Gedankengut bzw. den durch sie vertretenen Gruppen, solange es noch Zeit ist, anzuschließen. Ausgelöst wird dieses Denken oft auch durch einen Verschwörungsglauben.

Religion bzw. Glaube wird hier auf weite Strecken zur Durchsetzung eigener Macht- und Geltungsansprüche instrumentalisiert. Ja man könnte auch sagen, dass **Eigeninteressen den göttlichen Willen überlagern**. Instrumentalisierung bedingt aber auch, dass **religiöser Extremismus immer eine politische Komponente hat**, die sich gegen die Moderne richtet, gegen die vielfältigen Säkularisierungsprozesse, gegen demokratische und rechtsstaatliche Verhältnisse, weil hier die göttlichen Gebote und nicht das staatliche demokratische Recht im Vordergrund stehen. Regelungen und Direktiven, die durch Menschen, sprich ein Parlament, gegeben werden, sind obsolet. Es gibt nur einen Gesetzgeber, und das ist Gott, wie es vor allem auch die verschiedenen Spielarten des Salafismus, aber auch der Islamismus vertreten. Dieses Denken ist von einem **dualistischen Weltbild**, von Schwarz-Weiß-Malerei und einem teilweise **negativen Frauenbild** geprägt. Religion wird hier zu einer Ideologie degradiert, die mit ihrer Heilsbotschaft nicht nur religiöse, sondern auch politische und gesellschaftliche Ziele verfolgt, nämlich die Errichtung einer religiösen Autokratie.

Grundsätzlich ist zwischen **Islamismus, Salafismus und Dschihadismus** zu unterscheiden, wobei es zwischen allen drei Begriffen auch Überschneidungen gibt.

#### Ad Islamismus

Unter Islamismus sind all jene extremistischen Strömungen zu verstehen, die den Islam nicht nur auf religiöser Ebene, sondern diesen vor allem als Grundlage zur Umsetzung von politischen Vorstellungen und Zielen – in den unterschiedlichsten Ausformungen – instrumentalisieren und in der Folge auf eine Islamisierung von Gesellschaft und Politik abzielen.[101]

> *„Hauptprobleme seien Unwissenheit zum Thema Islam und die allgemeine Ablehnung dieser Religion, dies wird durch die Politik und Medien kommuniziert und von der Bevölkerung rezipiert."*
> **(Statement aus der Arbeitsgruppe)**

Die Radikalisierung des Islam hängt eng mit dem Phänomen der Auseinandersetzung der islamischen Staaten mit dem Westen zusammen. Diese beginnt in der Kolonialzeit und dauert bis heute unvermindert an und verdichtet sich auch in der Frage nach der soziopolitischen und ökonomischen Identität der islamischen Länder. Ab den 1970er Jahren entstehen islamistisch geprägte Gruppierungen, die sich als politische Oppositionsbewegungen zu den herrschenden westlich ausgerichteten Eliten verstehen; Auslöser sind die sozio-politischen und ökonomischen Zustände, in denen sich die muslimischen Gesellschaften befinden (bis 50% Arbeitslose). Diese Oppositionsbewegungen sehen im Islam den „dritten Weg", neben Sozialismus und Kapitalismus, der sämtliche wirtschaftliche und soziale Probleme zu lösen vermag. „Der Islam ist die Lösung". Daher fordern sie die Abkehr von den westlichen Modellen und die

101 Schmidinger, Thomas/Larise, Dunja: Zwischen Gottesstaat und Demokratie.
Handbuch des politischen Islam. Wien. Deuticke. 2008. S. 31 f.

Hinwendung zur eigenen Tradition; konkret geht es um die Einführung der Scharia - als Teil der kosmischen Ordnung - in ihrer gesamten Ausprägung bis hin zum islamischen Strafrecht, um die Ausrichtung aller Lebensbereiche, sowohl der gesellschaftlichen wie auch der wirtschaftlichen und politischen nach dem Islam. Sämtliche Formen und Praktiken der muslimischen Volksreligiosität, Heiligenverehrung, Mystik und der Dschinnglaube werden vom Islamismus nicht nur als unislamisch abgelehnt, sondern weltweit bekämpft. Insgesamt stellt der Islamismus mit seiner betont religiös-politischen Ausrichtung eine sehr breite Bewegung dar, die von moderaten Kräften, die neben der Gültigkeit der Scharia durchaus auch westliche Staatsformen gelten lassen, bis zu gewaltbereiten (Anwendung des Dschihad) reicht (vgl. die Entwicklung der Muslimbruderschaft).

*„Der Islam ist eine Religion, die viel Orientierungsmuster anbietet."*
**(Statement aus der Arbeitsgruppe)**

Attraktivität und Anziehungskraft islamistischer Ideologien, insbesondere mit salafistisch- jihadistischer Prägung, werden auf nicht absehbare Zeit ungebrochen bleiben. Das religiös-politische Narrativ des „Kalifats" wird auch nach der militärischen Niederlage der IS-Organisation bzw. der Zerschlagung ihrer quasi-staatlichen Strukturen in Syrien und im Irak fortbestehen. Die dahinterstehenden Ideologeme bleiben organisationsunabhängig bestehen und werden auf die Denk- und Handlungsweisen radikalisierter Islamisten weiterhin einen nicht unerheblichen Einfluss ausüben.[102] Eine unglaubliche Sogwirkung entwickeln über YouTube verbreitete Videos, beispielsweise Tutorials über „religionskonformes Verhalten" oder radikale Musiktexte. In Graz kam es zur Verurteilung von zwei Rappern, die islamistische und antisemitische Inhalte produzierten und in der Folge aufgrund ihrer antisemitischen Hetze und der Verherrlichung von Straftaten zur Verantwortung gezogen wurden. [103]

Alle Abbildungen wurden bei der Extremismus-präventions stelle Steiermark gemeldet.

Im Mai 2021 wurden in der Grazer Innenstadt Hauswände und der Sockel der Mariensäule am Eisernen Tor mit einer Spraydose in arabischer Schrift („Allahu Akbar" - „Gott ist groß") beschmiert, das Landesamt für Verfassungsschutz (LVT) Steiermark konnte den Täter ausforschen.[104]

### Ad Dschihadismus

Seit den 1980er Jahren ist bei radikaleren islamistischen Gruppierungen eine Neuinterpretation bezüglich Dschihad festzustellen. Es sind dies jene Gruppierungen, die Afghanistan – mit Unterstützung Amerikas – von der sowjetischen Besatzungsmacht

102 Bundesministerium für Inneres: Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT), Verfassungsschutzbericht, Wien 2019, 18.
103 https://kurier.at/chronik/oesterreich/antijuedische-propaganda-rapper-in-graz-verurteilt/45.151.429 (abgerufen am 20.12.2021); https://www.falter.at/zeitung/20120403/wir-werden-gehasst (abgerufen am 20.12.2021); https://www.annenpost.at/2012/04/23/yasser-und-ozman-grazer-gangsta-rapper-im-interview/ (abgerufen am 20.12.2021).

104 https://kurier.at/chronik/oesterreich/allahu-akbar-terroralarm-nach-festnahme-von-sprayer-in-graz/401387076 (abgerufen am 10.01.2022); https://steiermark.orf.at/stories/3104609/ (abgerufen am 10.01.2022).

befreiten. Danach unterstützten diese Mudschahedin als hochmotivierte Kämpfer ihre Glaubensbrüder auf neuen Kriegsschauplätzen, in Bosnien, Kosovo, Tschetschenien, Kaschmir u.a. Diese bildeten die Vorkämpfer einer islamischen Revolution als deren Träger sich dann al-Qaida und ihre Abspaltungen in Irak und Syrien verstehen. Diese neue Dschihad-Ideologie verwischt nun die Grenzen zwischen Kriegsführung und gegen Zivilist:innen gerichtete Terrorakte. Nach den traditionellen Regeln der Scharia dürfen nur solche Personen getötet werden, die bei Kampfhandlungen teilnehmen; die Umdeutung des Dschihad erlaubt nun terroristische Aktionen, Mord an unschuldigen Zivilist:innen, ja sogar an eigenen Glaubensbrüdern werden gerechtfertigt; auch Selbstmordattentate, woraus sich ein ganzer Märtyrerkult entwickelt, sind eine weitere Neuerung (im Koran und Hadith verboten > Höllenstrafe). Man darf hierbei aber nicht übersehen, dass, wie al-Qaida betont, man mit diesem Terrorismus nur auf den „Terrorismus des Westens" in den islamischen Ländern antworte (Prinzip: Gleiches mit Gleichem vergelten). Denn Muslim:innen sehen sich weltweit als Opfer des Westens. Martyrium und Selbstmord werden bei dieser aktualisierten Dschihad-Interpretation nicht mehr auseinandergehalten. Dieses Gedankengut wirkt weiter bei der neuen Generation von al-Qaida-Kämpfer:innen mit ihrer endzeitlich-apokalyptischen Ausrichtung, die ihre Radikalität verschärften, im Maghreb, im Jemen, in Somalia, in Nigeria usw. Aber auch beim Islamischen Staat (IS), der in besonders radikaler Weise das islamische Recht auslegt und von der wahhabitischen Ausprägung des Islam beeinflusst ist. So gelten im Unterschied zur al-Qaida-Ideologie auch beim Islamischen Staat (IS) die Schiiten als Ungläubige, als Nicht-Muslim:innen, wodurch ihnen kein Existenzrecht zukommt. Insgesamt spielt hierbei das Internet eine entscheidende Rolle, nicht nur für das Anwerben von Gleichgesinnten, für Aufrufe zu individuellen Gewalt-(Dschihad-)Aktionen, sondern auch für Crashkurse, um sich paramilitärische Fähigkeiten anzueignen. Es handelt sich hierbei gleichsam um „virtuelle Terrorismusschulungen".

*„Man rede immer von „den Muslimen", als wäre dies eine einheitliche Gruppe. Nur der Raum, aus dem die Muslim:innen kommen, sei so groß, dass neben religiösen und kulturellen Unterschieden die Sippen eine große Rolle spielen."*
**(Statement aus der Arbeitsgruppe)**

## Ad Salafismus

Salafismus geht auf die erst im 20. Jahrhundert entstandene Bezeichnung ‚Salafiyya' zurück, die als „neue Leseart" der ursprünglichen Schreibweise gilt und somit eigentlich nicht – wie von ihren Anhängern oft dargestellt – den „wahren Islam" repräsentiert. Zur salafistischen Strömung zählen auch islamisch-puritanische Bewegungen (aus dem 17. Jahrhundert), **Wahabismus** (aus dem 18. Jahrhundert), Reformsalafismus' (um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert) und andere islamistische Ideologien die seit den 1920er Jahren entstanden sind. Die **Qadizadeli-Bewegung** war eine **puristische Reformbewegung** im 17. Jahrhundert, die nach „Reinheit im Glauben" strebte und den Verzicht auf Kaffee, Tabak, Wein, Singen, Tanzen und Musik predigte sowie den Besuch und die Verehrung von Heiligengräbern untersagte. Sie standen im Konflikt mit der damals vorherrschenden islamischen Strömung des Sufismus und suchten sich durch Hinwendung zur prophetischen Überlieferung und Interpretation des *Hadith* davon abzugrenzen. Die Hadithüberlieferungen sind von zweifelhafter Authentizität und bieten einen großen Interpretationsspielraum, der je nach zu Grunde liegender Absicht gedeutet werden kann. Mit Ausnahme des Kaffeegenusses gelten diese Kriterien auch heute noch als Hauptcharakteristika salafistischer Strömungen.[105]

Salafismus meint die Rückkehr zu den „frommen Vorfahren" (as-salaf), in die Zeit Muhammads und der vier rechtgeleiteten Kalifen, also Ausrichtung nach Koran und der prophetischen Überlieferung (Sunna/Hadith). Von der Neo-Salafiyya der Gegenwart ist die Alt-Salafiyya zu unterscheiden. Letztere war eine Reformbewegung, die wiederum zwei Richtungen erkennen lässt: einmal die puritanische Bewegung der Wahhabiten im 18. Jh. und zum andern eine modernistische Reformbewegung in der Zeit, als der islamischen Welt die Diskrepanz zwischen Europa und den islamischen Ländern bewusst wurde. Man hat weniger versucht, die Ursachen für das Zurückbleiben mit einer sozioökonomischen und gesellschaftspolitischen Analyse zu ergründen, sondern mit der Wiederherstellung der ursprünglichen Religion der as-salaf, von der man annahm, dass man abgewichen war. Das führte dazu, dass man die Meinung vertrat, dass sämtliche Errungenschaften des modernen Europa bereits im Koran enthalten sind. Durch die Rückkehr zu den as-salaf sollte der krisenhaften Entwicklung der muslimischen Gesellschaften ein Ende bereitet werden.

Die Neo-Salafiyya wiederum zeigt sich in verschiedenen Ausprägungen: neben dem politischen

105 https://www.bpb.de/izpb/272424/geschichte-einer-radikalisierung (abgerufen am 12.12.2021).

und dschihadistischen Salafismus gibt es auch eine Richtung, die eher unpolitisch agiert. Alles, was nach den as-salaf kommt, wird als Verfälschung des Islam angesehen, nicht nur die vier Rechtsschulen und die Meinungsvielfalt, sondern auch die Übernahme (Übersetzung aus dem Griechischen ins Arabische) und Weiterentwicklung (arabische Wissenschaften) des griechisch-hellenistischen Bildungsgutes im Islam. Teile des politischen Gedankengutes der Salafisten entsprechen weitgehend den Ideologien gewaltbereiter islamistischer Gruppen. Was aber hier besonders auffällt, ist die Politisierung religiöser Begriffe: Parlament und Demokratie verstoßen gegen die Einheit Gottes und sind somit als Götzendienst zu klassifizieren. Aber auch die Formen und Praktiken der muslimischen Volksreligiosität fallen unter Götzendienst. Nicht nur westliche Gesellschaften, sondern auch muslimische werden so zu ungläubigen Gesellschaften. Das Phänomen des „Für-Ungläubig-Erklären" (takfir) kennzeichnet nicht nur die **Takfiristen**, sondern auch sämtliche andere salafistische und dschihadistische Gruppierungen. Daher die Forderung sich loszusagen von privaten Kontakten und politischen Allianzen mit eigenen Glaubensbrüdern aber auch mit Nicht-Muslim:innen, den Ungläubigen. Gott ist die höchste Autorität (Gottesherrschaft) nicht nur in religiösen, sondern auch in politischen Dingen.

### Ad Frauen und der Islamismus

Frauen werden zunehmends in islamistischen Kreisen auch für die Ausführung ihrer Dschihad-Ideologie entdeckt, indem sie in der Folge ihre traditionelle passive Rolle verlassen und sich aktiv einsetzen, nicht nur für dschihadistische Propaganda und Anwerbung, sondern auch für Märtyrer:innenaktionen; sie werden aber auch aktiv als mitreisende Ehefrauen mit den Kindern, um ihre Ehemänner beim Dschihad-Einsatz zu unterstützen; auch die Funktion als Religionspolizei kann ihnen übertragen werden (vgl. IS).

Wie Samandi in ihrer Untersuchung „Die islamistische Frauenbewegung" gezeigt hat, müssen weibliche Emanzipation und Islamismus keine Gegensätze sein. Die islamistische Ideologie ist für diese Frauenbewegung eine Gelegenheit, ihre Präsenz in der Öffentlichkeit zu stärken – Symbol dafür ist der Hidschab. Es erfolgt daher ein Bruch mit den konservativen islamischen Strömungen, die die Frau aus der Öffentlichkeit verbannen wollen und ihre Rolle ausschließlich als Mutter und Ehefrau gelten lassen! Diese Frauen unterwerfen sich nicht der männlichen Konzeption des Islam, sondern fordern einen eigenen Status und eigene Rechte. Sie setzen sich im Wesentlichen aus einer gebildeten Elite zusammen, die auch über ein theologisches Wissen verfügt. Auch das Beispiel Saudi-Arabien, wo sämtliche Institutionen doppelt (Männer – Frauen) geführt werden müssen, zeigt, wie gebildete Frauen sich von der männlichen Dominanz immer mehr emanzipieren. Es wird hier eine neue islamische Kultur sichtbar, die von Rationalität geprägt ist, nämlich die Frau als Partnerin mit gesellschaftlicher und politischer Verantwortung. Anscheinend bilden die modernen Werte wie weibliche Emanzipation, Gleichheit der Geschlechter und wirtschaftliche Unabhängigkeit der Frau auch einen Teil ihrer islamistischen Identität, wobei aber ansonsten das westliche Modell abgelehnt wird.

### Ad Ursachen

Ausgangspunkt für extremistische und fundamentalistische Einstellungen sind oft eine **Reaktion auf gesellschaftliche Veränderungen, kulturelle Entwurzelung und auf soziale Entfremdung**, die Unsicherheit mit sich bringen. Natürlich finden Vertreter:innen einer extremen Sichtweise die Begründung für ihren elitären Wahrheitsanspruch in einer wörtlichen Interpretation der Glaubensquellen; jedwede Historisierung bzw. die Beachtung des Zeitkontextes, in dem diese Quellen entstanden sind, werden strikte abgelehnt. Somit können nicht nur Ausgrenzung und Diskriminierung bis hin zur Gewaltanwendung auch von den religiösen Quellen her begründet und gerechtfertigt werden. Gerade bei den weltweiten Migrationsbewegungen, aber auch bei islamistisch-salafistischen Strömungen kann gut beobachtet werden, wie ausschließlich das Religiöse als identitätsstiftender Faktor dient, wodurch Religion absolut gesetzt werden kann mit allen Negativfolgen (Fanatismus, Extremismus), die sich daraus ergeben: herkömmliche religiöse Traditionen, wie überhaupt die Vielfalt der Volksreligiosität, verlieren ihre ursprüngliche Einbettung in kulturell und gesellschaftlich homogene Gesellschaften. Durch den Verlust dieser kulturellen Identität wird Religion eigenständig und ist nicht mehr an die herrschende Kultur gebunden (vgl. Roy: „Dekulturation"). Damit wird die traditionelle Identität in Frage gestellt und die Menschen müssen sich neu orientieren, dies geschieht fast ausschließlich über die Religion, wobei hier deren äußere Aspekte – zur Abgrenzung - im Vordergrund stehen. Dieser individuelle Zugang zu Religion und religiöser Praxis bedingt allerdings eine Vielfalt an unterschiedlichen Sichtweisen bzw. Wahrheiten. Daher die Konflikte innerhalb der religiösen Communities. Allerdings gilt auch von den einzelnen Gruppierungen, dass sie unterschiedliche Sichtweisen und Wahrheiten vertreten, in ihrem Anspruch jedoch absolut sind und damit andere Meinungen ablehnen bzw. sogar bekämpfen.

Für extremistische Einstellungen ist auch die psychische Verfasstheit der:des Einzelnen, der familiäre, aber auch gesellschaftliche, politische und soziale Kontext,

in dem diese:r lebt ausschlaggebend, aber auch Bildungsdefizite: ist sie:er integriert oder wird sie:er abgelehnt und ausgegrenzt. Ausgrenzung hat allerdings vielerlei Ursachen, sie kann auf keinen Fall monokausal erklärt werden. Vertreter:innen fundamentalistischer Gruppierungen finden oft bei jenen, die nach Orientierung, Sinn und Identität suchen, offene Ohren. Das psycho-soziale Grundmuster in den biographischen Entwicklungen zeigt, dass durch Gruppenzugehörigkeit das Selbstwertgefühl der:des Einzelnen aufgewertet wird, weil sie:er durch ihre:seine Eingliederung ernst genommen wird und ihr:ihm Aufgaben zugeteilt werden, wodurch ihre:seine Identität gestärkt wird.

### 4.4.2 Präventionsempfehlungen gegen religiösen Extremismus

Die **Deutungshoheit über die jeweilige Religion** darf nicht ausschließlich den extremistischen Gruppierungen überlassen werden, die dies zu ihrem Vorteil nutzen. Wünschenswert ist eine breite öffentliche Wahrnehmbarkeit von alternativen Auslegungen der Glaubensrichtung von gemäßigten Prediger:innen. Nach *Fischer/Pfundmaier*[106] muss im Hinblick auf die islamische Gemeinde die gesellschaftliche Akzeptanz zur Ausübung eines gemäßigten Islam gefördert werden. Um dies effektiv umsetzen zu können, sollte die Politik die Gesellschaft und die Wissenschaft gleichermaßen einbeziehen und sich um eine funktionierende Zusammenarbeit bemühen.

Pauschalierungen und Wertungen gesamter Bevölkerungsgruppen („Muslim:innen") sind dabei zu vermeiden. In einem breiten medialen sowie politischen Diskurs ist genauer zu differenzieren, um der Replikation von ungerechten Vorurteilen und **pauschalen Verallgemeinerungen entgegenzuwirken**.

Der Aufbau eines **interkulturellen Dialoges** kann – wie von *Univ.-Prof. Helmut Konrad* empfohlen – mit Kleinarbeit im Rahmen von gemeinsamen religiösen und kulturellen Feiern und wechselseitigem Kennenlernen begonnen werden, um dann zu einem erfolgreichen kulturellen Austausch zu führen und als Quelle des sozialen Zusammenhaltes und des kulturellen Reichtums einer vielfältigen Bevölkerungsschicht zur Verfügung zu stehen.

Empfehlenswert sind zielgruppensensible Bildungsangebote und Workshops, in denen Teilnehmer:innen selbst aktiv werden und ihr eigenes Vorwissen einbringen können. Dazu eignen sich Angebote zum **Trialog der drei großen abrahamitischen Religionen**, aber auch Dialogangebote zwischen Jüd:innen und Christ:innen sowie zwischen Muslim:innen und Christ:innen. Um einen jüdisch-muslimischen Dialog anzuregen, wäre es wünschenswert die **universitäre Lehrstelle wieder zu besetzen** und gerade in diesem Bereich bestehenden Vorurteilen entgegenarbeiten zu können.

Ein wesentlicher **Bildungsschwerpunkt** sollte auf den Unterricht in Politik, Ethik und Gesellschaftskunde gelegt werden, da die Aneignung von systematischen Diskussionen und Debatten und im Zuge dessen das Ausformulieren von Kritik, Argumenten und Gewichtungen das autonome Denkvermögen und somit die Resilienz gegen eine unreflektierte Vereinnahmung durch extremistisches Gedankengut ausbildet.[107]

Die Sensibilisierungsarbeit für Mitarbeiter:innen der **Polizei** muss bereits in der fachspezifischen Grundausbildung erfolgen. Eine Zusammenarbeit zwischen Polizei und der Zivilbevölkerung ist hilfreich, um dort wo die Anzeigenbereitschaft gering ist, (potentiellen) Opfern dennoch Hilfe anbieten zu können (Gewalt gegenüber Frauen/Homosexuellen/Minderheiten). Es gilt bestehende Ängste abzubauen und das Nutzen von Hilfsangeboten anzuregen.

Um einem Radikalisierungsprozess wirksam entgegentreten zu können empfehlen die *Vereinten Nationen*, **Resozialisierungsprogramme in Haftanstalten geschlechtersensibel** zu gestalten und jeweils auf das länder- und gesellschaftsspezifische Umfeld, in das der Gefangene später entlassen wird, anzupassen.[108]

Der Aufbau von Vertrauen in **Justizanstalten** ist ein komplexer Vorgang, da auf beiden Seiten (Bedienstete und Insass:innen) die zu große Nähe wiederum zur Ausgrenzung innerhalb der Bediensteten oder unter den Insass:innen führt. Idealerweise müsste es gelingen, eine Beziehungsebene zu den Insass:innen aufzubauen, die vollkommen professionell und frei von Zweifeln

106 Vgl. Fischer/Pfundmaier, Die Psychologie der terroristischen Radikalisierung: Wie sich Menschen radikalisieren und Prävention gestaltet werden kann, https://econtent.hogrefe.com/doi/10.1026/0033-3042/a000440 (abgerufen am 15.01.2022).

107 Vgl. Vorschlag als Prävention gegen religiösen Extremismus („Wider den blinden Flecken der Gesellschaft" nach Ahmad Mansour, Generation Allah, Warum wir im Kampf gegen religiösen Extremismus umdenken müssen, Frankfurt am Main 2015, 250f.

108 Vereinte Nationen, Handbuch über den Umgang mit gewaltbereiten extremistischen Gefangenen und die Prävention der Radikalisierung zur Gewaltbereitschaft in Haftanstalten, New York 2018, 154, https://www.unodc.org/pdf/criminal_justice/Handbook-on-VEPs-GE.pdf (abgerufen am 20.01.2022).

ist. Auf Seite der Insass:innen wird der Beziehungsaufbau als herausfordernd erlebt, da sie unter starker Beobachtung der Bediensteten und von anderen Insass:innen stehen. In diesem komplexen Umfeld benötigt es daher eine tragfähige Beziehung, um den Bediensteten die Erfüllung aller Aufgaben zu ermöglichen und trotzdem eine dem Berufsbild entsprechende Beziehung zu Insass:innen zu pflegen. Das **intelligente gegenseitige Vertrauen** führt zu einem zuverlässigen Miteinander, ohne dem es mittelfristig jedenfalls zu einer wenig produktiven Distanz kommt, die den wechselseitigen Umgang stark belastet.

### 4.4.3 „Sekten“ – Fachbeitrag von Univ.-Prof. Dr. Krl Prenner

In den Arbeitsgruppen unter Leitung von ***Univ.-Prof. Dr. Karl Prenner*** wurden auch auf „Sekten“ in der Steiermark hingewiesen, die demnach ebenso einen Teil des Extremismuspräventionsberichtes bilden und von *Univ.-Prof. Karl Prenner* erläutert werden sowie im Anschluss spezielle Empfehlungen zum Gegensteuern getroffen werden.

Es handelt sich um Phänomene, die man generell der Esoterik bzw. verwandten oder ähnlichen Phänomenen zuordnen kann, weil hier ein holistisches Weltbild vertreten wird, das Welt, Kosmos und Mensch als eine untrennbare Einheit sieht, die miteinander in wechselseitiger Beziehung stehen. Die das Universum durchdringenden Energien, Frequenzen und Schwingungen liefern Informationen, die untereinander kommunizieren und sich dadurch gegenseitig beeinflussen. In diese universale Vernetzung ist auch der Mensch eingebunden. Alles, was geschieht hat seinen Sinn und entspringt nicht dem Zufall, dient vielmehr der Weiterentwicklung des Menschen, um einen „höheren Zustand“ zu erreichen.

*„Hier helfen nur Einzelgespräche mit den Betroffenen, die Vertrauen haben müssen – dies gelinge jedoch nur im Rahmen der jahrelangen Zusammenarbeit!“*
**(Statement aus der Arbeitsgruppe)**

#### „Neue Germanische Medizin“

Die „Neue Medizin“ wurde 1981 von Dr. med. mag. theol. Ryke Geerd Hamer begründet. Sie geht davon aus, dass jeder Krankheit eine seelische Ursache zugrunde liege. Nicht herkömmliche Therapien bewirken eine Heilung, diese trete erst dann ein, wenn der seelische „Konflikt“ gelöst werde, der die Störung verursacht habe.

Deshalb wird eine körperliche Behandlung wie Krebstherapien, insbesondere Chemotherapien grundsätzlich abgelehnt und die Existenz von Viren geleugnet. Zum Beispiel vermutet Hamer hinter der Kritik und Strafverfolgung seiner Methoden eine jüdische Verschwörung. Auch heutzutage ist die Szene der „Neuen Germanischen Medizin“ anfällig für Verschwörungserzählungen. *Helmut Pilhar* schreibt auf seiner Website zum Thema Coronavirus: „Wenn man mit etwas offenen Augen durch die Welt geht, erkennt man an diesem Corona-Hype sehr gut die Handschrift des Deep State mit seinem Ziel, die Eineweltregierung zu installieren.“[109] Gerade die Pandemie-Zeit brachte ein neues Revival der Lehren der „Neuen Germanischen Medizin“, die, wie der LOGO.Eso Bericht 2017 konstatierte, schon damals eine treue Anhängerschaft in der Steiermark verbuchte und dem „Staatenbuch Östereich“ 2017 beitrat.[110]

QAnon-Aufkleber: „Das große Erwachen!“[111]

#### QAnon

Die QAnon-Bewegung findet ihren Ursprung in den USA, kann aber mittlerweile in 70 Ländern ihre Botschaften verbreiten. QAnon-Aktivist:innen sind ein fixer Bestandteil der Querdenker:innenszene geworden und regelmäßig auf Corona-Demonstrationen vertreten.[112] Die Pandemie sei eine Verschwörung von Pädophilen, die darauf abziele Menschen durch die Impfung und/oder über das 5-G-Netz zu kontrollieren. Da die QAnon-Anhänger:innen ihren Anführer

109 https://www.weltanschauungsfragen.de/informationen/informationen-a-z/informationen-g/neue-germanische-medizin/ (abgerufen am 03.02.2022).
110 LOGO.Eso Bericht 2017, https://www.logo.at/media/downloads/leb_be_esobericht_2017.pdf (abgerufen am 03.03.2022).
111 https://www.meinbezirk.at/weiz/c-regionauten-community/corona-und-die-querdenker_a4348601 (abgerufen am 15.12.2021).
112 https://www.derstandard.at/story/2000121239283/qanon-und-comit-dem-virus-verbreitet-sich-die-verschwoerung (abgerufen am 14.12.2021).

einem Propheten gleichstellen, werden sie immer wieder als religiöse Bewegung eingestuft: sie verbreiten „Heilsbotschaften“ und unter diesem Vorwand auch antisemitische Verschwörungserzählungen und erwarten einen „kosmischen Endkampf zwischen Gut und Böse“.[113] *Mag.ª Lauppert-Scholz MA* sieht in der QAnon-Bewegung die klassische **Ritualmordlüge**, die nun eine fast 1.000-jährige unrühmliche Kontinuität aufweist, wieder aufgegriffen und zelebriert. Aufgrund ihrer pädophilen und gewalttätigen Verschwörungsinhalte ordnet die *Bundesstelle für Sektenfragen* die QAnon-Bewegung als Untergruppe der satanistischen deep-state-story-Bewegung ein.

### Anastasia-Bewegung

Mittlerweile ist die **Anastasia-Bewegung** auch in Österreich angekommen, deren Anhänger:innen sich auf die Romanfigur Anastasia aus einer zehnteiligen Buchreihe des russischen Autors Wladimir Megre berufen. In diesen Büchern erzählt Megre die Geschichte von einer scheinbaren Lichtgestalt ‚Anastasia‘ und ihren Interaktionen mit dem Autor, die von antisemitischen Weltverschwörungserzählungen und antisemitischen Stereotypen, sexistischen Einstellungen, antidemokratischem Gedankengut und den eigenen Vorstellungen des Autors über Erziehung und Landwirtschaft durchzogen sind. Beispielsweise soll es eine Kaste von mit Jüd:innen verbundenen Priester:innen geben, die sich gegen die Menschen verschworen hätten und diese ausbeuten würden.[114]

Megres Aufruf, ein autarkes Leben auf einem Familienlandsitz zu führen und sich wie in seinen Büchern beschrieben von der Gesellschaft abzuwenden stellt in Kombination mit der menschenfeindlichen Einstellung ein hohes Anschlusspotential dieser Gruppe für rechtsextremes, esoterisches oder völkisches Gedankengut dar. Schulterschlüsse zwischen Anastasia-Anhänger:innen, Rechtsextremist:innen und Reichsbürger:innen finden und fanden bereits vermehrt in Deutschland statt, wo es bereits rund 800 Anhänger:innen geben soll, die eine „völkische, braune Ideologie“ leben. Wenig verwunderlich ist in diesem Zusammenhang, dass es in der österreichischen Szene Überschneidungen mit Staatsverweiger:innen geben soll.[115] Die österreichische Anhängerschaft in Tirol, Kärnten und Oberösterreich steht unter Beobachtung des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT).[116]

> *„Auch ein Zulauf bei den Freikirchen sei bemerkbar, gerade aus dem außereuropäischen Raum – denn die Corona-Krise lässt viele verzweifeln und Halt in der Gesellschaft suchen.“*
> **(Statement aus der Arbeitsgruppe)**

In der Steiermark ist die Anastasia-Bewegung derzeit noch klein und als wenig aktiv einzuschätzen. Diejenigen Höfe/Landsitze in der Steiermark, die sich in irgendeiner Art und Weise auf Anastasia beziehen, sind meist sehr schwer festzustellen, da diese zum Großteil in der Öffentlichkeit nicht als Anhänger:innen von Anastasia auftreten und somit in der Folge auch nicht als gefährlich eingeschätzt werden. Es besteht die Gefahr, dass Personen aus den Kreisen der Anti-Corona-Maßnahmen, des esoterischen Milieus, aus den Überresten der früheren Reichsbürger:innen sowie aus dem rechtsextremen Spektrum vermehrt zur Gründung solcher Anastasia-Familienlandsitze aufrufen. Zusätzlich kann die steigende Zahl des häuslichen Unterrichts auch eine steigende Zahl der Anastasia-Erziehungsansätze nach Megre bzw. Schetinin bedeuten.[117]

### Ad Okkultismus

**Okkultismus** — **lat. occultus, verborgen**[118]

Das Wort „Okkultismus“ kommt aus dem Lateinischen und heißt so viel wie „verborgen, geheim“. Der Begriff meint eine Sammelbezeichnung für alle „übersinnlichen“ und „übernatürlichen“ Kräfte und Phänomene und den damit verbundenen Lehren und Praktiken. Es handelt sich um Erscheinungen in der

113 https://www.deutschlandfunk.de/verschwoerungsmythen-die-bewegung-qanon-wird-zur-religion-100.html (abgerufen am 14.12.2021).
114 Für eine detailliertere Einordnung der Ideologie und der Inhalte der Bücher Megres siehe:
Vgl. Gruber Jakob, Von ‚kodierten Juden‘ und ‚natürlicher Familie‘. Ideologien der Ungleichheit bei der Anastasia-Bewegung, Diplomarbeit an der Karl-Franzens Universität Graz, 2021, https://unipub.uni-graz.at/obvugrhs/download/pdf/6286461?originalFilename=true (abgerufen am 14.01.2022).

115 Bundesstelle für Sektenfragen, Tätigkeitsbericht 2019 an das Bundesministerium für Arbeit, Familie und Jugend, Wien 2019, 71, https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Mrp/MRP_20200923_31/004_001.pdf (abgerufen am 05.12.2021).
116 https://www.derstandard.at/story/2000107378947/anastasia-siedlungen-vermeintliche-oekoparadiese-mit-rechtem-einschlag (abgerufen am 02.12.2021).
117 Vgl. Gruber Jakob, Von ‚kodierten Juden‘ und ‚natürlicher Familie‘. Ideologien der Ungleichheit bei der Anastasia-Bewegung, Diplomarbeit an der Karl-Franzens Universität Graz, 2021, https://unipub.uni-graz.at/obvugrhs/download/pdf/6286461?originalFilename=true (abgerufen am 14.01.2022).
118 https://de.langenscheidt.com/deutsch-latein/search?term=occultus&q_cat=%2Fdeutsch-latein%2F (abgerufen am 20.12.2021).

Natur und im Seelenleben des Menschen, die von den etablierten (Natur-)Wissenschaften nicht geklärt werden können. Sachlich stimmt Okkultismus mit dem Gegenstandsbereich der Parapsychologie überein. Umgangssprachlich heißen okkult vor allem paranormale Phänomene, die, wenn es um Verfluchen oder Schadenzufügen geht, nicht unbedingt dämonischen Ursprungs sein müssen. Okkultist:innen sind davon überzeugt, dass es eine belebte „geistige“ Welt neben unserer „normalen“ Welt gibt, mit der sie in Kontakt treten können, um die dort vorhandenen Kräfte für sich und ihre Interessen zu nutzen, um zu beeinflussen bzw. sich vor ihnen zu schützen. Zum Begriffsfeld gehören auch Ausdrücke wie New Age, Esoterik und Magie, die nur schwer voneinander abgegrenzt werden können. Fließende Grenzen zu Religion und Esoterik ergeben sich dadurch, dass der Okkultismus nicht nur aus Praktiken besteht, sondern dass er auch weltanschaulich-theoretische Elemente enthält. Okkulte Praktiken bei Jugendlichen (Gläserrücken, Pendeln u.a.) prägen den „Jugendokkultismus“.

*Ad Wicca*

**wicca** **keltisch-gälisch wiccein, machen, verändern**

Ein Sammelbegriff für Anhänger:innen einer ritualorientierten Mysterienreligion mit neuheidnischen, vorchristlichen und außereuropäischen Religionsinhalten. Der Terminus wird im Deutschen meist als „Hexe“ wiedergegeben. Im Mittelpunkt steht die Verehrung der „Großen Göttin“ in ihren drei verschiedenen Gestalten: als Jungfrau, Mutter und alte Weise. Ihr ist als Partner der gehörnte (ist nicht gleich der Teufel), Fruchtbarkeit bringende Gott zur Seite gegeben. Im Ritual werden Göttin und Gott jeweils durch eine Priesterin und einen Priester vertreten. Die Natur besteht aus göttlichen Kräften (bzw. ist das Göttliche), mit denen man sich im Ritual zu magischen Zwecken verbindet. Sonnen- und Vollmondfeste u.a. werden an Kultstätten in der Natur gefeiert. Im Laufe der Zeit hat sich eine Vielzahl von Wicca-Traditionen mit unterschiedlichen Lehren und Praktiken herausgebildet.

*„Bemerkbar ist in der Sektenszene eine okkulte Haltung und Beschwörung von Hexen.“*
**(Statement aus der Arbeitsgruppe)**

### 4.4.4 Präventionsempfehlung gegen „Sekten“

Wie bereits in vorangegangenen Empfehlungen des Extremismuspräventionsberichtes, wird auch hier empfohlen, gerade jenen Personen wertschätzend zu begegnen, die sich am **Rand der Gesellschaft** wahrnehmen. Um sie mit ihren Bedürfnissen, Sorgen und Ängsten nicht allein zu lassen und sie nicht in die (Selbst-)Isolation zu drängen, ist der Ausbau von geeigneten Anlauf- und Ansprechstellen sowie eine Vernetzung der Institutionen für ein erfolgreiches Abfangen und Gegensteuern notwendig.
Um auch Betroffenen und Angehörigen von Personen, die sich bereits im Kreis einer „Sekte“ befinden, weiterhin eine professionelle Anlaufstelle bieten und eine Ist-Standsanalyse für die Steiermark gewährleisten zu können, ist das Weiterbestehen der Sektenberatungsstelle Österreich von großer Bedeutung.

# 5. Radikalisierungspotential in der Corona-Pandemie

Aufgrund der gespaltenen Meinungen über die viel diskutierte Impfpflicht[119] und zu weiteren Corona-Maßnahmen bzw. den Corona-Maßnahmen-Protesten werden die Beobachtungen des Netzwerks[120] zu den Mobilisierungstaktiken von extremistischen Gruppierungen und zur emotional aufgeladenen Situation im Winter 2021/2022 erörtert und eine Empfehlung zur friedlichen Entladung ausgesprochen:

Ein großer Teil der österreichischen Bevölkerung nahm in regelmäßigen Abständen vom verfassungsmäßig verankerten Recht der Versammlungsfreiheit (Art. 12 StGG; Art. 11 EMRK) gebrauch und beteiligte sich aus den unterschiedlichsten Gründen an den Demonstrationen gegen die von der Regierung gesetzten Maßnahmen zur Bekämpfung der immer noch vorherrschenden Corona-Pandemie. Auch in der Steiermark waren bereits bis zu 30.000 Demonstrant:innen[121] unterwegs, von denen die überwiegende Mehrheit an einer friedlichen Protestaktion festhielt. Es gab vereinzelte Festnahmen aufgrund von Verstößen gegen das Verbotsgesetz und einzelne Gewaltausschreitungen.[122]

*„Es ist jedenfalls wichtig, nicht vorschnell andere Ansichten und andere Haltungen zu werten, sondern diese zu hinterfragen. Mit Menschen, die eine andere Meinung vertreten, in Diskussion zu gehen. Sich nicht abwenden, Position bewahren, Diskussion ermöglichen."*
**(Statement aus der Umfrage)**

Die *Forschungswerkstatt Corona-Proteste* ortet unter den Teilnehmenden im Juli 2021 einen höheren Frauenanteil mit gesamtgesellschaftlich überdurchschnittlichem Bildungsniveau, was diese auf die individuelle akute Betroffenheit durch die Corona-Maßnahmen zurückführt.[123] Ein überwiegender Teil der Protestierenden nahm erstmals vom Demonstrationsrecht gebrauch und zwei Drittel der Befragten haben sich bis zum Juli 2021 maximal fünf Mal an Corona-Demonstrationen beteiligt. Die Protestteilnehmenden weisen im Gegensatz zur österreichischen Gesamtbevölkerung eine leicht erhöhte Wahlbeteiligung an den letzten österreichischen Nationalratswahlen auf, wobei ein Drittel die FPÖ gewählt hatte und jeweils Wähler:innen der Grünen und der ÖVP vertreten waren.[124]

Vor allem die Impfproblematik und die Diskussion über die Einführung der gesetzlichen Impfpflicht polarisiert. Zwischen dem geimpften und dem ungeimpften Teil der Bevölkerung schien sich eine große Kluft aufzutun und es wurde kaum ein Versuch unternommen, hier wieder einen Diskurs zu ermöglichen, obwohl bekannt war, dass eine Verschärfung der Maßnahmen auch eine Verschärfung der Proteste zur Folge hat.[125]

*„Das Eintreten für politische Themen und Anliegen sei das Gebot der Stunde, nicht das Eintreten für politische Parteien. Man erkenne dies gerade gut in der Formierung von Bewegungen wie Fridays for future, Black lives matters, Corona-Demos, bei denen Omas und Enkel demonstrieren gehen und sich noch nie so einig waren – ein gutes Gefühl haben, für etwas oder gegen etwas einzutreten."*
**(Statement aus der Arbeitsgruppe)**

Zu Beginn der Pandemie zogen Regierung und Opposition an einem Strang und die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie wurden von einem Großteil der Bevölkerung gut mitgetragen. Die Kontaktbeschränkungen bewirkten einen Rückzug von Anlaufstellen, Vereinen und persönlichen Beratungsstellen, das dabei entstandene Vakuum konnten extremistische Gruppierungen für sich nutzen. Menschen, die sich mit ihren Sorgen, Ängsten, Frust und ihrer

119 https://www.sozialministerium.at/Corona-Schutzimpfung/Impfpflicht.html (abgerufen am 21.03.2022); Bundesgesetz über die Pflicht zur Impfung gegen COVID-19 (COVID-19-Impfpflichtgesetz – COVID-19-IG) idgF BGBl I 4/2022.
120 insbesondere unter Mitwirkung von **Beteiligung.st, Doku Service Steiermark**, **_Erinnern.at_, ETC Graz, Friedensbüro Granatapfel**, **Männerberatung Graz** und **SPUNK**.
121 https://www.derstandard.at/story/2000131489704/zehntausende-protestieren-in-oesterreichs-staedten-gegen-die-impfpflicht (abgerufen am 16.12.2021).
122 https://steiermark.orf.at/stories/3134126/ (abgerufen am 16.12.2021).
123 Forschungswerkstatt Corona-Proteste, Corona-Protest-Report, Wien 2021, 21, https://osf.io/preprints/socarxiv/25qb3/ (abgerufen am 14.12.2021).
124 Forschungswerkstatt Corona-Proteste, Corona-Protest-Report, Wien 2021, 21, https://osf.io/preprints/socarxiv/25qb3/ (abgerufen am 14.12.2021).
125 Vgl. deutsche Innenministerin aus Sachsen-Anhalt, Tamara Zieschang in https://www.tagesschau.de/inland/impfpflicht-debatte-radikalisierung-101.html (abgerufen am 14.12.2021).

Kritik alleingelassen fühlen, können für extremistisches Gedankengut empfänglicher sein. Dass die österreichische Regierung Maßnahmenkritiker:innen und Maßnahmenverweiger:innen als „Lebensgefährder:innen" abtat, habe in diesem Zusammenhang negative Folgen entwickelt[126]. Die Situation spitzte sich auf einen kritischen Zeitpunkt zu, an dem eine professionelle Reaktion auf diese Szene erforderlich war, äußert sich *Peter R. Neumann.*[127] Auch der Leiter der Direktion für Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN) Omar Haijawi-Pirchner ortete in den Corona-Protesten ein enormes Bedrohungspotential für die innere Sicherheit Österreichs.[128]

## 5.1 Proteste in der Steiermark

*Dirk Müller* und *David Fuchs* vom *Doku Service Steiermark* berichten, dass in der Steiermark seit Beginn der Demonstrationen im Mai 2020 Rassismus, Antisemitismus und Demokratiefeindlichkeit zu beobachten ist. Die steirische Corona-Protestszene entwickelte sich einerseits durch zahlreiche Teilnehmende, darunter auch Sprecher:innen und Moderator:innen sowie andererseits durch Organisationsarbeiten zu einem festen Bestandteil der großen Corona-Demonstrationen in Wien.

In der Steiermark verzeichnete die *Männerberatung*[129] im Raum Graz, in der gesamten Steiermark und im Südburgenland seit der medialen Impfpflichtdiskussion einen Anstieg von Anrufer:innen. Im Jahr 2021 haben 1.190 Klient:innen Kontakt aufgenommen, dazu kommen 280 Personen, deren Betreuung aus dem Jahr 2020 fortgesetzt wurde. In rund 25% der Fälle stand bei Anrufer:innen die Corona-Thematik im Fokus. Betroffene lehnen die Corona-Impfung bewusst ab und gerieten – entgegen der Empfehlung des Europarates[130] – politisch, sozial, rechtlich und gesamtgesellschaftlich unter Druck. Individuelle Ängste und akute Krisen werden durch negative Zukunftsperspektiven verschärft und trafen mit erlebten Ausgrenzungserfahrungen zusammen.

*„An die Männerberatungsstelle wenden sich vermehrt Akademiker, die an sich keine radikalen politischen Positionen vertreten, sich nun aber zunehmend radikalisieren. Sie lehnen eine Impfung bzw. eine Impfpflicht aufgrund von Ängsten vor Gesundheitsschäden oder aufgrund der Zwangsmaßnahmen ab."*
**Wolfgang Obendrauf (Männerberatungsstelle)**

Eine ähnliche Wahrnehmung hat der Verein SPUNK: In extremistischen Kreisen wird die durch Corona in der Bevölkerung entstandene Angst und Verunsicherung gezielt genutzt und bewusst mit dieser Angst gespielt, um vermehrt Personen für rechte Themenkreise zu mobilisieren.

*„Die Gewaltbereitschaft steigt, die Szene radikalisiert sich massiv, da Krisen einen idealen Nährboden für Extremismus bieten. Der deutsche Verfassungsschutz führte Coronaleugner:innen bereits 2020 als neue Extremismusform."*
**Alex Mikusch (SPUNK)**

126 Vgl. Politikwissenschafter Reinfrank in derStandard, https://www.derstandard.at/story/2000131828278/wie-sich-der-corona-widerstand-in-der-gewaltspirale-radikalisiert (abgerufen am 14.12.2021).
127 https://www.falter.at/video/Ebv6t6Js9KY/florian-klenk-uber-die-radikalisierung-der-anti-corona-demonstranten/PLDEF9F823EE37271C?ref=homepage (abgerufen am 14.12.2021).
128 https://www.derstandard.at/story/2000131828278/wie-sich-der-corona-widerstand-in-der-gewaltspirale-radikalisiert (abgerufen am 14.12.2021).
129 Verein für Männer- und Geschlechterthemen Graz, Steiermark und Südburgenland, Statistik 2021, https://www.vmg-steiermark.at/de (abgerufen am 16.12.2021).
130 Europarat, Entschließung 2361 zu Covid-19-Impfstoffen 24.02.2021, Rz 7.3., https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/A/A_01366/fnameorig_887262.html (abgerufen am 16.12.2021).

## 5.2 Verschwörungsideologie als „Einstiegsdroge“ in den Radikalisierungsprozess[131]

Verschwörungserzählungen sind kein neuartiges Phänomen, bedrohlich wirkende Ereignisse werden durch die Zuschreibung eine:r Initiator:in fassbar und erklärbar.[132] Beispielsweise soll die Spanische Grippe von deutschen Soldat:innen ausgelöst worden sein, indem sie Konservendosen mit dem Erreger infiziert hätten.[133] Über das Ebola-Virus wurde spekuliert, es sei eine Biowaffe und zur Reduzierung der Weltbevölkerung gedacht,[134] während AIDS eine biologische Waffe der USA sein soll.[135] Bei der Ausbreitung des Zika-Virus im Jahr 2016 zählte sich jede:r fünfte Amerikaner:in als Verschwörungsgläubige:r eines Mythos über die Ausbreitung dieser Virusvariante.[136] Vor diesem Hintergrund ist es kaum verwunderlich, dass sich auch über die Entstehung des Covid-19-Virus und dessen Ausbreitung und über die unterschiedlichen Impfstoffe unzählige Verschwörungsmythen ranken. Neu ist aber die Schnelligkeit, mit der diese Geschichten über die sozialen Netzwerke weiterverbreitet werden und die damit einhergehende große Anzahl an potenziell erreichbaren Menschen. Hinzu kommt, dass Angehörige radikaler Gruppierungen, die wöchentlich – gemeinsam mit einer Vielzahl mit (noch) nicht radikalisierten – demonstriert, sich schneller radikalisiere als andere Gruppen zuvor.[137] Bei der *Beratungsstelle Extremismus (bOJA)* in Wien war im Zeitraum von Dezember 2020 bis September 2021 bei einem Viertel der telefonischen Beratungsgespräche ein Bezug zu Verschwörungserzählungen feststellbar.[138]

Gemeldet bei der Extremismuspräventionsstelle Steiermark.

Verschwörungsgeschichten bieten eine Erklärung und bisher öffentlich und medial kaum wahrgenommenen Personen die Möglichkeit, Aufmerksamkeit zu erregen und zu ihren Themen Stellung zu beziehen sowie gesehen und gehört zu werden.[139] Diese Geschichten werden unabhängig vom Bildungsgrad aufgenommen. Das verbindende Element dabei ist die Behauptung, gegen ein diktatorisches System anzukämpfen, weshalb sie in die Nähe der Szene von Staatsverweiger:innen rücken.[140]

*Andre Wolf*[141] schildert einen möglichen Radikalisierungsverlauf anhand eines fünfstufigen Modells. In der ersten Phase werden falsche Informationen und Kettenbriefe mit unwahren Behauptungen, auch wenn man bereits auf der Suche nach alternativen Erklärungen ist, noch als solche erkannt. Der Umstieg auf „alternative Informationen“ und „alternative Informationsnetzwerke“ erfolgt in der zweiten Stufe, in Stufe drei werden die dort gezogenen Informationen zu Mythen verwoben und bestehende Erklärungsmodelle mit jenen der „alternativen Medien“ ersetzt. Es wird gerade darauf abgezielt, Menschen in einer aktuellen Krise fehlzuleiten und bestehende Systeme zu destabilisieren. Eine Radikalisierung

131 Vgl. https://www.tagesspiegel.de/politik/verschwoerungstheorien-propaganda-chaos-wie-rechtsextreme-in-der-coronakrise-zuendeln/25686934.html (abgerufen am 14.12.2021).
132 Vgl. https://www.derstandard.at/story/2000116739337/krude-corona-ideen-verschwoerungstheorien-sollen-sicherheit-schaffen (abgerufen am 19.12.2021).
133 Vgl. https://www.moz.de/nachrichten/kultur/medizingeschichte-corona-und-die-spanische-grippe-49372718.htm (abgerufen am 19.12.2021).
134 Vgl. https://www.nytimes.com/2014/10/19/sunday-review/the-ebola-conspiracy-theories.html (zuletzt abgerufen am 19.11.2020).
135 Vgl. https://www.derstandard.at/story/2000131828278/wie-sich-der-corona-widerstand-in-der-gewaltspirale-radikalisiert (abgerufen am 14.12.2021).
136 Vgl. https://www.nature.com/articles/s41599-019-0243-8 (abgerufen am 19.11.2020).
137 Vgl. https://www.falter.at/video/Ebv6t6Js9KY/florian-klenk-uber-die-radikalisierung-der-anti-corona-demonstranten/PLDEF9F823EE37271C?ref=homepage (abgerufen am 14.12.2021).
138 Vgl. Beratungsstelle Extremismus, Bundesweites Netzwerk Offene Jugendarbeit (bOJA), https://www.beratungsstelleextremismus.at/wp-content/uploads/2021/10/Satistik_Beratungsstelle_Extremismus_bis_SEPTEMBER_2021.pdf Statistik Stand Oktober 2021 (abgerufen am 14.12.2021).

139 Vgl. Bundesstelle für Sektenfragen, Das Phänomen Verschwörungstheorien in Zeiten der COVID-19-Pandemie, Wien 2021, 12, https://bmi.gv.at/bmi_documents/2632.pdf (abgerufen am 14.12.2021).
140 Vgl. https://www.derstandard.at/story/2000123339446/die-koepfe-hinter-den-querdenker-demos (abgerufen am 14.12.2021).
141 Vgl. Reportage ORF1 TVthek, Verschwörungswelten – The Great Reset, https://tv.orf.at/program/orf1/verschwoer106.html (abgerufen am 20.01.2022).

lässt sich bereits erkennen und kann sich in einer vierten Stufe fortsetzen, in der dazu übergegangen wird, Verschwörungsmythen als Legitimation für Übergriffe heranzuziehen und die Destabilisierung einer Gesellschaft anzustreben. Die fünfte – hypothetische - Stufe im von *Andre Wolf* geschilderten Modell beinhalte offene Auseinandersetzungen, den Wunsch nach einem Systemwechsel und ende im äußersten Fall in einem Bürger:innenkrieg. Dieses Stufenmodell scheint vor allem vor dem Hintergrund der im Dezember veröffentlichten Umfrage des *Sora-Institutes*[142] problematisch: Das Systemvertrauen der österreichischen Bevölkerung lag in der zweiten Jahreshälfte 2021 auf dem Tiefpunkt, „sechs von zehn Menschen (58%) seien überzeugt, dass das politische System in Österreich weniger oder gar nicht funktioniert", wobei der Vertrauensverlust der oberen und mittleren Gesellschaf stärker ausfalle als im unteren Drittel.[143] Die Zeit vor der Pandemie geben 70% der Menschen im oberen Drittel und 57% der Menschen in der Mitte an, dass bei politischen Entscheidungen auch ihre Lebensumstände berücksichtigt wurden. Für die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung denken dies jedoch nur 51% des oberen Drittels und 38% der Mitte.[144] Menschen im unteren Drittel fühlen sich als Menschen zweiter Klasse behandelt (84%), vier Fünftel sehen sich im Parlament nicht vertreten (79%) und nur ein Fünftel erlebt zumindest hin und wieder, dass politische Entscheidungen ihre Lebensumstände miteinbeziehen (18%).[145] Dennoch werde die Demokratie mit überwiegender Mehrheit als die beste Staatsform angesehen (88%).[146]

142 Vgl. SORA Institute for Social Research and Consulting Ogris & Hofinger GmbH, Österreichischer Demokratie Monitor 2021, Wien 2021, https://www.sora.at/nc/news-presse/news/news-einzelansicht/news/systemvertrauen-auf-tiefpunkt-1091.html (abgerufen am 20.12.2021).
143 SORA Institute for Social Research and Consulting Ogris & Hofinger GmbH, Österreichischer Demokratie Monitor 2021, Wien 2021, 1, https://www.sora.at/fileadmin/downloads/projekte/2021_SORA_Presseunterlage_OeDM21.pdf (abgerufen am 15.01.2022).
144 SORA Institute for Social Research and Consulting Ogris & Hofinger GmbH, Österreichischer Demokratie Monitor 2021, Wien 2021, 2, https://www.sora.at/fileadmin/downloads/projekte/2021_SORA_Presseunterlage_OeDM21.pdf (abgerufen am 15.01.2022).
145 SORA Institute for Social Research and Consulting Ogris & Hofinger GmbH, Österreichischer Demokratie Monitor 2021, Wien 2021, 2, https://www.sora.at/fileadmin/downloads/projekte/2021_SORA_Presseunterlage_OeDM21.pdf (abgerufen am 15.01.2022).
146 SORA Institute for Social Research and Consulting Ogris & Hofinger GmbH, Österreichischer Demokratie Monitor 2021, Wien 2021, 3, https://www.sora.at/fileadmin/downloads/projekte/2021_SORA_Presseunterlage_OeDM21.pdf (abgerufen am 15.01.2022).

## 5.3 Antisemitismus

Nach dem Sommer 2020 ortete das *Doku Service Steiermark*, dass sich vermehrt die rechtsextreme Szene an den Protesten beteiligten, vor allem aus dem Umfeld der „Identitäre Bewegung" (IB). Das *Doku Service Steiermark* beobachtet ein unerklärliches Maß an Akzeptanz von Antisemitismus, das es in der Zweiten Republik Österreich eigentlich überhaupt nicht geben dürfte, was gleichzeitig zeigt, wie tief Antisemitismus bis in alle Schichten der österreichischen und steiermärkischen Gesellschaft verankert ist.

> *„Auch wenn Teilnehmende grundsätzlich keinem rechten Lager zugeordnet werden können, fehlt hier bei den Corona-Demonstrationen der notwendige Mindestabstand zu antisemitischen Aussagen."*
> **Dirk Müller und David Fuchs (Doku Service Steiermark)**

Über die **BanHate-App**[147] gelangen seit Beginn der Pandemie im März 2020 verstärkt Hasspostings und Verschwörungsmythen im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie ein. Anfangs wurden vermehrt rassistische Bemerkungen gegen Personen asiatischen Aussehens oder vermeintlicher italienischer Herkunft gemeldet, später richtete sich der Hass vor allem auch gegen Politiker:innen. Beispielsweise wurden Vergleiche zwischen Rudolf Anschober und Wolfgang Mückstein mit dem Kriegsverbrecher Josef Mengele gepostet und gemeldet. Die Situation ist emotional aufgeladen und bei dem Versuch sich Gehör zu verschaffen bzw. seinem:ihrem Ärger Luft zu machen, wird oftmals weit über das Ziel hinausgeschossen. Geteilt und gepostet werden Bilder ungeimpfter Personen bei Teilnahmen an einer Demonstration, einen Davidstern tragend und dies mit grauenvollen Textierungen versehen: „es begann auch damals nicht mit Gaskammern" oder den Lockdown für Ungeimpfte mit den für Jüd:innen verbotenen Betretungszonen ziehen. Dabei wird einerseits die Verunglimpfung von Opfern in das Alltagsleben integriert und andererseits werden unreflektierte Vergleiche mit den Handlungen eines völkermordenden Regimes getätigt. Im Zusammenhang mit Corona besonders populär ist die Verschwörungs-

147 Presseaussendung vom 13.02.2021: 3.215 Meldungen über die Anti-Hassposting-App „BanHate" im Jahr 2020, https://www.antidiskriminierungsstelle.steiermark.at/cms/beitrag/12816497/162294838 (abgerufen am 15.12.2021).

erzählung, wonach Bill Gates als Jude dargestellt und ihm die Ausbreitung des Covid-19-Virus zugeschrieben wird, da er nun mit seinem längst entwickelten Impfstoff profitieren würde. Diese Geschichte zeigt deutlich, dass Antisemitismus als Querschnittsmaterie auch im Zuge der Corona-Proteste wieder aufgerollt wird. Oftmals ist der antisemitische Hintergrund einer Verschwörungserzählung nicht auf den ersten Blick explizit erkennbar, dennoch bewirkt häufige Replikation und Weiterverbreitung ein Absenken der Hemmschwellen, die Meinungsfreiheit mancher scheint keine Grenzen mehr zu kennen.

*„Es werden antisemitische Erzählungen aufgegriffen, die zum Teil schon Jahrunderte alt sind, wie zum Beispiel die Brunnenvergiftungslüge, das Wucherjudentum oder die Ritualmordlüge, welche im Lauf der Geschichte immer wieder in neuem Gewand daherkommt."*
**Mag.a Ruth Kathrin Lauppert-Scholz MA, (Granatapfel)**

*Mag.a Lauppert-Scholz MA* hebt hier zwei verschiedene Stoßrichtungen dieses Phänomens hervor: Einerseits gibt es die **klassische Sündenbockidee,** die explizit oder implizit mit dem dahinterliegenden Motiv „Die Juden sind an allem schuld" (so auch hier an der Corona-Pandemie) arbeitet. Natürlich würden „die Juden" davon profitieren, da sie weltweit verdeckt und gut vernetzt operieren würden, was ein klassisches Merkmal einer Verschwörungserzählung darstellt. Deshalb fallen hier Namen wie Rothschild, Soros, Bill Gates … Ob diese Personen nun Jüd:innen sind oder nicht spielt keine Rolle. Sie werden als jüdisch gelesen und speisen damit wieder den klassischen Antisemitismus. Narrative der antisemitischen Verschwörungserzählkiste – die Weltherrschaft, das Beherrschen der Finanzwelt – sind allgegenwärtig. Manchmal mischt sich sogar israelbezogener Antisemitismus darunter.

Eine andere, manchmal sogar widersprüchliche antisemitsiche Ausdrucksform zeigt sich laut *Mag.a Lauppert Scholz MA,* in unterschiedlichen Formen der **Shoahrelativierung** oder -leugnung, was eigentlich einen Missbrauch des Holocausts darstellt. Beispiele dafür sind der sogenannte Davidstern mit dem Vermerk „ungeimpft" oder Vergleiche mit den Schicksalen von Sophie Scholl oder Anne Frank. Dies drückt sich im Claim „Wir sind die neuen Juden" aus.

*„Die Analyse: Jüd:innen sind Täter:innen und Opfer gleichzeitig. Auch das ist eine historische Kontinuität des Antisemitismus und sogar ein wesentliches Kennzeichen des Antisemitismus."*
**Mag.a Ruth Kathrin Lauppert-Scholz MA, (Granatapfel)**

Die Verbreitung von falschen Nachrichten („Fake News") ist in Österreich grundsätzlich nicht mehr strafrechtlich verfolgbar, da die „Verbreitung falscher, beunruhigender Gerüchte" gemäß § 276 StGB[148] im Jahr 2015 aufgrund seltener Anwendung aufgehoben wurde. Dennoch kann durch das Weiterverbreiten von derartigen Falschmeldungen ein strafrechtlicher Tatbestand erfüllt sein, wie z.B. jener der Verleumdung (§ 297 StGB), der Verhetzung (§ 283 StGB) oder der üblen Nachrede (§ 111 StGB). Werden der Völkermord des Holocaust oder andere nationalsozialistische Verbrechen geleugnet, gröblich verharmlost, gutgeheißen oder versucht zu rechtfertigen, stellt dies einen Verstoß gegen das **Verbotsgesetz** dar.[149]

*„Die Berufung auf die Meinungsäußerungs- und Versammlungsfreiheit muss jeweils einer genauen Beurteilung unterzogen werden, wenn mit Verbreitung von nachweisbar falschen Tatsachenbehauptungen die öffentliche Ordnung und der soziale Friede gefährdet werden."*
**Dr. Klaus Starl (ETC)**

Prekär wird die Situation, wenn durch den Glauben an Verschwörungserzählungen das Vertrauen in die Regierung und in die Politik schwindet und in der Folge demokratischen Institutionen kein Glaube mehr geschenkt wird. Es droht die Gefahr, dass Maßnahmenkritiker:innen und Maßnahmen:verweigerinnen von unterschiedlichsten Verschwörungsgeschichten eingefangen und an den radikalen Rand unserer Gesellschaft herangeführt werden, wo sie Anschluss bei Rechtsextrem:istinnen, Rechtspopulist:innen,

148 Vgl. Bundesgesetz über die mit gerichtlicher Strafe bedrohten Handlungen (StGB) idF BGBl 60/1974, aufgehoben durch BGBl I 112/2015.
149 Verbotsgesetz 1947 (VerbotsG) StGBl 13/1945 idF 148/1992.

naturnahen Gruppierungen und katholischen Fundamentalist:innen finden.

Besonders empfänglich für Verschwörungsmythen scheint die Gruppe der Esoteriker:innen zu sein, da sie grundsätzlich die gleiche Einstellung wie Verschwörungsgläubige teilen: „nichts passiert durch Zufall", „nichts ist, wie es scheint" und „alles ist miteinander verbunden". Dieser Faktor begünstigt trotz einer zugrundeliegenden „guten Absicht" eine stärkere Anfälligkeit für verschwörungsmythische Narrative. Auch wenn die Motivation, sich mit diesen Verschwörungserzählungen auseinanderzusetzen, eine völlig andere als bei rechtsextremen Gruppierungen ist, stellt die Kritik an der Moderne, der Globalisierung, der Wissenschaft Parallelen zwischen rechtsextremen und esoterischen Gruppierungen dar.[150]

## 5.4 Rechtsextremismus

Rechtsextreme Gruppierungen verwenden antiasiatische, antijüdische und antisemitische Verschwörungsmythen, um vorherrschende negative Emotionen zu instrumentalisieren und zeichnen ein düsteres Bild der Corona-Situation, was darauf abzielt, einen politischen Umsturz zu erzwingen, um die von ihnen nicht gewollte demokratische Regierungsform ablösen zu können.[151] Hetze und radikalisierte Einzelgänger:innen sind dabei eine willkommene Unterstützung, um die Botschaft zu vermitteln, dass sich die autochthone Mehrheitsgesellschaft einer „Feindbildgruppe" zu unterwerfen habe und dies durch die „inländerfeindliche Politik" noch begünstigt werde.[152]

Das *Doku Service Steiermark* führt dazu aus, dass in der Steiermark – anders als in Wien oder Eisenstadt – organisierte Neonazis und rechte Hooligan-Gruppen eine vernachlässigbare Rolle spielen. Im Gegenzug hat sich in der Steiermark die „Identitäre Bewegung" (IB) stark entwickelt. In einer ersten Phase wurde **Vernetzungsarbeit** über die sozialen Medien und durch das Verteilen von Flugblättern geleistet.

*„Während sich Vertreter:innen der Identitären Bewegung bereits an den ersten Demonstrationen in Wien (24.04.2020) beteiligten, ist die Mitwirkung rechtsextremer Gruppierungen an den Protesten in Graz ab September 2020 dokumentiert."*

**Dirk Müllner und David Fuchs (Doku Service Steiermark)**

Mit zunehmender Dauer der Proteste hat in der Steiermark eine Konsolidierung zwischen Führungskadern der IB und Protestorganisator:innen aus dem Umfeld der antisemitischen „Neuen Germanischen Medizin" stattgefunden. Die IB übernahm organisatorische Aufgaben, trat als Administrator:in in Telegram-Kanälen in Erscheinung oder stellte Ordner:innen bei Demonstrationen, ihre Mitwirkung und Beteiligung wurde zur **aktiven Mitarbeit**. Spätestens ab dem Zeitpunkt der „Great Reset"-Kampagne im Jänner 2021 der IB kann von einer inhaltlichen Einflussnahme gesprochen werden, bei der ein Narrativ zur Deutung der Corona-Maßnahmen vorgestellt wurde, das eng mit ihrer bisherigen rassistischen, antisemitischen Kernerzählung des „Großen Austauschs" verbunden ist und die „Globalisten" als zentrales Feld markiert. Wie bereits bei der Kampagne gegen Alma Zadic im Jahr 2020 fand auch hier der Auftakt in Graz statt. Erstmals wurde ein Corona-Protest unmittelbar und ausschließlich von IB-Strukturen organisiert. Das *Doku Service Steiermark* sieht den Erfolg der inhaltlichen Einflussnahme fragwürdig, da weiterhin eine geringe ideologische Kohärenz innerhalb der Protestszene zu beobachten ist. Aktuell beobachtbar ist ein verstärkter Versuch einer **ästhetischen Einflussnahme** auf die Proteste, indem Transparente an der Spitze der Demonstrationen und Slogans gezielt platziert werden. Aus der Szene wird bestätigt, dass dies auf entsprechende Vereinbarung zwischen der IB und rechten bis rechtsextremen Demorganisator:innen basiert. Ein derartiger Versuch wurde auch in der Steiermark unternommen: Beginnend mit der Demonstration am 17.11.2021 in Graz, wo eine Gruppe Aktivist:innen der IB erstmals bei einer nicht von ihnen organisierten Versammlung ein eigenes Transparent mitführten und bei der Schlusskundgebung entrollten. Bereits zehn Tage später konnte der Versuch der IB dokumentiert werden, sich mit einem Großtransparent an die Spitze der Demonstration zu setzen und so das Gesamtbild der Demonstration zu prägen. Dies war jedoch augenscheinlich nicht mit den Organisator:innen abgesprochen, die dementsprechend intervenierten und die IB

150 https://www.profil.at/oesterreich/grausame-energie-gewaltpotenzial-bei-corona-demos-steigt/401832307 (abgerufen am 14.12.2021).
151 Vgl. Bundesministerium für Inneres: Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT), Verfassungsschutzbericht 2018, Wien 2019, 62f, https://www.bvt.gv.at/bmi_documents/2344.pdf (abgerufen am 11.12.2021).
152 Vgl. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Die extreme Recht in Zeiten von Corona, März 2020, https://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/neues-von-ganz-rechts/archiv/maerz-2020/die-extreme-rechte-in-zeiten-von-corona (abgerufen am 14.12.2021).

von der repräsentativen Demonstrationsspitze verwiesen. In Gleisdorf oder Weiz gelang es der IB hingegen im November 2021 die Demonstrationen wiederholt anzuführen, was einerseits auf Sympathie aus Teilen der Protestszene oder auf pragmatische Akzeptanz von anderen Teilen zurückgeführt werden kann.

*„Außerparlamentarische Rechtsextreme bringen ein hohes Maß an Demonstrationserfahrung und Infrastruktur (Transparente, Talel, Lautsprecher, Pyrotechnik, etc.) um sich und den Protest."*
**Dirk Müllner und David Fuchs (Doku Service Steiermark)**

Dies scheint besonders zu gelingen, wenn Sympathie der Organisator:innen vorherrscht oder Proteste einen geringen Organisationsgrad aufweisen bzw. eine diffuse Verantwortungsverteilung vorherrscht. Gerade bei Protesten mit geringerem Organisationsgrad scheint sich die IB um Anschluss zu bemühen: Anstelle von Transparenten und Tafeln mit Parolen wie „Regierung Einsperren – nicht das Volk" oder „Grenzkontrollen statt Corona-Kontrollen" wie am 27.11.2021 in Graz, wurden in Gleisdorf und Weiz allgemeine Parolen wie „Widerstand" oder emotionalisierte Botschaften („Schützt eure Kinder") verwendet.

Die IB hatte die größte Präsenz in österreichischen Straßenprotesten seit 2015, zumal einige zentrale Akteur:innen der Szene deutlich mit der IB bzw. dem Rechtsextremismus sympathisieren. Während sich eine Spaltung von Protestorganisator:innen anhand dem Verhältnis zum Rechtsextremismus und insbesondere zur IB bereits abzeichnet, scheint eine Spaltung der Szene als Ganzes eher unwahrscheinlich, da Widersprüche kaum aufgelöst, sondern ignoriert bzw. akzeptiert werden. Selbst wenn es der IB nicht gelingen sollte das Bild der Proteste in der Steiermark stärker oder weiter zu prägen, ist bereits deren Duldung innerhalb der Demonstrationen aus ihrer Sicht als strategischer Teilsieg zu verstehen, der die rechtsextreme Gruppe als Teil der Bewegung bestätigt.

Zusätzlich zum Rechtsextremismusproblem muss von einer Gefahr durch fanatisierte Einzelpersonen und Gruppen aus der Szene ausgegangen werden. Gestürzt wird dies durch das stark emotionalisierte Narrativ des Kampfes um das Leben und die Freiheit (und insbesondere jenes der Kinder) gegen einen angeblichen tyrannischen Staat oder einzelne Sündenböcke. Somit können Normübertretungen und Gewalt leicht als Notwehr legitimiert werden. Ebenso darf nicht unterschätzt werden, dass die Rolle in der Bewegung für Individuen durchaus eine sinnstiftende Rolle hat, in der sie eine Selbstwirksamkeit und –bestätigung erfahren. Ist im Zuge der Fanatisierung das eigene Leben bereits dem Kampf für die Sache gewidmet, verspricht nur noch die Märtyrer:innenrolle eine weitere Erhöhung.

Nicht in Vergessenheit geraten darf pandemische Gefahr von Versammlungen, insbesondere wenn Mindeststandards wie das Tragen von FFP2-Masken nahezu kategorisch ausgeschlossen wird und auch nur in den seltensten Fällen exekutiert wird. Gerade diese polizeiliche Appeacement-Politik scheint der Protestszene vielmehr zusätzlichen Aufwind gegeben zu haben, als es zur Deeskalation der Lage beigetragen hat.

*„In der Gesamtschau der bisherigen Entwicklungen ist abzusehen, dass rechtsextreme Gruppen gestärkt aus den Corona-Protesten hervorgehen werden."*
**Dirk Müllner und David Fuchs (Doku Service Steiermark)**

Die Besonderheit von rechtsextremen Gruppierungen ist unter anderem ihre gute Vernetzung, die bereits vor der Corona-Pandemie vor allem über das Internet erfolgte. Julia Ebner erforscht die Strategien von rechtsextremen Online-Gruppierungen, die sich aus Neonazis, Reichsbürger:innen und Patriot:innen zusammensetzen. Es eint sie das Ziel, Unruhe und Desinformation zu verbreiten, um „Meinungshoheit" zu erlangen. Dabei wählen sie zwischen verschiedenen Taktiken der psychologischen Kriegsführung: beispielsweise eine „Sniper Mission", also ein zielgerichteter verbaler Anschlag oder ein „massiver Luftschlag", wobei Accouts von Gegner:innen von einer Vielzahl an wechselnden Fake-Accounts attackiert werden oder die Verbreitung von extremistischem Gedankengut über Memes. Nach Auswahl einer Zielperson wird ein Zeitfenster vorgegeben, in dem die Anhänger:innen der Online-Community die Algorithmen der sozialen Medien dahingehend manipulieren, als dass diese neuen Hasspostings mit aktuellen Likes vorrangig behandelt und dadurch für eine breitere Öffentlichkeit sichtbar werden. Studien zufolge werden dabei Frauen vermehrt zum Opfer der mit einer höheren Wahrscheinlichkeit männlichen Online-Aggressionen.[153]

153 Vgl. Julia Ebner, Radikalisierungsmaschinen, Berlin 2019, 143f; Vgl. esc, Gewalt im Netz gegen Frauen & Mädchen in Österreich, Wien 2018, 10f und 54f, https://www.bundeskanzleramt.gv.at/agenda/frauen-und-gleichstellung/gewalt-gegen-frauen/gewaltformen/gewalt-im-netz.html (abgerufen am 10.03.2022).

## 5.5 Linksextremismus

Die Pandemie hatte insofern einen Einfluss auf die linksextreme Szene, als dass sie ihre Themenbereiche um Corona als weiteren Bezugspunkt zwar erweitert hat, allerdings ist dadurch keine neue Strategie oder neues Handlungsmuster entstanden. Verschwörungserzählungen lassen sich auch am linken Rand finden, wonach das „kapitalistische System" die Ursache für die Ausbreitung des Coronavirus sei und es werde spekuliert, „ob der Staat den Gewöhnungseffekt für freiheitsbeschränkende Maßnahmen ausnutzen werde und dauerhafte Repression die Folge seien."[154]

## 5.6 Religiöser Extremismus

Religiöse Extremist:innen sehen Corona oft als die Strafe Gottes für die Sündhaftigkeit der Menschheit oder erklären, das Virus habe uns gar deshalb heimgesucht, weil sich das Böse vor allem in westlichen Staaten ausbreite – gemeint sei damit die Akzeptanz der gleichgeschlechtlichen Ehe.

*„Es werde gepredigt, dass ‚man sich keinesfalls impfen lassen soll, da man dann direkt in die Hölle käme!' – Gerade Verschwörungserzählungen seien ein guter Mobilisator und Verstärker derartiger Erzählungen."*
**(Statement aus dem Netzwerk)**

In den USA ließ die Christian Church hören, dass Gott das Land vor diesen Gefahren schützen werde, würden sie LGBTQIA+, falsche Götter, Abtreibungen und andere sündhafte Vergehen bereuen.[155]

### Jihadismus

Auch in jihadistischen Strömungen sind antisemitische und homophobe Verschwörungserzählungen auffindbar[156] und werden vom Islamischen Staat (IS) gezielt genutzt. Die Virusvariante sei ein Soldat Allahs[157] oder die „Strafe Gottes" für Chinas Umgang mit den Uiguren (2020), wobei gleichzeitig dazu aufgerufen wird, die aktuelle Schwäche des Westens für die Verübung von Anschlägen auszunutzen.

*„In religiös fundamentalistischen Kreisen sei die Endzeitstimmung da, zudem gebe es eine Art Auserwählten-Theorie."*
**(Statement aus der Arbeitsgruppe)**

## 5.7 Ausblick und Empfehlungen zur Wiederherstellung eines friedlichen Miteinanders

Ob sich aus den verschiedenen Strömungen der Proteste ein gemeinschaftlicher Nenner in Form einer politischen Bewegung gefunden werden kann, ist noch nicht abschätzbar. In Oberösterreich hat die Impfprotestbewegung eine politische Partei hervorgebracht (MFG).[158]
Das *Doku Service Steiermark* hätte ein früheres Einschreiten der Behörden erwartet. Es ist ein gezieltes Auftreten gegen die Dominanz von Verschwörungsmythen und jene rechtsextreme Narrative notwendig, die Journalist:innen zu Feindbildern erklären und ihnen eine denunziatorische Absicht unterstellen. In diesem Zusammenhang empfiehlt *SPUNK* den Ausbau von einschlägigen Informationsveranstaltungen über die Entlarvung von Verschwörungserzählungen und Fake News. Ein wesentlicher Faktor ist die Verfolgung, Bestrafung und Sanktionierung von Gesetzesüberschreitungen und in der Folge deren mediale Veröffentlichung.

*„Wie kann man verhindern, dass Menschen, die ihr Recht der freien Meinungsäußerung im Rahmen einer Demonstration wahrnehmen, vereinnahmt und instrumentalisiert werden?"*
**(Statement aus dem Netzwerk)**

Es sollte ein alternatives (Protest-)Angebot außerhalb von extremistischem Gedankengut geschaffen und von der Mitte der Gesellschaft akzeptiert werden, da ohne Möglichkeit einen Dialog zu führen, keine gemäßigte Entladung der aktuell angespannten Situation stattfinden kann. Besonders die *Männerberatung* empfiehlt

154 Vgl. deutsches Bundesministerium für Innern, für Bau und für Heimat, Verfassungsschutzbericht 2020, 128f, https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/verfassungsschutzbericht2020-1929306 (abgerufen am 14.12.2021).
155 Vgl. http://christiannewswire.com/news/107683567.html (abgerufen am 14.12.2021).
156 Vgl. https://english.alarabiya.net/News/middle-east/2020/03/28/Coronavirus-Iraqi-Shia-cleric-blames-gay-marriage-for-coronavirus (abgerufen am 14.12.2021).
157 Vgl. https://www.beratungsstelleextremismus.at/wp-content/uploads/2021/12/Beratungsstelle_Extremismus_Corona_und_Extremismus.pdf (abgerufen am 14.12.2021).
158 Vgl. https://www.derstandard.at/story/2000131828278/wie-sich-der-corona-widerstand-in-der-gewaltspirale-radikalisiert (abgerufen am 14.12.2021).

eine wertschätzende Haltung gegenüber anders Denkenden. Es ist wichtig, sich die Zeit zu nehmen und die Motive von Menschen zu ergründen, um diese in einer schwierigen Lebenssituation besser unterstützen zu können. Von einer „Missionierungsarbeit" wird dringend abgeraten.

*„Fühlen sich Menschen im Beratungsprozess nicht verurteilt, sondern ernst genommen, wird rasch eine Entspannung der Situation und ein tiefes Gefühl von Dankbarkeit vernommen."*
**Wolfgang Obendrauf (Männerberatung)**

*„Wir erleben, dass es für Jugendliche wichtig ist, Fragen zur aktuellen Situation zu stellen und Antworten zu bekommen. Junge Menschen wollen gehört und ernstgenommen werden. Um Entscheidungen treffen zu können, braucht es verlässliche Information."*
**Mag.ª Daniela Köck (Beteiligung.st)**

*Peter R. Neumann* warnt, dass eine generelle Impfpflicht und im Besonderen eine Impfpflicht für Kinder weitere Radikalisierungen zur Folge haben wird,[159] weshalb es möglich sei, dass in einigen Monaten von einer terroristischen Kampagne gesprochen werde.[160]

*„Verschwörungsmythen, physische sowie verbale Gewalt auf den Straßen oder in den sozialen Medien tragen nicht zur Überwindung der Pandemie bei. Vielmehr bedrohen sie massiv den sozialen Frieden und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft ebenso wie die Grundfeste unserer liberalen und den Ideen der Aufklärung und der Menschenrechte verpflichteten Demokratie. Aus diesem Grund gilt es ganz energisch der Radikalisierung im Rahmen der Corona-Proteste ebenso wie der vielfach wahrgenommenen gesellschaftlichen Spaltung entgegenzuarbeiten."*
**Univ.-Prof. Dr. Gerald Lamprecht (Centrum für Jüdische Studien der Karl-Franzens-Universität Graz, _erinnern.at_)**

Da **Verschwörungsgläubige** oft mit rationalen Argumenten kaum mehr erreichbar sind, sollten sie – auf Empfehlung von *Julia Ebner* – auf emotionaler Ebene abgeholt werden. Hat sich jemand bereits in alternative Informationsökosysteme eingelassen, werden auch irrationale und widersprüchliche Erklärungen akzeptiert. In diesen Fällen ist es sinnvoller, die psychologische und sozioökonomische individuelle Betroffenheit zu eruieren und diese Menschen dort abzuholen, bevor sie nach radikalen Lösungsangeboten greifen.
Die ebenfalls bereits erwähnte **Verpflichtung über die Offenlegung der Algorithmen sozialer Medien**[161] wäre auch **zur Eindämmung des Radikalisierungspotentials im Rahmen der Corona-Maßnahmen-Proteste,** um eine Anbahnung und Verbreitung von demokratiefeindlichen Nachrichten zu unterbinden.
Die Gesetzgebung bringt eine gesellschaftliche Werthaltung zum Ausdruck, weshalb einschlägige **Normen** klar und verständlich formuliert und Schutzrechte verstärkt ausgestaltet werden sollten. In diesem Zusammenhang ist die Wiedereinführung oder Neugestaltung des im Jahr 2015 außer Kraft getretenen § 276 StGB (**Verbreitung falscher und beunruhigender Gerüchte**) zu nennen, um eine rechtliche Vorgangsmöglichkeit gegen die wissentliche Behauptung und Verbreitung unwahrer Tatsachen und Nachrichten zu schaffen und somit gezielten sowie manipulativen Desinformationskampagnen Einhalt zu gebieten.
Um ein völliges Abdriften eines beachtlichen Teils un-

159 Vgl. https://www.diepresse.com/6073294/terrorismus-forscher-neumann-sieht-ernste-gefahr-in-corona-protesten (abgerufen am 14.12.2021).
160 Vgl. https://www.diepresse.com/6073294/terrorismus-forscher-neumann-sieht-ernste-gefahr-in-corona-protesten (abgerufen am 14.12.2021).
161 Vgl. https://www.derstandard.at/story/2000131730935/soziale-medien-ein-kaputtes-system-das-die-gesellschaft-kaputtmacht (abgerufen am 09.12.2021).

serer Gesellschaft zu verhindern, muss bei Menschen – seien sie auch Kritiker:innen oder Gegner:innen von COVID-19-Maßnahmen – die Kompetenz geschaffen werden, rechtsextremistische Inhalte in sozialen Medien oder rechtsextremistische Symbolik und Terminologie als solche überhaupt zu erkennen, um sich von Rechtsextremist:innen explizit distanzieren zu können.
Wie bereits in vorangegangenen Empfehlungen des Extremismuspräventionsberichtes, wird auch hier empfohlen, gerade jenen Personen wertschätzend zu begegnen, die sich am **Rand der Gesellschaft** wahrnehmen. Diese Personen dürfen vor allem mit ihren coronabedingten Sorgen und Ängsten nicht allein gelassen werden. Der Ausbau von geeigneten Anlauf- und Ansprechstellen sowie eine Vernetzung der Institutionen für ein erfolgreiches Abfangen und Gegensteuern ist hier dringend notwendig. In einer derartigen Ausnahmesituation sind wir als Gesamtgesellschaft gefordert, Solidarität zu zeigen und zu leben und nach jenen Elementen Ausschau zu halten, die uns vereinen. In einer Demokratie kommt es darauf an andere Meinungen zuzulassen. Es gilt die Dialogbereitschaft aufrechtzuhalten und den Zusammenhalt zu stärken.

*„Rechtliche Maßnahmen und das Hass im Netz-Gesetz greifen nicht so wie gewünscht, da es für Betroffene eine große Hürde sein kann, ihre eigene Verletzlichkeit öffentlich Preis zu geben. Außerdem wurde das Hass im Netz-Gesetz nicht für strategische, politische Angriffe extremistischer Gruppierungen konzipiert. Denn extremistische Kreise jeglicher Couleur verfolgen ein gemeinschaftliches Ziel zur Erreichung der ‚Meinungshoheit' und nutzen dabei Taktiken der psychologischen Kriegsführung wie ‚Sniper' (Provokation und Überreaktion) oder ‚Clear and Hold' (Infiltrierung) und ‚Search and Destroy'-Missions"*

**Mag.ª Daniela Grabovac (Leiterin der Extremismuspräventionsstelle Steiermark „next - no to extremism")**

# 6. Maßnahmen zur Extremismusprävention

Im Jahr 2017 wurde das *Bundesweite Netzwerk Extremismusprävention und Deradikalisierung (BNED)* gegründet, um durch einen Zusammenschluss von verschiedenen Berufsgruppen deren Erfahrungswerte zusammen zu ziehen und einen gesamtgesellschaftlichen Lösungsansatz zur Extremismusprävention umzusetzen. Auf Grundlage der Erfahrungen des BNED kann Extremismusprävention als dreistufiges Modell vorgestellt und dabei in eine primäre, sekundäre und tertiäre Prävention unterteilt werden: Die (primäre) Generalprävention, die sich nicht an eine bestimmte Gruppe, sondern an unsere Gesellschaft als Ganzes richtet. Als zweites die Risikogruppenprävention, die sich mit ihren Vorschlägen auf bestimmte, definierte Zielgruppen und deren Umfeld bezieht. Schließlich die Individualprävention, die sich an einzelne bereits radikalisierte Personen wendet, die Gefahr laufen, in einer extremistischen Strömung unterzugehen.

Die Instrumente und Mittel unterscheiden sich nach den drei Präventionsbereichen bzw. Phasen. Ein wichtiger Hinweis für die hier vorgestellte Definition findet sich im menschenrechtlichen Verhältnismäßigkeitsmaßstab der Zielgruppenidentifikation und der anzuwendenden Instrumente.

## 6.1 Primäre – Generalprävention

Die Primärprävention kann als allgemeine Prävention ohne Bedrohungsszenario verstanden werden. Da es sich bei der Generalprävention um gesamtgesellschaftliche und somit bundesweite Maßnahmen handelt, richten sich diese mit Vorschlägen von gesetzlichen Normierungen und Novellen an den Bund:

1. Eine möglichst breit getragene, bundesweite Initiative von im Extremismusbereich aktiven und anerkannten Stellen, Parteien, Interessensvertretungen und Organisationen zur parlamentarischen Behandlung von gesetzlichen Neuregelungen zur wirksamen Bekämpfung von extremistischen Entwicklungen – insbesondere die Wiedereinführung des § 276 StGB (**Verbreitung falscher und beunruhigender Gerüchte**), um eine rechtliche Vorgangsmöglichkeit gegen die wissentliche Behauptung und Verbreitung unwahrer Tatsachen und Nachrichten zu schaffen und somit gezielten sowie manipulativen Desinformationskampagnen Einhalt zu gebieten.
2. Eine möglichst breit getragene Initiative von im Extremismusbereich aktiven und anerkannten Stellen, Parteien, Interessensvertretungen und Organisationen zur parlamentarischen Behandlung von gesetzlichen Neuregelungen zur Veränderung der derzeitigen gesetzlich unzureichenden Situation der Bekämpfung von Extremismus (Hate Speech, Crime, Verhetzung, gefährliche Drohung und Wiederbetätigung) in digitalen Medien. Dazu gehört auch die Initiative auf europäischer Ebene gegen die intransparenten und auf Gewinn orientierten Algorithmen digitaler Plattformen vorzugehen und die Verbreitung von demokratiefeindlichen Nachrichten rascher und einfacher zu unterbinden.
3. Um flexibler auf die sich rasch ändernden Entwicklungen in den sozialen Medien zu reagieren, ist eine **flexible Förderstruktur in den verschiedenen Bereichen wie Soziales, Wissenschaft, Gesellschaft, Diversität/Integration** notwendig. Derzeit können Fördergelder erst beantragt werden, wenn ein neues Problemfeld erkannt und eine Lösungsstrategie bereits ausgearbeitet ist, was zu einer enormen zeitlichen Verzögerung führt.
4. Die Unterstützung einer Neuordnung der Presse- und Publizistikförderung sowie der Inseratenpolitik für Medien und hierbei die Kriterien zu erweitern, um publizistische Maßnahmen in Gang zu setzen, die direkte und indirekte Förderung von extremistischer, menschenfeindlicher und hetzerischer Publizistik zu unterbinden.
5. Es wird die **personelle Aufstockung** beim Verfassungsschutz und in den Staatsanwaltschaften mit entsprechender thematischer Spezialisierung empfohlen.
6. Im Bereich der Forschung und wissenschaftlichen Grundlagenarbeit einen **Forschungsschwerpunkt** durch die staatlichen Stellen (Wissenschaftsministerium, Forschungsfonds ...) zu definieren, der mit einer Dotation ausgestattet wird und den **Auftrag zur vernetzten Zusammenarbeit** beinhaltet, zwischen universitären, staatlichen (Bund, Land und zivilgesellschaftlichen) Einrichtungen, und der die inter- und transdisziplinäre Forschung zu Extremismus fördert.

7. Den sukzessiven, flächendeckenden Auf- und Ausbau von **Anlauf- und Beratungsstellen** sowie Meldesystemen (wie etwa die BanHate-App), die nach einem österreichweit einheitlichen Analyse- und Dokumentationssystem arbeiten, um auf die Daten vergleichend für statistische und wissenschaftliche Zwecke zugreifen zu können.
8. Die Veröffentlichung eines jährlichen Berichtes, um einerseits die Öffentlichkeit darüber zu informieren, andererseits auch mittel- und längerfristige Entwicklungen einordnen und verifizieren zu können.
9. **Medien- und Öffentlichkeitsarbeit**, die es ermöglicht, auf verschiedenen Ebenen und ziel- und themengruppenadäquat, unterschiedliche Sphären der Öffentlichkeit zu informieren, aufzuklären und gegebenenfalls auch auf Vorkommnisse zu reagieren. Ziel von Öffentlichkeitsarbeit zu Extremismus sollte es aber sein, proaktive und eigene Narrative setzende Arbeit zu leisten.

## 6.2 Sekundäre – Risikogruppenprävention

Bei Vorliegen einer Radikalisierungsgefahr kann im Bereich der sekundären Prävention folgende demonstrative Auflistung an Vorschlägen für die nachstehenden Risikogruppen und ihr jeweils individuelles Umfeld gegeben werden:

1. Erstellung von schriftlichen Informationsmaterialien, die sowohl physisch als auch digital Verwendung finden können. Dafür ist es notwendig, dass zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden, da diese Materialien mehrere Aspekte der Extremismusprävention aufgreifen müssen (etwa Sexismus, Antisemitismus, antimuslimischer Rassismus, islamistischer Extremismus, …) für unterschiedliche Ziel- und Berufsgruppen in Anwendung gelangen sollen und auch für unterschiedliche Trägermedien (Flyer, Lehrmaterialien, Handbücher, online) konzipiert werden. Dabei ist neben dem Prinzip der zielgruppenadäquaten Aufbereitung auch die Vorgabe „Easy to read“ bei diesen Materialien umzusetzen.
2. Es ist erforderlich die fachlich didaktischen und inhaltlichen Grundlagen weiter zu entwickeln und für den gesamten Schulungs- und Lehrbereich zur Verfügung zu stellen. Hier gilt es Angebote zu entwickeln, um (schulische, universitäre) Lehrkräfte sowie in der Aus-, Fort- und Weiterbildung tätige Lehrende mit f**achlich fundierten Materialien** und Methoden für d**ie unterschiedlichen Lerngruppen und Zwecke** (Vortrag, Workshop, Lehrveranstaltung usw.) zu versorgen. Hier wäre eine vernetzte Zusammenarbeit mit Expert:innen erforderlich und zusätzliche Ressourcen, um derartige Inhalts- und Methodenkoffer zu entwickeln.
3. Im Speziellen ist hier darauf hinzuweisen, dass Bildungsangebote und Workshops im Bereich der religiösen Bildung und des interreligiösen Dialogs zu entwickeln sind, bei denen Teilnehmer:innen selbst aktiv werden und ihr eigenes Vorwissen einbringen können. Dazu eignen sich **Angebote zum Trialog** der drei großen abrahamitischen Religionen, aber auch **Dialogangebote zwischen Jüd:innen** und **Christ:innen sowie zwischen Muslim:innen** und Christ:innen.
4. Um insbesondere den jüdisch-muslimischen Dialog anzuregen und zu vertiefen, wäre es wünschenswert die **universitären Lehrstellen** Graz auszubauen.
5. Die Deutungshoheit über die jeweilige Religion darf nicht den extremistischen Gruppierungen überlassen werden. Es gilt daher eine differenzierte Auslegung der Glaubensrichtungen zu propagieren. Im Hinblick auf extremistische Entwicklungen soll da die gesellschaftliche Akzeptanz von gemäßigten Strömungen gefördert werden. Dies kann insbesondere auch durch das Netzwerk der darin tätigen Organisationen unterstützt werden.
6. Maßnahmen im Bereich der Justiz seien hier im Besonderen erwähnt. Es werden **Fortbildungen** für Richter:innen angeregt, insbesondere auch in der juristischen Ausbildung soll es zu einer verstärkten Hinwendung zu dem Thema kommen (siehe Seite 19, Instrumente zur Bearbeitung des Themas, Punkt 2).
7. Ebenso im Bereich der Polizei muss bereits in der Ausbildung eine thematische Hinwendung in der fachspezifischen Grundausbildung erfolgen (siehe Seite 19, Instrumente zur Bearbeitung des Themas, Punkt 2).
8. Polizeiintern wird in Kooperation mit der Zivilgesellschaft die Zusammenarbeit angeregt, um **Programme** zu entwickeln, die

dazu führen, dass die **Anzeigebereitschaft** von (potentiellen) **Opfern** steigt. (Gewalt gegenüber Frauen/Homosexuellen/Minderheiten).

9. Im Strafvollzug sollte auf das **Zusammenwirken der Justiz und (multi-) professionellen externen Teams** gesetzt werden. Um einem Radikalisierungsprozess wirksam entgegentreten zu können, empfehlen die *Vereinten Nationen*, Resozialisierungsprogramme in Haftanstalten geschlechtersensibel zu gestalten und jeweils auf das länder- und gesellschaftsspezifische Umfeld, in das der Gefangene später entlassen wird, anzupassen.[162]
10. In Zusammenarbeit der beteiligten Stellen, die im Extremismusbereich tätig und politisch dafür verantwortlich sind, gilt es, ein Programm auszuarbeiten und entsprechend finanziell zu dotieren, **projektorientierte sozialpädagogische und -arbeiterische Basisarbeit in den verschiedenen Handlungsfeldern** und Settings, etwa mit **Jugendlichen im Stadtteil** (Grätzel, Viertel, im Jugendzentrum, bei Communities, in religiösen Einrichtungen…) umsetzen zu können. Bei diesem Maßnahmenbündel geht es nicht um Bildungsveranstaltungen (Aufklärung, Information), sondern um Aktivitäts-, Begegnungs- und Beteiligungsprojekte, die basisnah konzipiert sind und direkt auf Lebensrealitäten der Menschen vor Ort eingehen. Ziel dabei ist, dass die Menschen selbst an der Verbesserung ihrer aktuellen Situation mitwirken sollen und einen Raum der Selbstbefähigung erhalten. Die Verbesserung ihrer Umstände zu erzielen, durch Unterstützung zur Selbstbefähigung ist das Ziel.
11. Es wird angeregt, schon bestehende Maßnahmen, **Projekte und Aktivitäten im Freizeit-, Sport- und Kulturbereich** weiter auszubauen und diese in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Netzwerken gemeinsam zu konzipieren und umzusetzen. Hier sei der Kleinprojektpool genannt sowie weitere Initiativen, um verschiedenen Gruppen einen Zugang und entsprechende Möglichkeiten zu gewähren.
12. Es wird angeregt, Maßnahmen zu fördern, welche die **politische Partizipation und Teilhabe** bzw. die Befähigung zur **Teilhabe auf Bezirks- und kommunaler Ebene** (Räte, Beiräte, Kommunikationsplattformen, Sprechstunden, Beteiligung an Bezirksrat-Sitzungen udgl.) fördern und intakte lokale Strukturen dafür zu nützen, um möglichst **direkt mit Bürger:innen** in Kontakt zu treten und **deren Sichtbarkeit** zu **unterstützen**, ihre Ängste, Sorgen und Nöte zu hören und damit auch Möglichkeiten zu schaffen, um Lösungen zu finden.

## 6.3 Tertiäre – Individualprävention

In einem bereits fortgeschrittenen Radikalisierungsprozess wird zur weiteren Prävention bzw. zur Deradikalisierungsarbeit die tertiäre Präventionsphase schlagend. Da es sich sowohl bei der Radikalisierung als auch bei der Deradikalisierung um einen äußerst individuellen Vorgang handelt, kann hier nur empfohlen werden, ein möglichst breites Angebot aufzubauen, um damit möglichst viele individuelle Bedürfnisse und Notwendigkeiten abdecken zu können.

1. Aufbau eines **niedrigschwelligen österreichweiten Beratungsnetzwerkes** für Menschen, die bereits in extremistischen Zirkeln sind und/oder bereits eine Tat begangen haben und/oder verurteilt worden sind. Als Vorbild könnte hier das deutsche Netzwerk ***EXIT***[163] dienen.
2. Ausbau von Anlaufstellen für Menschen, die extremistische Sachverhalte beobachtet oder registriert haben und diese melden wollen, sowohl physisch als auch online (Schmierereien, Hasspostings, antisemitische Pöbeleien, frauenfeindliche Chatgruppen …).
3. Ausbau von Einrichtungen für von Extremismus Betroffene, die mit Gewalt, Sexismus, Antisemitismus und Rassismus konfrontiert worden sind, die Rat und Hilfe benötigen (juristische, psychologische) und eventuell auch eine Weiterverweisung an andere Stellen benötigen (Frauenhaus, Therapeutische Einrichtung).
4. **Ausbau von Fachstellen**, die **Deradika-**

162 Vereinte Nationen, Handbuch über den Umgang mit gewaltbereiten extremistischen Gefangenen und die Prävention der Radikalisierung zur Gewaltbereitschaft in Haftanstalten, New York 2018, 154, https://www.unodc.org/pdf/criminal_justice/Handbook-on-VEPs-GE.pdf (abgerufen am 20.01.2022).

163 https://www.exit-deutschland.de/ (abgerufen am 03.02.2022).

**lisierungs-**, **Präventionsprogramme** und **Ausstiegshilfen** anbieten.

5. Ausbau von Einrichtungen für Menschen, die bereits in extremistischen Zirkeln sind und/oder bereits eine Tat begangen haben und/oder verurteilt worden sind.
6. Ausbau von Einrichtungen, die für Verwandte, Angehörige und Freund:innen von Extremist:innen als Anlaufstelle fungieren können.
7. Es ist zu empfehlen, dass bereits **bestehende Einrichtungen** und Stellen, die bereits langjährige Erfahrungen, Kompetenzen und die notwendigen Strukturen dafür besitzen, in diesen **Maßnahmenkatalog eingebunden** werden und es zu untersuchen ist, inwieweit ihre Kompetenzen und Leistungen für die Erfordernisse bereits einsetzbar sind und wo, welche zusätzlichen Kompetenzen notwendig sind und diese bereit zu stellen sind.
8. Hierbei ist der **Einsatz von Mentor:innen, Multiplikator:innen, Peers** dringend erforderlich, die bei entsprechender Vorbereitung und Schulung (siehe Seite 19, Instrumente zur Bearbeitung des Themas, Punkt 6) wichtige Dienste leisten und wesentlich effektiver sind, als klassische Schulungsangebote.

Ein gesellschaftlicher Wandel benötigt Zeit und ist eine Daueraufgabe, an der ständig neu angesetzt werden muss, um den Rückfall in alte Muster zu verhindern.

# Literaturverzeichnis

## Weiterführende Literatur zu Antifeminismus und Homophobie - Prof.in Dr.in Katharina Scherke


Hark Sabine/Villa Paula-Irene (Hg.), Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen, Bielefeld 2015.

Sauer Birgit, Anti-feministische Mobilisierung in Europa. Kampf um eine neue politische Hegemonie?, Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, 2019, 13, 339-352.

Schmicke Imke, Frauenfeindlich, sexistisch, antifeministisch? Begriffe und Phänomene bis zum aktuellen Antigenderismus, 2018, https://www.bpb.de/apuz/267942/frauenfeindlich-sexistisch-antifeministisch-begriffe-und-phaenomene-bis-zum-aktuellen-antigenderismus?p=all (abgerufen am 6.1.2022).

Schnabel Annette/Beyer Heiko/Ülpenich Bettina, Die wahrgenommene feministische Bedrohung: Empirische Befunde zum Antifeminismus in Deutschland, Österreichische Zeitschrift für Soziologie, published online 06.12.2021.

Strube Sonja A./Perintfalvi Rita/Hemet Raphaela/Metze Miriam/Sahbaz Cicek (Hg.), Anti-Genderismus in Europa. Allianzen von Rechtspopulismus und religiösem Fundamentalismus. Mobilisierung - Vernetzung - Transformation, Bielefeld 2021.


## Weiterführende Literatur zu Antisemitismus – Univ.Prof. Dr. Helmut Konrad


Benz Wolfgang, Was ist Antisemitismus?, Bonn 2004.

Brugger Eveline u.a, Geschichte der Juden in Österreich, Wien 1906.

Embacher Helga, Neubeginn ohne Illusionen. Juden in Österreich nach1945, Wien 1995.

Marin Bernd, Antisemitismus ohne Antisemiten, Frankfurt 2000.

Schäfer Peter, Kurze Geschichte des Antisemitismus, München 2020.


## Weiterführende Literatur zu Linksextremismus – Prof. Dr. Heinz P. Wassermann


Altenhof Ralf/Bunk Sarah / Piepenschneider Melanie, Politischer Extremismus im Vergleich. LIT Verlag, Berlin 2017.

Benda Astrid, Linksextremismus in Deutschland. Eine qualitative Studie, Diplomatica Verlag, Hamburg 2021.

Blank Bettina, Deutschland, einig Antifa „Antifaschismus“ als Agitationsfeld von Linksextremisten, Nomos, Baden-Baden 2014.

Bütticher Astrid/Mares Miroslav, Extremismus. Theorien – Konzepte – Formen, Oldenburg Verlag, München 2012.

Deutz-Schroeder Monika/Schroeder Klaus, Der Kampf ist nicht zu Ende. Geschichte und Aktualität linker Gewalt, Herder, Freiburg 2019.

Deutz-Schroeder Monika /Schroeder Klaus, Gegen Staat und Kapital - für die Revolution! Linksextremismus in Deutschland - eine empirische Studie, Peter Lang, Berlin 2015.

Deutz-Schroeder Monika /Schroeder Klaus, Linksextreme Einstellungen und Feindbilder. Befragungen, Statistiken und Analysen, Peter Lang, Berlin 2016.

Eckhard Jesse/Mannewitz Tom, Extremismusforschung. Handbuch für Wissenschaft und Praxis, Nomos, Baden-Baden 2018.

Jaschke Hans-Gerd: Politischer Extremismus. Eine Einführung, Springer, 2. Auflage, Wiesbaden 2020.

Pelinka Anton, Die unheilige Allianz. Die rechten und die linken Extremisten gegen Europa, Bühlau, Köln, Wien, Weimar 2015.

Pfahl-Traughber Armin, Linksextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme, Springer, Wiesbaden 2014.

https://www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/ (abgerufen am 20.01.2022).


## Weiterführende Literatur zu Rechtsextremismus – Univ.-Prof. Dr. Dieter A. Binder


Bailer Brigitte/ Neugebauer Wolfgang (Hrsg.), Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Deuticke, Wien 1994.

Virchow Fabian/Langebach Martin/Häusler Alexander (Hg.), Handbuch Rechtsextremismus, Springer 2017.

Wagner Bernd in Grumke Thomas, Handbuch Rechtsradikalismus: Personen — Organisationen — Netzwerke, Springer 2002.

https://www.familienhandbuch.de/babys-kinder/entwicklung/jugendliche/herausforderung/rechts-extremismus.php (abgerufen am 20.01.2021).

## Weiterführende Literatur zu religiösem Extremismus – Univ.-Prof. Dr. Karl Prenner

Behnam T. Said/Hazim Fouad (Hrsg.), Salafismus. Auf der Suche nach dem wahren Islam, Freiburg 2014.

Benslama Fethi, Der Übermuslim. Was jungen Menschen zur Radikalisierung treibt, Berlin 2017.

Farschid Olaf in Behnam T. Said/Hazim Fouad (Hrsg.), Salfismus. Auf der Suche nach dem wahren Islam, Salafismus als politische Ideologie, Freiburg 2014, S. 160-192.

Heine Peter, Terror in Allahs Namen, Freiburg im Breisgau 2015.

Lauber Johann, Wie Menschen zu Fanatikern werden. Fundamentalismus – ein Befund. Molden, Wien 2011.

Mansour Ahmad, Klartext zur Integration: Gegen falsche Toleranz und Panikmache, Frankfurt am Main 2018.

Mansour Ahmad, Generation Allah. Warum wir im Kampf gegen religiösen Extremismus umdenken müssen, Frankfurt am Main 2015.

Ramsauer Petra, Die Dschihad Generation, Wien – Graz – Klagenfurt 2015.

Roy Oliver, Heilige Einfalt. Über die politischen Gefahren entwurzelter Religionen, München 2010.

Ruttmann Hermann Die Religion der Großen Göttin und ihres Gefährten, Connection, Heft 11/94, 59-63.

Samandi Zeyneb in Cl. Schöning-Kalender u.a (Hrsg.), Feminismus, Islam, Nation, Die islamistische Frauenbewegung: Zur Problematik des Identitätsansatzes, Frankfurt/Main 1997, 305-329.

Schäuble Martin, Dschihadisten. Feldforschung in den Milieus, Berlin/Tübingen 2011.

Schlee Günther, Wie Feindbilder entstehen. Eine Theorie religiöser und ethnischer Konflikte, München 2006.

Schirrmacher Thomas, Fundamentalismus: Wenn Religion zur Gefahr wird. SCM Hänssler, Holzgerlingen 2010.

Schmidbauer Wolfgang, Warum der Mensch sich Gott erschuf. Die Macht der Religion, Stuttgart 2007.

Streib Heinz in: Religion in Geschichte und Gegenwart, Okkultismus, Bd. 6, Sp. 498-500, Tübingen 2008.

## Monographien und Sammelbände

Brodnig Ingrid, Hass im Netz – Was wir gegen Hetze, Mobbing und Lügen tun können, Wien 2016.

Ebner Julia, Radikalisierungsmaschinen – Wie Extremisten die neuen Technologien nutzen und uns manipulieren, Wien 2021.

Neumann Peter R., Der Terror ist unter uns – Dschihadismus und Radikalisierung in Europa, Berlin 2016.

## Artikel, Broschüren, Handreichungen

Bundesstelle für Sektenfragen, Das Phänomen Verschwörungstheorien in Zeiten der COVID-19-Pandemie, Wien 2021, 12, https://bmi.gv.at/bmi_documents/2632.pdf (abgerufen am 14.12.2021).

Beratungsstelle Extremismus (bOJA), Thema: Corona-Virus und Extremismus, Wien 2020, https://www.beratungsstelleextremismus.at/wp-content/uploads/2021/12/Beratungsstelle_Extremismus_Corona_und_Extremismus.pdf (abgerufen am 14.12.2021).

Beratungsstelle Extremismus (bOJA), Thema: Rechtsextreme Mobilisierung im Rahmen der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen, Wien 2021, https://www.beratungsstelleextremismus.at/rechtsextreme-mobilisierung-im-rahmen-der-proteste-gegen-die-corona-masnahmen/ (abgerufen am 14.12.2021).

Europäisches Trainings- und Forschungszentrum für Menschenrechte und Demokratie (ETC), Definitionen Extremismus, Radikalisierung und Extremismusprävention, Graz 2020, https://www.next.steiermark.at/cms/dokumente/12706021_148818800/90281404/Extremismusdef.pdf (abgerufen am 12.12.2021).

European Union Agency for Fundamental Rights (FRA), Experiences and perceptions of antisemitism – Second survey on discrimination and hate crime against Jews in the EU, Luxemburg 2018, https://fra.europa.eu/en/publication/2018/expe-

riences-and-perceptions-antisemitism-second-survey-discrimination-and-hate (abgerufen am 16.06.2022).

European Union Agency for Fundamental Rights (FRA), Experiences and perceptions of antisemitism – Second survey on discrimination and hate crime against Jews in the EU, Luxemburg 2019, https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/fra-2018-experiences-and-perceptions-of-antisemitism-technical-report_en.pdf (abgerufen am 16.06.2022).

Extremismuspräventionsstelle Steiermark, Leitfaden Extremismus online und offline, Rechtsgrundlagen und entschiedene Gerichtsfälle, Graz 2019, https://www.next.steiermark.at/cms/dokumente/12706023_148818855/5cd815d4/exleit.pdf (abgerufen am 10.12.2021).

Forschungswerkstatt Corona-Proteste, Corona-Protest-Report, Wien 2021, https://osf.io/preprints/socarxiv/25qb3/ (abgerufen am 14.12.2021).

Gruber Jakob, Von ‚kodierten Juden' und ‚natürlicher Familie'. Ideologien der Ungleichheit bei der Anastasia-Bewegung, Diplomarbeit an der Karl-Franzens-Universität, Graz 2021, https://unipub.uni-graz.at/obvugrhs/download/pdf/6286461?originalFilename=true (abgerufen am 14.01.2022).

Hartleb Florian, „Einsamer-Wolf-Terrorismus" – Neue Dimension oder drastischer Einzelfall? Was lernen wir aus dem Fall „Breivik" in Norwegen?, SIAK Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis, 04/2013, 77-95, https://www.bmi.gv.at/104/Wissenschaft_und_Forschung/SIAK-Journal/SIAK-Journal-Ausgaben/Jahrgang_2013/files/Hartleb_4_2013.pdf (abgerufen am 20.01.2022).

Hofinger Veronika/Schmidinger Thomas, Wege in die Radikalisierung – Wie Jugendliche zu IS-Sympathisanten werden (und welche Rolle die Justiz dabei spielt), Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie, Wien 2017, https://www.irks.at/assets/irks/Endbericht_WegeRadikalisierung_final.pdf (abgerufen am 15.01.2022).

Israelitische Kultusgemeinde Wien, Antisemitische Vorfälle 2021 in Österreich, https://www.antisemitismus-meldestelle.at/_files/ugd/0a9e18_3870b78f67ac4645a99438cf188ecc6d.pdf (abgerufen am 16.06.2021).

Office of the Representative on Freedom of the Media Organization for Security and Co-operation in Europe (OSCE), Spotlight on artificial intelligence and freedom of expression A Policy Manual, Wien 2021, https://www.osce.org/files/f/documents/8/f/510332_0.pdf (abgerufen am 10.02.2022).

Philipp Simone, Landkarte zur Extremismusprävention in der Steiermark, ETC Graz 2018, https://www.next.steiermark.at/cms/dokumente/12700372_148184258/d255f3e2/landkarte2.pdf (abgerufen am 02.12.2021).

Pickl Gert/Tzschiesche Selana/Reimer-Gordinskaya Katrin/Decker Oliver, Antisemitismus is Berlin. Verbreitung, Gründe, Erfahrungen, Folgen und Umgangsweisen in der Zivilgesellschaft, Springer 2022, https://link.springer.com/content/pdf/10.1007/s41682-022-00107-2.pdf (abgerufen am 16.06.2022).

Reicher Fabian/Lippe Felix, Jamal al-Khatib – Mein Weg! Online-Campaigning als Methode der Politischen Bildung, e-beratungsjournal.net 1/2019, https://www.e-beratungsjournal.net/wp-content/uploads/2019/05/reicher_lippe.pdf (abgerufen am 18.12.2021).

SORA Institute for Social Research and Consulting Ogris & Hofinger GmbH, Österreichischer Demokratie Monitor 2021, Wien 2021, https://www.sora.at/nc/news-presse/news/news-einzelansicht/news/systemvertrauen-auf-tiefpunkt-1091.html (abgerufen am 20.12.2021).

Tamás Melinda, Ergebnisbericht der Partizipationsstudie Prävention von gewaltbereitem Extremismus in Österreich, Südwind, Wien 2020, https://www.suedwind.at/fileadmin/user_upload/suedwind/Bilden/Schulen/Projekte/Studie_Extremismuspraevention_in_AUT.pdf (abgerufen am 15.11.2021).

Vereinte Nationen, Handbuch über den Umgang mit gewaltbereiten extremistischen Gefangenen und die Prävention der Radikalisierung zur Gewaltbereitschaft in Haftanstalten, New York 2018, https://www.unodc.org/pdf/criminal_justice/Handbook-on-VEPs-GE.pdf (abgerufen am 20.01.2022).

Zentrum POLIS, Fanatisierung als Herausforderung für die Politische Bildung, POLIS aktuell 3/2018.

## Online Quellen


https://www.banhate.com/

https://www.annenpost.at/2012/04/23/yasser-und-ozman-grazer-gangsta-rapper-im-interview/ (abgerufen am 20.12.2021).

https://www.antidiskriminierungsstelle.steiermark.at/cms/beitrag/12816497/162294838 (abgerufen am 15.12.2021).

https://www.beratungsstelleextremismus.at/ (abgerufen am 03.12.2021).

https://www.brodnig.org/2014/10/13/facebook-verschlingt-die-medien/ (abgerufen am 10.12.2021).

http://christiannewswire.com/news/107683567.html (abgerufen am 14.12.2021).

https://de.langenscheidt.com/deutsch-latein/search?term=occultus&q_cat=%2Fdeutsch-latein%2F (abgerufen am 20.12.2021).

https://www.diepresse.com/6073294/terrorismusforscher-neumann-sieht-ernste-gefahr-in-corona-protesten (abgerufen am 14.12.2021).

https://www.derstandard.at/story/2000107378947/anastasia-siedlungen-vermeintliche-oekoparadiese-mit-rechtem-einschlag (abgerufen am 02.12.2021).

https://www.derstandard.at/story/2000123339446/die-koepfe-hinter-den-querdenker-demos (abgerufen am 14.12.2021).

https://www.derstandard.at/story/2000116739337/krude-corona-ideen-verschwoerungstheorien-sollen-sicherheit-schaffen (abgerufen am 19.12.2021).

https://www.derstandard.at/story/2000131730935/soziale-medien-ein-kaputtes-system-das-die-gesellschaft-kaputtmacht (abgerufen am 09.12.2021).

https://www.derstandard.at/story/2000121239283/qanon-und-comit-dem-virus-verbreitet-sich-die-verschwoerung (abgerufen am 14.12.2021).

https://www.derstandard.at/story/2000131635412/warum-tiktok-rechtsextreme-und-islamisten-magisch-anzieht (abgerufen am 07.12.2021).

https://www.derstandard.at/story/2000131828278/wie-sich-der-corona-widerstand-in-der-gewaltspirale-radikalisiert (abgerufen am 14.12.2021).

https://www.derstandard.at/story/2000131489704/zehntausende-protestieren-in-oesterreichs-staedten-gegen-die-impfpflicht (abgerufen am 16.12.2021).

https://www.deutschlandfunk.de/verschwoerungsmythen-die-bewegung-qanon-wird-zur-religion-100.html (abgerufen am 14.12.2021).

https://dreamshappen.at/banhate2022/ (abgerufen am 28.02.2022).

https://econtent.hogrefe.com/doi/10.1026/0033-3042/a000440 (abgerufen am 15.01.2022).

https://english.alarabiya.net/News/middle-east/2020/03/28/Coronavirus-Iraqi-Shia-cleric-blames-gay-marriage-for-coronavirus (abgerufen am 14.12.2021).

esc, Gewalt im Netz gegen Frauen & Mädchen in Österreich, Wien 2018, https://www.bundeskanzleramt.gv.at/agenda/frauen-und-gleichstellung/gewalt-gegen-frauen/gewaltformen/gewalt-im-netz.html (abgerufen am 10.03.2022).

https://www.extremismus.info/exremismusvideosundfilme (abgerufen am 07.12.2021).

https://www.falter.at/zeitung/20120403/wir-werden-gehasst (20.12.2021).

https://www.falter.at/video/Ebv6t6Js-9KY/florian-klenk-uber-die-radikalisierung-der-anti-corona-demonstranten/PLDEF9F823EE37271C?ref=homepage (abgerufen am 14.12.2021).

https://kurier.at/chronik/oesterreich/allahu-akbar-terroralarm-nach-festnahme-von-sprayer-in-graz/401387076 (abgerufen am 10.01.2022).

https://kurier.at/chronik/oesterreich/allahu-akbar-terroralarm-nach-festnahme-von-sprayer-in-graz/401387076 (abgerufen am 10.01.2022).

https://kurier.at/chronik/oesterreich/antijuedische-propaganda-rapper-in-graz-verurteilt/45.151.429 (abgerufen am 20.12.2021).

https://www.meinbezirk.at/weiz/c-regionauten-community/corona-und-die-querdenker_a4348601 (abgerufen am 15.12.2021).

https://www.moz.de/nachrichten/kultur/medizingeschichte-corona-und-die-spanische-grippe-49372718.html (abgerufen am 19.12.2021).

https://www.nature.com/articles/s41599-019-0243-8 (abgerufen am 19.11.2020).

https://www.neues-deutschland.de/artikel/1131182.wikimannia-die-entwendete-maennlichkeit.html (abgerufen am 09.12.2021).

https://www.next.steiermark.at/; https://www.no-extremism.at/

https://www.nytimes.com/2014/10/19/sunday-review/the-ebola-conspiracy-theories.html (zuletzt abgerufen am 19.11.2020).

https://www.nytimes.com/2018/03/10/opinion/sunday/youtube-politics-radical.html (abgerufen am 09.12.2021).

https://www.oesterreich.gv.at/themen/gesundheit_und_notfaelle/sucht/3/Seite.1520320.html (abgerufen am 11.01.2022).

https://steiermark.orf.at/stories/3104609/ (abgerufen am 10.01.2022).

https://www.politik-lexikon.at/extremismus-radikalismus/ (abgerufen am 03.12.2021).

https://www.politik-lexikon.at/fanatismus/ (abgerufen am 06.12.2021).

https://www.profil.at/oesterreich/grausame-energie-gewaltpotenzial-bei-corona-demos-steigt/401832307 (abgerufen am 14.12.2021).

https://www.sozialministerium.at/Corona-Schutzimpfung/Impfpflicht.html (abgerufen am 21.03.2022).

https://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/filterblase-radikalisierung-auf-facebook-a-1073450.html (zuletzt abgerufen am 09.12.2021).

https://steiermark.orf.at/stories/3104609/ (abgerufen am 10.01.2022).

https://steiermark.orf.at/stories/3134126/ (abgerufen am 16.12.2021).

https://www.tagesschau.de/inland/impfpflicht-debatte-radikalisierung-101.html (abgerufen am 14.12.2021).

https://www.tagesspiegel.de/politik/verschwoerungstheorien-propaganda-chaos-wie-rechtsextreme-in-der-coronakrise-zuendeln/25686934.html (abgerufen am 14.12.2021).

https://tv.orf.at/program/orf1/verschwoer106.html (abgerufen am 20.01.2022).

https://www.weltanschauungsfragen.de/informationen/informationen-a-z/informationen-g/neue-germanische-medizin/ (abgerufen am 03.02.2022).

https://www.youtube.com/watch?v=G3-PsKN-Fong (abgerufen am 16.11.2021).

## Internationale und nationale Rechtsquellen, Gesetzesmaterialien


Bundesgesetz über Maßnahmen zum Schutz der Nutzer auf Kommunikationsplattformen (Kommunikationsplattformen-Gesetz – Kopl-G) idgF BGBl I 151/2020.

Bundesgesetz über die Pflicht zur Impfung gegen COVID-19 (COVID-19-Impfpflichtgesetz – COVID-19-IG) idgF BGBl I 4/2022.

Bundesgesetz vom 23.01.1974 über die mit gerichtlicher Strafe bedrohten Handlungen (Strafgesetzbuch – StGB), BGBl 60/1974 idF BGBl I 242/2021.

Bundesgesetz vom 23.01.1974 über die mit gerichtlicher Strafe bedrohten Handlungen (StGB), § 276 idF BGBl 60/1974, aufgehoben durch BGBl I 112/2015.

Generalversammlung der Vereinten Nationen, Aktionsplan zur Verhütung des gewalttätigen Extremismus, A/70/674, 2015, https://www.un.org/depts/german/gv-sonst/a70-674.pdf (abgerufen am 18.01.2022).

Radicalisation Awareness Network (RAN), Developing a local prevent framework and guiding principles, RAN policy paper 2016, https://ec.europa.eu/home-affairs/system/files/2020-09/policy_paper_developing_local_prevent_framework_guiding_112016_en.pdf (abgerufen am 10.12.2021).


## Weitere Quellen


Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Abteilung 11 - Soziales, Arbeit und Integration, Arbeitsprogramm Integration, Graz 2016, http://www.soziales.steiermark.at/cms/dokumente/12547347_135784632/1036aba9/Arbeitsprogramm%20Integration.pdf (abgerufen am 14.12.2021).

Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Abteilung 6 Bildung und Gesellschaft, Referat Jugend, Strategische Ausrichtung der Kinder- und Jugendarbeit des Landes Steiermark – 2017-2022, Graz 2017, http://www.jugendreferat.steiermark.at/cms/dokumente/11639213_598193/e5846354/FINALE%20VERSION.pdf (abgerufen am 14.12.2021).

Bundesministerium für Inneres: Bundesweites Netzwerk Extremismusprävention und Deradikalisierung (BNED), Österreichische Strategie Extremismusprävention und Deradikalisierung, Wien 2018, https://www.bvt.gv.at/bmi_documents/2236.pdf (abgerufen am 15.12.2021).

Bundesministerium für Inneres: Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT), Verfassungsschutzbericht 2018, Wien 2019, https://www.bvt.gv.at/bmi_documents/2344.pdf (abgerufen am 11.12.2021).

Bundesministerium für Inneres: Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT), Verfassungsschutzbericht 2019, Wien 2020, https://www.dsn.gv.at/501/files/VSB/VSB_2019_Webversion_20201120.pdf (abgerufen am 15.11.2021).

Bundesstelle für Sektenfragen, Tätigkeitsbericht 2019 an das Bundesministerium für Arbeit, Familie und Jugend, Wien 2019, https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Mrp/MRP_20200923_31/004_001.pdf (abgerufen am 05.12.2021).

deutsches Bundesministerium für Innern, für Bau und für Heimat, Verfassungsschutzbericht 2020, Berlin 2021, https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/verfassungsschutzbericht2020-1929306 (abgerufen am 14.12.2021).

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Die extreme Recht in Zeiten von Corona, Wien 2020, https://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/neues-von-ganz-rechts/archiv/maerz-2020/die-extreme-rechte-in-zeiten-von-corona (abgerufen am 14.12.2021).

Europarat, Entschließung 2361 zu Covid-19-Impfstoffen 24.02.2021, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/A/A_01366/fnameorig_887262.html (abgerufen am 16.12.2021).

**Die erste mobile App, mit der Hasspostings plattformunabhängig auf sozialen Netzwerken und anderen Online-Medien gemeldet werden können.**

**www.banhate.com**